

Hefte aus Burgscheidungen

Hans von Seeckt

Von Johannes Zukertort, Generalleutnant a. D.



123/124

Herausgegeben vom
Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Hans von Seeckt

Von Johannes Zukertort, Generalleutnant a. D.

1964

Herausgegeben vom
Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Vorwort	5
1. Die Zeit	7
2. Der Mensch	16
3. Der Soldat und Politiker	
a) Als Chef des Generalstabes und Chef des Truppenamtes	28
b) Als Chef der Heeresleitung	36
4. Generaloberst von Seeckt als Initiator realer Ostpolitik	82
5. Generaloberst von Seeckt als Politiker nach seiner Verabschiedung	102
6. Schlußbetrachtung	106

Vorwort

Als im März 1962 der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland das Nationale Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ veröffentlicht und zur Diskussion gestellt hatte, gingen mir von verschiedenen Seiten Anfragen zu, die die Erwähnung des Generalobersten von Seeckt im Abschnitt II dieses Dokuments betrafen. Man zeigte sich in diesen Zuschriften teils überrascht, teils direkt erstaunt, ausgerechnet diesen Mann, den man bis dahin nur als Militaristen angesehen hatte, jetzt plötzlich als einen weit-sichtigen Militärpolitiker, sozusagen als einen weißen Raben im Lager der damals herrschenden Klassen herausgestellt zu sehen; als einen Menschen, der die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geahnt und die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehend, seine Klasse und die damalige Reichsregierung vor einem Kriege mit Sowjetrußland gewarnt haben sollte.

Für mich als Militärhistoriker bedeuteten die im Nationalen Dokument erfolgten Hinweise auf von Seeckt an sich nichts Neues, und ich habe daher die Neugier der Fragesteller auch umgehend befriedigen können. Immerhin wurden diese Anfragen für mich Veranlassung, mich mit der Person des Generalobersten von Seeckt und insbesondere auch mit seinen Beziehungen zu Sowjetrußland bzw. zur Sowjetunion näher zu befassen. Das Ergebnis meiner diesbezüglichen Studien hat in dem vorliegenden Heft seinen Niederschlag gefunden.

Sicher ist vieles an von Seeckts Handeln — wir kommen darauf noch zu sprechen — zu verurteilen; aber als Politiker hat er doch in manchen Fragen ein Beispiel für ein nüchternes außenpolitisches Denken und Urteilen gegeben, das auch heute noch oder gerade heute von höchster Bedeutung ist. Und daher lohnt es sich auch, sich mit ihm eingehender zu beschäftigen.

Wenn man zu einer gerechten Würdigung einer Persönlichkeit und ihrer geschichtlichen Rolle kommen will, dann wird man nicht gut umhinkönnen, sich zunächst ein klares und exaktes Bild von den allgemeinen geschichtlichen Prozessen zu machen, die sich zu Lebzeiten dieser Persönlichkeit in dem Lande vollzogen haben, in dem sie wirksam wurde. Verfäht man anders, verzichtet man auf eine solche Untersuchung und Präzisierung der eigentlichen zu Lebzeiten dieser Persönlichkeit wirksam gewesenen objektiven Gesetzmäßigkeiten, dann läuft man Gefahr, den Blickpunkt des Lesers zu stark auf die in Frage stehende Persönlichkeit einzuengen und ihr Leben nicht auf dem Hintergrund zu deuten, auf dem allein es voll zutreffend gedeutet werden kann. Da Hans von Seeckt im Verlaufe des ersten Weltkrieges seinen Namen in die Geschichte einzuschreiben begonnen und ihren Gang dann bis 1926 mehr oder weniger maßgeblich mit beeinflußt hat, wird es zunächst unsere Aufgabe sein, den Imperialismus im wilhelminischen Deutschland und in der Zeit der Weimarer Republik in seinen Hauptzügen zu analysieren und in diese Betrachtung gleichzeitig den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus einzubeziehen.

In den letzten 15 Jahren vor der Jahrhundertwende war in Deutschland der Imperialismus mit Riesenschritten ausgereift. Im Drängen nach einem „Platz an der Sonne“ hatte das Deutsche Reich einerseits im Interesse des damals gerade entstehenden deutschen Finanzkapitals sich einigen Kolonialbesitz verschafft. Durch Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland aber und in völliger Verkennung der weltpolitischen Lage hatte sich Deutschland durch seine Politik international selbst isoliert. Rußland war Frankreich in die Arme getrieben worden (Militärbündnis beider Staaten am 27. Februar 1893), das Verhältnis Deutschlands zu England hatte eine merkliche Abkühlung erfahren, und Japan war zum Gegner Deutschlands geworden.

Innenpolitisch war dieser Abschnitt durch die Politik der „Sozialgesetzgebung“ charakterisiert gewesen. Einerseits aus Angst vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie und andererseits aus der Erkenntnis, daß ohne eine dem Staat ergebene Arbeiterklasse die Durchführung einer imperialistischen Politik (Massenheere!) von zweifelhaftem Wert sein würde, hatten die herrschenden Kreise das Sozialistengesetz fallengelassen und waren zu dem Versuch übergegangen, die Arbeiterklasse mit Hilfe des Unfallversicherungsgesetzes und des Krankenversicherungsgesetzes zu ködern. Daneben hatten sie den Versuch der Aufspaltung der Arbeiterklasse unternommen (Verbürgerlichung bestimmter Arbeiterschichten, Schaffung einer Arbeiteraristokratie). So war die Situation,

als um die Jahrhundertwende der Imperialismus in Deutschland voll zum Tragen gekommen war.

Mit dem bis dahin Erreichten begnügte sich indessen der verspätet zum Zuge gekommene und daher besonders aggressive und räuberische deutsche Imperialismus nicht; er strebte eine Neuaufteilung der Welt an. Da er dabei den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im eigenen Lande ganz erheblich weiter verschärfte und immer offener sein antidemokratisches und antinationales Gesicht zeigte, wäre es für die deutsche Arbeiterklasse zur Notwendigkeit geworden, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den Mittelschichten den junkerlich-bourgeois, militaristischen Imperialismus zu beseitigen und ein friedliebendes, demokratisches und sozialistisches Deutschland herzustellen. Das heißt: der verderblichen Politik des deutschen Imperialismus hätte das gesetzmäßige Anwachsen und Erstarken der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse gegenübergestellt werden müssen. Wie verliefen die Dinge aber weiter?

Deutschland verschreibt sich außenpolitisch der sogenannten „Politik der freien Hand“. Annäherungsversuche Englands behandelt es dilatorisch; es hofft dabei, auf Kosten Englands mehr herauszuschlagen zu können, und verrechnet sich darin gründlich. England wendet sich nämlich Japan zu, das dann im japanisch-russischen Kriege für England die Kastanien aus dem Feuer holt. Im Zuge seiner Expansionspolitik wendet Deutschland nunmehr seine Aufmerksamkeit in verstärktem Maße Afrika zu, gerät aber dort mit dem französischen Imperialismus in Konflikt, dem England sekundiert. Die deutsche Haltung auf der Algeciraskonferenz endet mit einer Niederlage Deutschlands und führt in ihrer Auswirkung 1907 zur Entstehung der Triple-Entente. Aber Deutschland lernt nichts: es antwortet mit der großen Flottenvorlage, bringt den Vorschlag zur Gründung eines internationalen Schiedsgerichts zu Fall und weicht einem Verständigungsversuch mit England in der Frage des Flottenbaus aus. Die Quittung hierfür erteilt ihm England, als Deutschland erneut versucht, auf französische Kosten seinen Kolonialbesitz in Afrika zu vergrößern. Aber Deutschland hat noch immer nichts gelernt: es antwortet mit einer gewaltigen Heeresvermehrung und stachelt Österreich gegen Serbien auf. Auf eine Schilderung des Hazardspiels, das Deutschland im Anschluß an das Attentat von Sarajevo zu spielen begann und das dann zum Ausbruch des ersten Weltkrieges führte, kann im einzelnen verzichtet werden.

Wie verhielt sich nun die rechte Führung der SPD gegenüber dieser für die Arbeiterklasse eine tödliche Gefahr darstellenden imperialistischen Politik? Sie versagte auf der ganzen Linie. Sie kroch nur allzu willig auf die Leimruten, die die Großbourgeoisie weiterhin auslegte, vollzog den Stelungswechsel vom Internationalismus zum Nationalismus und

wurde eine reformistische Partei. Die Frage nach dem Wege zur Eroberung der politischen Macht in Deutschland ließ sie unbeantwortet; von Bestrebungen zur Erlangung der Diktatur des Proletariats war nichts zu vernehmen. Sie erkannte nicht, daß die Arbeiterklasse allein mit Hilfe des Parlamentarismus nicht zum Ziele kommen konnte und daß es darauf ankam, das Proletariat auf die Eroberung der politischen Macht auch außerhalb des Parlaments vorzubereiten. Statt dessen beschränkte sie sich auf organisatorische Arbeit, die mehr und mehr zum Selbstzweck wurde. Begünstigt wurde diese revisionistische Entwicklung durch das Eindringen kleinbürgerlicher Elemente in die Arbeiterklasse.

In der Frage der Handels- und Zollpolitik durchschaute die rechte Führung der SPD nicht die Behauptung der bürgerlichen Propaganda, daß die Arbeiterschaft von der Schutz-zollpolitik Vorteile habe. Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik wird vom Textilarbeiterverband abgewürgt. Die Führung der SPD hört nur allzugen den bürgerlichen Schwindel, daß eine Monopolstellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt den Arbeitern durch Dauerbeschäftigung und hohe Löhne zugute komme. Eine ähnlich inkonsequente Haltung nimmt die rechte Führung der SPD in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und in der Kolonialfrage ein; durch Beteiligung der Arbeiter an kolonialen Extraprofiten nach englischem Muster läßt sie sich ködern, und die SPD-Fraktion enthält sich der Stimme bei Bewilligung der Mittel für die Niederschlagung des Hereroaufstandes. Auf dem Stuttgarter Kongreß 1907 fordern die Revisionisten die Anerkennung der „sozialistischen Kolonialpolitik“! Ebenso kommt das Paktieren der Opportunisten mit der Großbourgeoisie bei der Einführung einer Verfassung für Elsaß-Lothringen wie in der Frage der Behandlung der polnischen Minderheit zum Tragen. Und selbst in der Frage ihrer Einstellung zum Militarismus versagt die Führung der SPD: Bei grundsätzlichem Eintreten für eine Miliz ist sie gegen „soziale“ Konzessionen bereit, für ein stehendes Heer einzutreten. Schließlich stimmt die SPD aber ohne solche Konzessionen dem Wehrbeitrag und der Reichsvermögenssteuer zu, die beide der Aufrüstung dienen, und erklärt ihre Bereitwilligkeit, den deutschen Imperialismus zu verteidigen zu helfen, besonders bei einer Auseinandersetzung mit Rußland. Mit dieser Einstellung wurde die rechte SPD-Führung mitschuldig am Ausbruch des ersten Weltkrieges.

Es hat damals innerhalb der SPD auch eine Strömung gegeben, die nicht gewillt war, den von uns skizzierten verhängnisvollen Weg des Revisionismus mitzugehen, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes verblieb und bestritt, daß es möglich sei, durch Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft friedlich in den Sozialismus hineinzuwachsen. Sie gruppierte sich in der Hauptsache um Karl

Liebknicht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck. Diese Linken kämpften mit allen Kräften gegen den Revisionismus und gegen die innen- und außenpolitischen Kriegsvorbereitungen des Imperialismus an. Aber sie erkannten nicht, daß es ihnen innerhalb der korrupten SPD nicht möglich war, sich durchzusetzen, und daß es dazu nötig wurde, eine eigene Partei, eine „Partei neuen Typus“ zu bilden. Aus dem Fehlen einer solchen Partei erklärt sich der Verrat des 4. August 1914 an der Arbeiterklasse, an der Nation und am Sozialismus, d. h. die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD, die ihre Haltung mit der Notwendigkeit der „Abwendung der Gefahr des russischen Despotismus“ von Deutschland begründete.

Mit dem 1. August 1914 war der erste imperialistische Weltkrieg Tatsache geworden. Auf seinen Verlauf im einzelnen kann hier nicht näher eingegangen werden. Aber auf zwei wesentliche Merkmale müssen wir doch die Aufmerksamkeit lenken. Das eine Merkmal war, daß die Militärs die Außenpolitik bestimmten, nicht umgekehrt; die OHL stellte bestimmte Forderungen, mit denen die Politiker sich abzufinden hatten. Typisch hierfür war der Konflikt OHL/Reichsregierung in der Frage, ob in Brest 1918 ein Verständigungs- oder ein Diktatfriede mit Sowjetrußland abgeschlossen werden sollte. Das andere Merkmal ist das Verhalten der rechten, revisionistischen Führer der SPD während des Krieges. Nachdem sie am 4. August erst einmal offen in das Lager des deutschen Militarismus übergegangen waren, änderten sie ihren für die deutsche Arbeiterklasse verhängnisvollen Kurs auch während des Krieges selbst nicht mehr; Ebert, Scheidemann, Legien, Noske usw. unterstützten bedenkenlos den deutschen Imperialismus und damit auch die Eroberungsziele des deutschen Monopolkapitalismus, was in der Proklamierung des „Burgfriedens“ durch sie und die von ihnen beherrschten Gewerkschaften deutlich zum Ausdruck kam. In der während des Krieges eingetretenen engeren Verschmelzung von Monopolkapital und Staatsmacht sahen sie in ihrer Verblendung einen Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts in der Richtung des Sozialismus. Ja, Noske träumte sogar davon, daß „das während der Kriegszeit begonnene Zusammenwirken nach dem Kriege fortgesetzt werden müßte“. Und das alles in dem Glauben, daß die „treuen Dienste der SPD“ nach dem Kriege durch die Verkündung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen, die Gewährung eines Koalitionsrechts und des Achtstundentages belohnt werden würden!

Der Verlauf des Krieges, der unerhörte Opfer vom deutschen Volke forderte und unsagbare Not mit sich brachte, führte rasch zu einer dauernden Verschärfung der Gegensätze im Innern des Reiches, die bereits 1915, vor allem dann aber von 1916 ab, nachdem sich die Linken am 1. 1. 1916 als „Spar-

takusgruppe“ konstituiert hatten, Hungerdemonstrationen und Streiks gewaltigen Ausmaßes mit sich brachte und unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution 1917 zum Aufstand der deutschen Hochseeflotte vom August des gleichen Jahres führte. Die USPD, im April 1917 zu dem Zweck gegründet, mit dem Kurs der SPD nicht einverständene Elemente aufzufangen und deren Anschluß an die Spartakusgruppe zu verhindern, verfolgte im Prinzip keine eindeutig nationale Politik. Da die Regierung mit drakonischen Maßnahmen der Entwicklung der Dinge nicht Herr werden konnte, versuchte sie es mit einer gewissen Demokratisierung des politischen Regimes, vor allem mit dem Versprechen der schon erwähnten Wahlrechtsreform für Preußen. Aber sie gelangte damit ebensowenig zum Ziel wie mit der am 12. Dezember 1917 unter dem Eindruck der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Reichstag angenommenen Friedensresolution. Im Gegenteil: im Januar 1918 kommt es zu dem gewaltigen Munitionsarbeiterstreik mit der Zielsetzung „Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Raubpläne gegenüber der Sowjetmacht“, der nur mit brutalsten Terrormaßnahmen niedergeschlagen werden kann.

Die deutsche Raubpolitik im Osten schwächt durch Bindung starker Truppenkontingente das deutsche Kriegspotential weiter erheblich und wird eine der Ursachen für den „schwarzen Tag“ des 8. August 1918 im Westen. Mit ihm war das Schicksal des kaiserlichen Deutschlands endgültig besiegelt. Von Ludendorff nach Zusammenbruch der bulgarischen Front dazu veranlaßt, macht Reichskanzler Prinz Max von Baden dem USA-Präsidenten Wilson am 3. Oktober 1918 ein Friedensangebot, das dieser, um seine Früchte ausreifen zu lassen, erst am 23. Oktober damit beantwortet, daß er unter der Bedingung eines Regierungswechsels in Deutschland – Abdankung des Kaisers – dem Abschluß eines Waffenstillstandes zustimmt. Den Anfang November in Kiel ausbrechenden Matrosenaufstand niederschlagen gelingt nicht; am 9. November gibt Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers bekannt und ernennt Ebert zum Reichskanzler.

Deutschland war im Ergebnis des ersten Weltkrieges eine zweitrangige Macht geworden. Trotzdem blieb seine Zielsetzung imperialistisch, weil in der Novemberrevolution kein Sturz der kapitalistischen Klasse erfolgte und nur die Regierungsform wechselte. Die Macht blieb in den Händen der Bourgeoisie, ihrer Diplomatie, ihrer Bürokratie und ihrer Armee, und Energiezentrum war zunächst weiter das Große Hauptquartier, das sich mit Ebert bei der Bekämpfung der Revolution die Bälle zuwarf. Möglich geworden war das durch die volksfeindliche, antinationale Politik der SPD-Führung, der, wie der bayrische Sozialdemokrat Auer am 5. 11. 1918 in

München zum damaligen Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Geßler, sagte, „an nichts weniger gelegen sei als an einem revolutionären Umsturz“¹⁾ und die zunächst nicht einmal für die Beseitigung der Monarchie in Deutschland eingetreten war. Antikommunismus und Antibolschewismus wurden mehr und mehr zur ideologischen Grundlage der revisionistischen Politik der rechten Führer der SPD. Sie erklärten in aller Offenheit, daß der Leninismus mit Marxismus nichts zu tun habe und für Deutschland nicht in Frage kommen könne. Mit dieser verlogenen Politik, mit der sie sich am Ruder zu halten mühten, verrieten sie die Arbeiterklasse auch insofern, als sie damit die Interventionspolitik gegen Sowjetrußland unterstützten.

Die Tatsache, daß nur die Regierungsform im November 1918 wechselte, war aber auch dadurch möglich geworden, daß der Arbeiterklasse im entscheidenden Moment eine wirklich revolutionäre Massenpartei fehlte. Die Spartakusgruppe war zahlenmäßig zu schwach, und die vielen in ihrer Zielsetzung zum Teil divergierenden Arbeiter- und Soldatenräte konnten niemals eine revolutionäre Partei ersetzen, zumal sie weitgehend unter dem Einfluß der SPD standen. Die um die Jahreswende 1918/1919 gegründete KPD war sich ihrer Aufgabe, „entgegen der Spaltungspolitik der Bourgeoisie und der rechten sozialdemokratischen Führer die große Idee der Einigung der Arbeiterklasse in die Massen zu tragen und besonders durch die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften diese zu Klassenorganisationen der Arbeiterschaft zu machen“, zwar voll bewußt und zeigte sich durch ihr Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und in ihrem Eintreten für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion auch konsequent revolutionär, aber sie besaß noch nicht genügend Kampferfahrungen und hatte auch noch nicht die erforderliche Breitenbasis, um sich erfolgreich durchsetzen zu können. Damit blieb die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution, die nicht einmal vollendet wurde, auch wenn sie in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt worden ist.

Aus der ohne vorherige Zerschlagung des alten Staatsapparats, ohne vorherige Enteignung der Monopolkapitalisten und ohne vorherige Durchführung einer demokratischen Bodenreform gewählten Nationalversammlung, in der die bürgerlichen Parteien über 54 % der Sitze verfügten, ging die „Weimarer Koalition“, eine aus der SPD und bürgerlichen Parteien bestehende Regierung, mit Ebert an der Spitze hervor. Und die am 31. 7. 1919 von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung war bei dieser Lage der Dinge ihrem Wesen nach nur formaldemokratisch. Sie stellte zwar gegenüber der Ver-

fassung von 1871 einen bedeutenden Fortschritt dar, aber infolge ihres berüchtigten Artikels 48 praktisch nur auf dem Papier, da sie es ermöglichte, daß im weiteren Verlauf der Entwicklung ein Mann wie Hitler „legal“ zur Macht kommen konnte. Die Staatsgewalt ging in der Weimarer Republik eben nicht vom Volke aus, sondern lag bei den Monopolherren, Junkern und Generalen, die bald fester denn je im Sattel saßen.

Zeitlich parallel mit der Tagung der Nationalversammlung wurde in Versailles Deutschland von den imperialistischen Siegermächten ein „Friedens“-Diktat aufgezwungen, dessen Tendenz es war, einerseits das deutsche Volk rücksichtslos auszuplündern, aber andererseits den deutschen Imperialismus als solchen nicht zu vernichten, um ihn gegebenenfalls als Festlandsdegen gegen die Sowjetunion verwenden zu können. Wäre man den Bestrebungen und Ratschlägen der KPD gefolgt und hätte man sofort nach dem Zusammenbruch ein enges Bündnis mit Sowjetrußland abgeschlossen, so wäre es niemals zu dem Diktatfrieden von Versailles gekommen, weil dann Deutschland die Hilfe und Unterstützung der jungen Sowjetmacht zur Verfügung gestanden hätte. Dieses diskriminierende Diktat nutzten in der Folge die imperialistischen Kreise in Deutschland weidlich zur Revanchehetze aus, und in ihm muß man eine nicht unwesentliche Wurzel des zweiten Weltkriegs sehen.

Das dritte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, dessen Hauptstationen in chronologischer Reihenfolge Kapp-Putsch 1920, Rapallo-Vertrag 1922, Höhepunkt der Inflation, Ruhrkampf und Ausnahmezustand 1923, Dawes-Plan 1924, Locarno-Verträge 1925, Young-Plan 1928, Weltwirtschaftskrise ab 1929 und der Aufstieg der Faschisten sind, ist gekennzeichnet durch das ständige weitere Wiedererstarren des deutschen Imperialismus mit Hilfe der reformistischen SPD-Führung und durch das kompromißlose Ankämpfen der KPD gegen diese verhängnisvolle Entwicklung.

1919 erhebt sich die Arbeiterklasse trotz tapferster Gegenwehr vergeblich gegen die bereits erstarkende Konterrevolution im Ruhrgebiet, an der Wasserkante, in Mitteldeutschland und in Bayern. Als 1920 Teile der Reichswehr beim sogenannten Kapp-Putsch sich erheben und weite Teile der Reichswehr sich der Regierung versagen, schlägt die bei dieser Gelegenheit geeinte Arbeiterschaft unter Anwendung des Generalstreiks den Putsch nieder und stellt damit eindeutig klar, welches Machtmittel die Aktionseinheit der Arbeiterklasse darstellt.

Als unter dem ständig steigenden Druck der Siegermächte bei Teilen der Großbourgeoisie die Vernunft siegt, indem sie erkennen, daß es für sie selbst und das ganze deutsche Volk vorteilhafter, ja notwendig ist, sich politisch und wirtschaftlich mit Sowjetrußland zu arrangieren und es zum Schrecken

¹⁾ Geßler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, S. 108

der Westmächte zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu dem den Prinzipien der friedlichen Koexistenz entsprechenden Verträge von Rapallo kommt, unterstützt die KPD diese Politik nach Kräften, während die unbelehrbar bleibenden Kreise der deutschen Schwerindustrie und die Großagrarien – und an ihrer Seite natürlich auch die rechte SPD-Führung – sich dieser Entwicklung entgegenstemmen.

Die Inflation, mit deren Hilfe die Monopolkapitalisten die Kriegslasten unter Schonung der eigenen Tasche auf das Volk abwälzten, und der unter fadenscheinigen Gründen, in Wirklichkeit mit dem Ziel der Lostrennung des Ruhrgebietes von Deutschland, von Poincaré veranlaßte Einmarsch der französischen Truppen ins Ruhrgebiet, bringen eine neue ungeheure Verelendung über das deutsche Volk. Arbeitslosigkeit, Hunger und Not kennzeichnen das Jahr 1923, das der in dieser Schicksalsstunde im wesentlichen geeinten und von Teilen des Kleinbürgertums unterstützten Arbeiterklasse mit dem Sturz der Regierung Cuno einen Erfolg bringt. Sie kann ihn aber nicht ausnutzen, weil der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert den Ausnahmezustand verhängt und die von der Arbeiterklasse erzielten Erfolge, auch die Bildung von aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzten Regierungen in Sachsen und Thüringen, durch Einsatz der Reichswehr zunichte machen läßt.

Die Niederlage, die die Arbeiterklasse im Jahre 1923 erlitt und an der sektiererische Tendenzen in den Reihen der damaligen KPD-Führung (Brandler-Thalheimer-Gruppe) bis zu einem gewissen Grade mitschuldig waren, führte im Zusammenhang mit den von den USA den deutschen Konzernherren gewährten Anleihen (Dawes-Plan) zu einer Erstarbung und Stabilisierung des deutschen Imperialismus, der diese Situation sofort zu verstärkter Ausbeutung der Arbeiter und zur Annulierung verschiedener von der Arbeiterklasse errungener demokratischer Rechte ausnutzt. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten beleuchtet grell diese Situation. Mit dem Abschluß der Verträge von Locarno gelingt es zwar den Westmächten nicht, die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit zu unterbinden und Deutschland ihrem „Cordon Sanitaire“ gegen die Sowjetunion einzugliedern; aber der Übergang Deutschlands zur Politik des „Zwei-Eisen-im-Feuer-Haben“ ermöglicht doch die Ausnutzung Deutschlands durch die Westmächte im antikommunistischen Sinne.

Bis 1928 stehen nun an der Spitze Deutschlands Regierungen, die sich nur aus Vertretern offen großbürgerlicher Parteien zusammensetzen. Bald kann Deutschland die im Dawes-Plan festgelegten Reparationsraten nicht mehr zahlen; an seine Stelle tritt der Young-Plan, der Deutschland bis 1986 finanziell versklaven sollte. Im Mai 1928 übernimmt die SPD zum ersten

Male wieder die Regierungsgeschäfte. Die Wiederaufrüstung des aggressiven deutschen Militarismus beginnt; ausgerechnet der sozialdemokratische Reichskanzler Müller vertritt den Bau eines Panzerkreuzers, den die KPD unter Ernst Thälmann mittels eines von ihr in die Wege geleiteten Volksbegehrens vergeblich zu verhindern sucht. Die Antwort der Reaktion und der SPD auf die konsequente Bekämpfung aller Kriegsvorbereitungen durch die KPD besteht im Verbot von Versammlungen und Massendemonstrationen sowie in Massenaussperungen, Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit usw., wogegen sich die KPD erbittert zur Wehr setzt.

Bereits 1927/28 hatten sich die ersten Anzeichen einer Wirtschaftskrise bemerkbar gemacht, die 1929, von den USA ausgehend, offen als Weltwirtschaftskrise ausbrach, bedingt durch unlösbare Widersprüche innerhalb des Kapitalismus. Sie bringt der Welt in den nächsten Jahren 30 Millionen Arbeitslose, davon Deutschland als dem Knotenpunkt aller Widersprüche im imperialistischen Lager allein 6 Millionen. Deutschland wird infolge seiner engen Bindung an das amerikanische Finanzkapital von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer getroffen. Die Imperialisten suchen der Lage durch die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Republik Herr zu werden und liefern sich mit der NSDAP, der sie enorme Geldmittel zuschanzen und die mit dieser finanziellen Grundlage schnell weiter anwächst. Im Frühjahr 1932 wird mit den Stimmen der SPD von Hindenburg erneut zum Reichspräsidenten gewählt. Dem mit Notverordnungen regierenden Kabinett Brüning folgt das Präsidialkabinett von Papen, in dem sich die reaktionärsten Kräfte des Junkertums, der Schwerindustrie und einflußreiche Kreise der Reichswehrgeneralität zusammenfinden.

Von Papen ist es, der mit dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 die unter der Führung des Sozialdemokraten Braun stehende preußische Koalitionsregierung beseitigt, weil sie der deutschen Finanzoligarchie bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur im Wege steht und die Landtagswahlen vom 24. April 1932 nicht die Möglichkeit ergeben hatten, eine faschistische Regierung in Preußen zu bilden. Der 20. Juli 1932 wurde zum schwarzen Tag der SPD. Dem preußischen Innenminister Severing standen rund 100 000 Mann Polizei zur Verfügung. Hätte die preußische Regierung mit ihnen, mit den Mitgliedern des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes, gestützt auf die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in den Betrieben, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus aufgenommen und nicht das Generalstreikangebot der KPD abgelehnt, so hätte der Entwicklung zur faschistischen Diktatur ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden können. So aber verrät die SPD die Interessen der Arbeiterklasse und darüber hinaus die der ganzen Nation.

Das dem Kabinett von Papen folgende Kabinett von Schleicher ist dann nur noch die Station einer Entwicklung, gegen

die die KPD mit ihrem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vergeblich ankämpft, wobei wieder bemerkenswert ist, daß selbst in diesem Augenblick höchster Gefahr die Führung der SPD mit Drohungen und Ausschließungen gegen alle zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereiten Sozialdemokraten vorgeht. Unter Ausnutzung der von der Stunde ihrer Geburt an brüchigen Weimarer Verfassung wird am 30. Januar 1933 vom deutschen Finanzkapital Adolf Hitler als Reichskanzler an die Macht geschoben.

*

Der vorstehend in gedrängter Kürze geschilderte Gang der damaligen geschichtlichen Ereignisse in Deutschland bildet den Hintergrund, auf dem sich das Leben und Wirken des Generalobersten Hans von Seeckt im Dienste der damals herrschenden Klassen abgespielt hat.

2. Der Mensch

Auch wenn man sich über Denkweise und Handeln einer historisch gewordenen Persönlichkeit nur auf einem bestimmten Gebiete Klarheit verschaffen will — uns kommt es in erster Linie darauf an, den Politiker von Seeckt zu würdigen —, so muß man sich zunächst doch auch eingehender mit dem Menschen an sich, seinem Charakter und seinem Handeln beschäftigen. Täte man das nicht, so würde man Gefahr laufen, zu falschen Schlüssen zu kommen und Fehlurteile zu fällen. Im Falle des Generalobersten von Seeckt würde diese Gefahr um so größer sein, als es sich bei ihm um einen ganz außerordentlich komplizierten Charakter gehandelt hat, der seinen Zeitgenossen manches Rätsel aufgegeben hat; allein die Tatsache, daß man ihn bei Lebzeiten in militärischen und nicht-militärischen Kreisen „die Sphinx“ genannt hat, besagt mehr als genug.

*

Hans von Seeckt wurde am 22. April 1866 in Schleswig geboren. Seine Familie zählte zwar nicht zum Uradel, aber doch zum sogenannten jüngeren Briefadel, womit sie vor den später geadelten Freiherrn- und Grafenhäusern rangierte. Auf diese seine altadelige Abstammung ist von Seeckt überaus stolz gewesen. Diesen Stolz hat er bis an sein Lebensende zur Schau getragen und auch verfügt, daß ihm als dem Letzten seines Geschlechts das zerbrochene Wappen der Familie von Seeckt nach alter Edelmannssitte in sein unweit der Ruhestätte von Scharnhorsts auf dem Invalidenfriedhof in Berlin gelegenes Grab nachgeworfen werden sollte. Manche nicht unbedingt auf der positiven Seite zu buchenden Charaktereigenschaften von Seeckts erklären sich vielleicht mehr oder weniger aus dieser seiner altadeligen Abstammung. Das gilt auch von seiner mon-

archischen Überzeugung, der er im Innern seines Herzens — trotz seines Einsatzes für die Belange der Weimarer Republik — bis zuletzt angehangen hat, wenn sie auch in erster Linie das Ergebnis der Erziehung durch seinen Vater, einen preußisch-monarchistischen General, und im Kadettenkorps gewesen sein dürfte.

Mit dem Adelsstolz Hand in Hand ging bei von Seeckt eine geradezu krankhafte Eitelkeit; in dieser Hinsicht stimmen alle über ihn uns bekannt gewordenen Urteile überein. So nannte z. B. der im Januar 1928 von seinem Amte zurückgetretene Reichswehrminister Geßler in einem vom 25. März 1941 datierten und an Theodor Heuß gerichteten Briefe von Seeckt „einen durch seine Eitelkeit unmöglichen Charakter“. ²⁾ Auch dem Reichspräsidenten von Hindenburg war von Seeckt wegen seiner grenzenlosen Eitelkeit nicht unbedingt sympathisch. Nach seinem Amtsantritt sagte von Hindenburg mit Bezug auf von Seeckt zu Geßler: „Der Mann verdirbt mir mit seiner Eitelkeit noch das ganze Offizierkorps.“ ³⁾ Schließlich hat auch von Seeckt selbst einmal von sich gesagt, daß „Eitelkeit, Schönheitssinn und Kavaliereinstinkt sehr wichtige Faktoren bei ihm seien“. ⁴⁾ Sein Hang zu übertriebener Eleganz paarte sich mit seiner Eitelkeit; bei jeder Gelegenheit trat er „wie aus dem Ei gepellt“ auf. Gesellschaftliche Stellung sowie Name und Geld spielten bei ihm eine große Rolle. Er war der Prototyp eines Grandseigneurs, der selbst in der Zeit der Inflation noch ein großes Haus zu führen wußte.

Mit krankhafter Eitelkeit sind sehr oft auch Hochmut, Arroganz und ungesunder Ehrgeiz gepaart. Alle diese drei negativen Eigenschaften waren in mehr oder weniger ausgeprägter Weise auch von Seeckt eigen. Geßler spricht vom Hochmut von Seeckts und fügt hinzu: „Er kam deshalb mit allen Menschen, die sich ein selbständiges Urteil anmaßen, in Konflikt, gleichgültig ob Militär oder Zivil.“ ⁵⁾ Theodor Heuß verurteilte seinen übertriebenen Ehrgeiz, und Noske warf ihm im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch ebenfalls Hochmut vor. Und selbst von Rabenau kann in seiner großangelegten Biographie von Seeckts, die er auf besonderen Wunsch der Witwe des Generalobersten geschrieben hat und in der an mehr als einer Stelle die Tendenz, von Seeckt zu glorifizieren, nicht gut zu übersehen ist, nicht umhin, ihn hochmütig, unnahbar und eisig zu nennen. Der britische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, berichtet, daß im internen Kreise der Affilierten in Spa Lloyd George von Seeckt „militärische Arroganz und Taktlosigkeit“ vorgeworfen habe. ⁶⁾ Dasselbe hat auch von Blom-

²⁾ Ebenda, S. 526

³⁾ Ebenda, S. 287

⁴⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus meinem Leben 1866—1917, v. Hase und Koehler Verlag, Leipzig 1941, S. 36

⁵⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 526

⁶⁾ Viscount D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitenwende, Memoiren, Leipzig

berg in seinen ungedruckt gebliebenen „Erinnerungen“ getan, wenn er auch von Seeckts Arroganz als „natürlich gewachsen“ bezeichnet hat.

Charakteristisch für von Seeckt war auch sein reichlich starkes Selbstbewußtsein. Als nach unerfreulichen Vorgängen innerhalb der Reichswehr in Lötzen und Lankwitz im Sommer 1922 von Seeckt von einem Politiker gefragt wurde, ob denn die Reichswehr verläßlich sei, gab er die geradezu klassische Antwort: „Ich weiß nicht, ob sie verläßlich ist, aber sie gehorcht mir.“ Auf derselben Linie liegt neben manchem anderen Ausspruch von Seeckts auch seine Äußerung, als in einer Kabinettsitzung von einem irgendwo angeblich drohenden Putsch die Rede war: „Meine Herren, in Deutschland kann niemand einen Putsch machen als ich, aber ich erkläre Ihnen, ich mache keinen.“ Und als ihn am 26. November 1923, also unmittelbar vor der Verhängung des Ausnahmezustandes, der Reichspräsident Ebert fragte, hinter wem denn die Reichswehr stehe, bekam er die wahrscheinlich nicht erwartete Antwort: „Die Reichswehr steht hinter mir.“ Von Seeckts überspitztes Selbstbewußtsein hat sich auch darin gezeigt, daß er zu wiederholten Malen bei Entfaltung seiner politischen Aktivität sich nicht an den für die Reichswehrpolitik verantwortlichen Minister, sondern direkt an den Reichspräsidenten oder den Reichskanzler gewandt und seinen vorgesetzten Minister — und selbst das nicht einmal immer — mit einem „Durchschlag zur Kenntnisnahme“ abgespeist hat.

Politisch ehrgeizig bis dahinaus, hatte von Seeckt sich kein geringeres Ziel gesteckt — und das bestätigt auch von Rabenau in seiner Seeckt-Biographie —, als nach Eberts Abgang auf legalem Wege Reichspräsident zu werden.⁷⁾ Es war für diesen auf Selbstherrlichkeit bedachten Mann eine der größten Enttäuschungen seines Lebens, daß nach Eberts Tode seine Kandidatur in keinem Stadium ernsthaft zur Debatte gestanden hat. — Man hat von Seeckt mehrfach Machthunger vorgeworfen; auch von Rabenau tut es. Das dürfte aber über das Ziel hinausgeschossen sein. Was viele als Machthunger ansahen, war in Wirklichkeit sein Streben nach absoluter militärischer Autorität, und um sie unter allen Umständen sicherzustellen, hat er manchmal allerdings zu Maßnahmen gegriffen, die als Machthunger ausgelegt wurden.

Geßler, der ja aus rund sechseinhalbjähriger, wenn auch nicht ungetrübter Zusammenarbeit mit ihm eigentlich verstanden haben mußte, von Seeckt einigermaßen zutreffend zu beurteilen, sagt von ihm, daß Zurückhaltung und Unnahbarkeit die hervorstechendsten Merkmale seines Charakters gewesen seien. In diesem Punkte deckt sich Geßlers Urteil mit dem vieler anderer, die mit von Seeckt zu tun gehabt haben. Gene-

ralleutnant Schellbach, der mehrere Jahre Chefadjutant beim Reichswehrminister Geßler gewesen und als solcher natürlich auch des öfteren mit von Seeckt dienstlich in Berührung gekommen ist, spricht in seinen Aufzeichnungen mit Bezug auf von Seeckt von der „kühl ablehnenden, selbstbewußten und stolzen Zurückhaltung des steifleinenden, urpreußischen Generals“. Und an einer anderen Stelle nennt er von Seeckt einen „steinernen, wortkargen, kaltblickenden hohen Vorgesetzten“. Auch bei Waldemar Erfurth wird von dem „kühlen und wortkargen Aristokraten von Seeckt“ gesprochen.⁸⁾ Und von Blomberg nennt ihn „einen unerschütterlichen Schweiger“. Erich Wentscher spricht in seinem vielbeachteten Aufsatz „Deutscher Wille“ über von Seeckts „neunmal versiegelten Mund“, und die „Tübinger Chronik“ nennt von Seeckt „ein Rätsel für ein sehr redseliges Zeitalter“. Seine Wortkargheit zeigte sich selbst im Verkehr mit seinen Adjutanten. So berichtet beispielsweise von Selchow in seinen Aufzeichnungen, daß es Tage gegeben habe, an denen er — von Seeckt — ihm gegenüber kein Wort habe fallen lassen; trotzdem er des öfteren bei ihm im Arbeitszimmer gewesen sei, habe er nur ein Kopfnicken oder Kopfschütteln auf seine Fragen als Antwort bekommen, aber trotzdem stets gewußt, was er zu tun hatte. Besonders auffällig sei seine Wortkargheit bei allen Reisen gewesen, wo man auf Fragen meist nur ein Brummen von ihm als Antwort erhalten habe, und nur in landschaftlich besonders schönen Gegenden sei es gelegentlich zu einer kürzeren Unterhaltung gekommen.

Es war von Seeckt nicht gegeben, zu den Menschen Kontakt zu finden, wie es andererseits aber auch für Dritte äußerst schwer war, ihm näherzukommen. Er suchte geradezu die Einsamkeit, und daher nannte man ihn im Reichswehrministerium nach dem jedem Soldaten einst bekannt gewesenem Baum auf dem Bornstedter Felde auch „die einsame Pappel“. Dabei ist von Seeckt nicht erst im vorgeschrittenen Alter auf Grund irgendwelcher persönlichen Erlebnisse zum Prototyp des Einzelgängers geworden; er war schon als junger Offizier eine „stolze einsame Seele“, und wir wissen, daß er infolge dieser Charaktereigenschaft in seinem Regiment nur schwer Anschluß an die Kameraden gefunden hat. Geßler bezweifelt, daß von Seeckt wirklich kameradschaftlicher Empfindungen überhaupt fähig gewesen ist und im Leben einen Freund besessen hat; von Rabenau behauptet es und nennt auch einige Namen. Der bayrische General Herrgott, der im ersten Weltkrieg im Osten als Major lange Zeit mit von Seeckt, der damals Oberst war, zusammengearbeitet hat, schreibt über ihn: „Wir haben in den schwierigsten Situationen Tag und Nacht zusammen gearbeitet. Seeckt war immer korrekt. Wenn ich aber einmal glaubte, unsere Beziehungen fußten auf wärme-

⁷⁾ Erfurth, Waldemar, Die Geschichte des deutschen Generalstabes 1918–1945, Musterschmidt-Verlag, Göttingen, S. 114/115

⁸⁾ Ebenda, S. 59

rer Unterlage, so zeigte sich sofort die Schranke.⁹⁾ Diese Korrektheit beobachtete von Seeckt aber nicht nur Untergebenen gegenüber; auch zu gleichaltrigen Generalen hat er kein anderes Verhältnis gefunden.

Zu alledem gesellte sich noch seine Launenhaftigkeit und Schroffheit. Durch Geringfügigkeiten konnte er irritiert werden. Geßler sagt von ihm wörtlich: „Nun hatte von Seeckt, was ich lieber für mich behalten hätte, manchmal etwas von einer Primadonna.“¹⁰⁾ Mitunter war er ausgesprochen galliger Stimmung. Lag ihm jemand nicht, und war er ihm womöglich auch noch in der Sache unbequem, dann ist von Seeckt in seinem ganzen Leben manchmal bis an die Grenze der Ungenießbarkeit seines Benehmens gegangen. Das ist besonders in Momenten geschehen, wo er unter seinem eigenen Handeln litt, wenn Menschen mit berechtigten Klagen zu ihm kamen, er aber an den Dingen nichts glaubte ändern zu können. Geßler spricht auch einmal von „seiner bekannten schroffen Art, um einen milderen Ausdruck statt eines treffenderen zu wählen“. Des weiteren war von Seeckt auch noch ein großer Dickkopf. General der Kavallerie Köstring, dessen ehemaliger Chef von Seeckt gewesen war, schrieb über ihn: „Sonst war es ihm wenig gegeben, freundlich zu sein ... In solchen Kleinigkeiten konnte auch dieser große Mann ein furchtbarer Dickkopf sein.“¹¹⁾ Nicht uninteressant ist, daß von Seeckt von sich selbst geschrieben hat, „es fiel ihm schwer, freundlich zu sein“. Hatte er jemand Unrecht getan, so wollte er es nicht wiedergutmachen. Eine von Seeckt nahestehende Persönlichkeit hat einmal mit Bezug hierauf gesagt, daß „das das Unglück von Seeckts sei“.

Auch ein süffisant-sarkastisch-maliziöses Lächeln, das oft um von Seeckts Züge spielte, ist nicht unbedingt auf der positiven Seite zu werten. Von Rabenau schreibt von ihm, daß er humorbegabt gewesen sei; aber ein herzliches, befreiendes Lachen war ihm wenig gegeben. Ich selbst habe es jedenfalls nur einmal an ihm erlebt. Das war bei einer Kritik auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück. Als da einem General ein lapsus linguae unterlief, indem er von einem „Geschlechtsstreifen der Division“ statt von ihrem Gefechtsstreifen sprach, und alles lachte, zuckte es nur um von Seeckts Mundwinkel; als aber dann kurz darauf der General zum zweiten Mal das gleiche Malheur hatte, da stimmte auch von Seeckt in das homerische Gelächter mit ein.

Ein letztes: von Seeckt ist Antisemit gewesen! Dagegen spricht nicht die Tatsache, daß in seinem Hause eine ganze Reihe von Menschen jüdischer Abstammung verkehrt haben

und daß er auch Leistungen von Juden auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiete durchaus anerkannt hat. Aber er war der Auffassung, daß auf politischem und insbesondere staatspolitischem Gebiete Juden nichts zu suchen hätten. Das kommt in Briefen an seine Frau mehrfach zum Ausdruck. So schreibt er ihr am 19. 3. 1919:

... Es wird erstaunlich schlecht regiert. Der neue Ministerpräsident Hirsch, ‚ich hab die Ehre‘, ist noch nicht mal der Schlechteste. Für diese Stelle scheint er aber ganz ungeeignet, vor allem als Jude, nicht nur, weil das an sich aufreizend wirkt, sondern weil das jüdische Talent rein auf der Seite der Kritik, also des Negativen ruht und nie staatsaufbauend wirken kann ...“¹²⁾

In von Seeckts Charakter zeigen sich also zusammen mit einer ganzen Reihe von Schwächen ausgesprochen negative, ja geradezu verwerfliche Erscheinungen; hierüber ist ein Zweifel nicht erlaubt. Mag das Zustandekommen des einen oder anderen der vorstehend angeführten Urteile in persönlicher Gegnerschaft zu von Seeckt und insbesondere in dessen Arroganz und Unnahbarkeit begründet gewesen sein: es bleibt noch genug des Negativen. Und da entsteht die Frage: wie konnte er mit diesen Charakterfehlern und Schwächen in den Generalstab gelangen und in ihm eine glänzende Karriere wie wenig andere machen? Und wie ist es zu erklären, daß dieser Mann, der menschlich allen Offizieren immer ein Problem geblieben ist, als Chef der Heeresleitung sich ihre höchste Achtung, ihr absolutes Vertrauen erworben und eine Autorität besessen hat wie kein General seinesgleichen vor und nach ihm? Daß selbst ein Mann wie der Reichspräsident Ebert, der von Natur aus mißtrauisch veranlagt war, bis zu seinem Tode ihm sein Vertrauen geschenkt hat? Geschenkt hat, obgleich er mehr als einmal in politischen Fragen völlig anderer Auffassung gewesen ist als von Seeckt? — Eine ganze Reihe guter Charaktereigenschaften, die von Seeckt natürlich auch besessen hat und auf die wir jetzt zu sprechen kommen werden, geben auf diese Fragen keine ausreichende Erklärung.

Von Seeckt liebte keine Posen und war jedem Kraftmeierum abhold. Auch Treue verstand er zu halten. Das berichtet der von uns schon einmal erwähnte bayrische General Herrgott und fügt hinzu, daß er ihm genehme Mitarbeiter nach anderweitiger Verwendung gern wieder zu seinem Stabe zog. Sein Biograph von Rabenau spricht wiederholt von seiner Herzgüte. Und in der Tat: wenn man die zahlreichen seiner Biographie beigegebenen Briefe liest, die von Seeckt an seine Mutter und seine Gattin gerichtet hat, so muß man von Rabenau bestätigen, daß in diesen Briefen immer wieder wirkliche

⁹⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 287

¹⁰⁾ Ebenda, S. 300

¹¹⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 42

¹²⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, v. Hase und Koehler Verlag, Leipzig 1941, S. 151

echte Herzenswärme zum Durchbruch kommt. Warum war er da aber für alle anderen Menschen unnahbar? Warum ging von ihm allen anderen Menschen gegenüber eisige Kälte aus? Glaubte er, da er ein Fanatiker des Gehorsams war, etwa bei Untergebenen an Autorität zu verlieren, wenn er ihnen warmerherzig gegenübertrat? Das kann es nicht gewesen sein, da er Gleichaltrigen gegenüber sich in gleicher Weise verhielt. Und merkwürdig ist auch wieder, daß dieser „letzte Gardegeneral preußischen Stils“ — so hat ihn von Blomberg genannt — mit seiner Unnahbarkeit, Kühle und Menschenverachtung in ausgesprochenem Maße weltmännische Manieren verband.

Von Seeckt war von großer Härte gegen sich selbst und von ausgesprochener Bedürfnislosigkeit in jeder Beziehung, ganz besonders auch im Essen und Trinken. Nur ganz selten äußerte er einen Wunsch. Niemals beklagte er sich über zu große Hitze, Kälte oder Nässe. Klar und bestimmt war er in allen seinen Anordnungen, so daß niemals ein Zweifel darüber aufkommen konnte, was er im Einzelfalle meinte. Seine Kritiken und seine Reden zeichneten sich stets durch ihre Kürze aus, weil er es verstand, sich immer auf das Wesentliche und Entscheidende zu beschränken. Phrasen waren ihm ein Greuel. Charakteristisch für ihn war auch die Art seiner Menschenbehandlung, die er auch von seinen Adjutanten verlangte. Erhielt er einen neuen Adjutanten, dann war das erste, was er zu ihm sagte: „Sie werden viele Menschen bei mir durchgehen sehen. Behandeln Sie alle gleich, lassen Sie sich aber von keinem imponieren, auch nicht von Ausländern oder Männern der Presse.“ Jede servile Behandlung seiner Person lehnte er strikt ab. Urteile über Dritte verbat er sich, wenn er nicht ausdrücklich danach gefragt hatte. Groß war sein geschichtliches Wissen und ungewöhnlich sein Verständnis für und seine Freude an der Kunst und fremden Ländern. Was er in dieser Hinsicht seiner Frau in unzähligen Briefen — er schrieb ihr, wenn er von ihr getrennt war, so gut wie jeden Tag — zu sagen weiß, bedeutet für den Leser einen hohen Genuß. Entsprechend geistig hochstehend war auch seine Gastlichkeit.

Was von Seeckt vor allem auszeichnete, waren sein scharfer Verstand und seine Urteilskraft; in dieser Hinsicht überragte er in dem auf den ersten Weltkrieg folgenden Jahrzehnt alle höheren Offiziere der deutschen Armee. Hier stimmen alle zeitgenössischen Urteile überein. Und hier dürfte wohl auch der Schlüssel für die Beantwortung der von uns aufgeworfenen Fragen zu finden sein. Charakterfehler, wie sie von Seeckt eigen waren, schlossen an und für sich nach den bestehenden Richtlinien eine Verwendung im Generalstabe aus. Daß sie von den für die Qualifizierung von Seeckts zuständigen Vorgesetzten nicht erkannt worden sein sollten, ist nicht anzunehmen. Bleibt nur eins: von Seeckts Leistungen müssen seine Charakterschwächen und Fehler mehr als nur kompensiert haben. Geßler nennt von Seeckt klar, scharf und — vor allem —

nüchtern denkend. „Lagen seine Schranken im Bereiche des Gemütes, so war seine Stärke der scharfe Verstand, der sich an das Wesen der Dinge und an die Realitäten hielt.“¹³⁾ Theodor Heuß bezeichnete von Seeckt als „sachlich klug“. Interessant ist, was Lord D'Abernon in Nr. 23 seines Tagebuchs schreibt. Da heißt es: „Die Kritiker Seeckts behaupten, er habe den großen Fehler, für einen General zu intelligent zu sein.“¹⁴⁾

Von Seeckt war kein Utopist und ebensowenig ein Doktrinär. Dank seines scharfen Verstandes war er ein Realpolitiker, ein Mann der Politik als der Kunst des jeweils Möglichen. Er hat es z. B. gelegentlich der Konferenz von Spa in der Frage des 200 000-Mann-Heeres fertiggebracht, im Interesse der Möglichkeit der Weiterführung wirtschaftlicher Verhandlungen sich selbst zu überwinden und sich mit der Reduzierung des Heeres auf 100 000 Mann einverstanden zu erklären. Er hat das getan, obgleich er sich vor der genannten Konferenz bei Besichtigungen der Truppe gegenüber stark gemacht hatte und wußte, daß er die Hoffnung von 100 000 Soldaten enttäuschen würde:

„... Ein anderer Weg hätte Selbstmord bedeutet und Aufhören unserer staatlichen Existenz ... Nichts liegt mir ferner, als mich der Verantwortung entziehen zu wollen ... Ich habe getan, was die Vernunft mir gebot“.

sagte er in einer Rede, in der er das Ergebnis von Spa vor den Offizieren vertrat.¹⁵⁾ Von Rabenau hat durchaus recht, wenn er über von Seeckts Haltung in Spa sagt: „Der Staatsmann hatte in Seeckt bei weitem über den ‚Nur-Soldaten‘ gesiegt.“ Und er hat auch recht, wenn er daran die zusätzliche Bemerkung knüpft, daß letzten Endes ein Sieg des Staatsmannes auf die Dauer stets ein Vorteil des Soldaten ist.

Von Seeckt war eben nicht nur ein überragender Militär, sondern auch ein Mann, der — in den ihm von seiner Klassenzugehörigkeit gesetzten Grenzen — politisch zu denken und zu urteilen vermochte. Das wird ihm ja auch im Nationalen Dokument bescheinigt. Politischen Sinn verband er allerdings in hohem Grade mit politischem Ehrgeiz. Wir hatten bereits erwähnt, daß von Seeckt angestrebt hatte, nach Ebert auf legalem Wege Reichspräsident zu werden.

Von Seeckt hatte auch die Bedeutung der politischen Schulung für die höheren Offiziere erkannt, und daher sind sie — aus dem Blickfeld seiner Klassenzugehörigkeit — unter ihm auch sehr intensiv zum Verständnis für Zusammenhänge der politischen Entwicklung erzogen worden. Freilich machte von Seeckt einen eindeutigen Unterschied zwischen Verständnis für politische Entwicklung und politischer Betätigung. In einem

¹³⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 287

¹⁴⁾ Schmidt-Pauli, Edgar von, General von Seeckt, Lebensbild eines deutschen Soldaten, Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1937, S. 130

¹⁵⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 164

Erlaß an die Generalstabsoffiziere aus der Mitte des Jahres 1919 sagt er:

„... Wenn wir arbeiten wollen, so müssen wir heraus aus dem Lärm des Tages. Daß der Offizier Verständnis gewonnen hat für die Fragen der Öffentlichkeit, daß er teilnimmt am politischen Leben des Volkes, ist ein Fortschritt unserer Zeit. Daß so viele sich verpflichtet fühlen, ihre Ansichten der breiten Masse mitzuteilen, in den Kampf des Tages mit lauter Stimme einzugreifen, ist eine schlechte Sitte...“¹⁶⁾

Wie von Seeckt selbst über Politik dachte, das hat er in einem „Wege deutscher Außenpolitik“ betitelten Vortrage 1931 in bezeichnender Weise dargelegt. Da sagte er:

„... Politik beruht auf der Macht. Ein hartes Wort und ganz besonders in dieser Zeit, in der wir seit zwölf Jahren zu hören bekommen, daß die Politik auf dem Rechte beruhe. Nun, wir können vielleicht auch diese These annehmen, wenn wir gleichzeitig zugeben, daß es die Macht ist, die Recht schafft. Wer diese Wahrheit nicht beim sogenannten Friedensschluß von Versailles und nicht bei seiner Durchführung in den vergangenen Jahren, nicht in seiner beabsichtigten Durchführung für die Zukunft erkannt hat, dem fehlt der Sinn für die Wirklichkeit, und wir müssen ihn in seinem Reiche der Ideale allein lassen...“¹⁷⁾

Wenn wir mit unseren bisherigen Ausführungen uns auch über eine ganze Reihe von Charaktereigenschaften, Fähigkeiten und Schwächen von Seeckts klargeworden sind, so wäre es doch vermessen, behaupten zu wollen, daß wir damit sein Wesen völlig erkannt hätten. Das ist bei Lebzeiten dieses Mannes niemandem gelungen, und das wird heute, da seine Persönlichkeit der Geschichte angehört und wir in der Hauptsache auf zeitgenössische Urteile angewiesen sind, die wir nur miteinander vergleichen können, erst recht niemandem gelingen. So werden auch die letzten Motive für von Seeckts Handeln in mehr als einem Falle von Fragen umgeben und wir bei der Analyse der Motive mehr oder weniger auf Vermutungen angewiesen bleiben. Er wollte nicht voll als der erkannt werden, der er wirklich war: auch das ist ein bemerkenswerter Charakterzug dieses eigenartigen Menschen gewesen. In diesem Zusammenhange urteilt Geßler über von Seeckt:

„Er trug nach außen eine scheinbar undurchdringliche Maske und wurde nicht ohne Grund auch in der Öffentlichkeit häufig ‚die Sphinx‘ genannt, was ihm zweifellos nur Willkommen war. Was stand hinter dieser Maske?

Die meisten suchten dahinter im tiefsten Urgrund einen starren Hochmut, ein absolut egozentrisches Denken. Jedenfalls setzte er die Maske auch im Verkehr mit nächsten Mitarbeitern auf.“¹⁸⁾

Anders urteilt General Groener, der seinerzeit Ebert empfohlen hatte, General von Seeckt, mit dem er „in tiefster Übereinstimmung der Ideen stünde“, zum ersten Chef der Heeresleitung in der neuen Armee zu berufen. In einem an General von Gleich gerichteten Briefe vom 26. April 1931 schreibt Groener, dessen Vertrauter damals noch von Schleicher war, über den 1926 im Zusammenhang mit der Affäre des ältesten Sohnes des deutschen Kronprinzen verabschiedeten Generaloberst von Seeckt:

„Seine Verdienste um die Reichswehr werden maßlos überschätzt. Die wirklich Verdienstvollen stehen im Schatten der Sphinx, wie vor allem der grundsolide tüchtige Otto Hasse. Seit Seeckt die Maske abgenommen hat, verliert er mehr und mehr seinen Nimbus.“¹⁹⁾

Und schon vorher hatte er am 28. Dezember 1930 in einem Briefe an General von Gleich von Seeckt als „alternden“ General bezeichnet und hinzugefügt:

„Ich hatte einst von Seeckt mehr erwartet. Sein Sphinxgesicht hatte die charakterlichen und geistigen Schwächen verdeckt...“²⁰⁾

In diesem Urteil reichen sich Animosität und Tendenz die Hand, und man wird es daher sehr vorsichtig bewerten müssen. Daß von Seeckt charakterliche Schwächen anhafteten, ist zutreffend; darüber haben wir schon gesprochen, darüber ist er sich selbst nicht im unklaren gewesen, und darüber hat er sich ja auch zu verschiedenen Malen selbstkritisch geäußert. Völlig fehl am Platze aber ist es, bei von Seeckt von „geistigen Schwächen“ zu sprechen. Mit diesem Urteil steht Groener völlig allein, und in der gesamten von Seeckt betreffenden Literatur ist kein paralleles Urteil zu finden. Zwischen Groener und von Seeckt hatten irgendwelche tiefergreifende Differenzen früher nie bestanden. Groener hat dieses abwertende Urteil erst vier Jahre nach der Verabschiedung von Seeckts abgegeben, und zwar zu dem Zeitpunkt, wo er als Reichswehrminister sein SA-Verbot verfügt und einen Prozeß gegen die damals mit der NSDAP sympathisierenden jungen Offiziere Ludin und Scheringer in Leipzig angestrengt hatte – zwei Maßnahmen, die von Seeckt ziemlich scharf kritisiert hatte.

Auch Vincenz Müller kommt auf die Bezeichnung von Seeckts als „Sphinx“ zu sprechen und schreibt dazu:

¹⁶⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 287.

¹⁷⁾ Groener-Geyer, Dorothea, General Groener, Soldat und Staatsmann, Sozietätsverlag, Frankfurt a. M. 1955, S. 279.

²⁰⁾ Ebenda, S. 278 ff.

¹⁶⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 194.

¹⁷⁾ Schmidt-Paull, Edgar von, a. a. O., S. 80.

„Von seinen begeisterten Verehrern und Anhängern innerhalb und außerhalb der Reichswehr wurde Seeckt die Bezeichnung ‚Sphinx‘ gegeben. Damit sollte ihm Anerkennung gezollt, seine Undurchsichtigkeit gepriesen und der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, daß er zu gegebener Zeit den Schlag gegen Republik und Verfassung führen werde. Mit dem Wunsch nach Veränderung der inneren Verhältnisse verband sich für diese Kreise eine weitere Hoffnung, nämlich damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine härtere Politik nach außen, für die Revanche für den verlorenen Krieg und den Vertrag von Versailles.“²¹⁾

Interessant und aufschlußreich ist ein Urteil, das Helmut Krausnick gefällt hat. Er schreibt mit Bezug auf Pläne diktatorischer und halbdiktatorischer Art, die von Seeckt 1923 insgeheim geschmiedet hat und auf die wir noch zu sprechen kommen werden:

„Indes, er überschritt den Rubikon nicht; sicherlich weitgehend aus politischer Vernunft und seinem Pflichtgefühl gegenüber dem Schicksal des Reiches, in dem ihn hemmungslose Abenteurer nur bestärken konnten. Aber er blieb wohl auch deshalb passiv, weil er, letztlich keine Herrschernatur und sich der Grenzen seiner Kraft zu tiefst bewußt, auf den gewissenlastenden Zwang aller politischen Fakten und Faktoren wartete. Die vielberufene ‚Sphinx‘, deren Maske sowohl politischen Zwiisparten wie persönliche Schwäche verbarg, ermutigte die gegenrevolutionären Kräfte und band sie andererseits. So konnte er sich gleichermaßen gestatten, ihre Hoffnungen zu beflügeln und bitter zu enttäuschen.“²²⁾

Wenn Krausnick der Auffassung ist, daß von Seeckt mit dem Aufsetzen seiner Maske die Absicht verband, sich politisch nicht in die Karten gucken zu lassen, um sie seinen Intentionen entsprechend je nach Bedarf ausspielen zu können, so dürfte er mit diesem Urteil durchaus recht haben. Das paßt ganz zum Charakterbild von Seeckts, ist andererseits aber wieder ein Beweis seiner politischen, um nicht zu sagen diplomatischen Klugheit. Wenn von Seeckt, wie Geßler einmal über ihn sagt, „es auch in kritischen Lagen“ – und was für kritische Lagen gab es während der Ära von Seeckt! – „ausgezeichnet verstanden habe, sich nach keiner Weise zu kompromittieren“, so hat ihm dabei bestimmt seine geistige Klarheit ganz vorzügliche Dienste geleistet. Während Rudolf Fischer in seinem Buche „Schleicher, Mythos und Wirklichkeit“ urteilt, daß „hinter der eindrucksvoll schweigenden

Maske des Generals von Seeckt sich eine Macht konsolidierte, deren Atem länger war als der wechselnder Koalitionen“²³⁾, sagt Edgar von Schmidt-Pauli:

„... So ist es Seeckt nicht gegangen, wie es mitunter anderen geschieht, die hinter der Maske des Schweigens eine undurchdringliche Tiefe vermuten lassen, um dann bei Abnehmen der Maske durch Flachheit zu enttäuschen. Er hat im Gegenteil gezeigt, daß das Rätselhaftige um ihn als Chef der Heeresleitung kein militärischer Deckmantel für eine an sich alltägliche Persönlichkeit war, sondern daß er auch ohne den Nimbus seiner Stellung allgemeines Interesse zu erwecken und zu erhalten vermochte.“²⁴⁾

Wohl mit eines der interessantesten Urteile über von Seeckt hat zweifellos der englische Botschafter Lord D'Abernon gefällt. Er schreibt:

„... Sein Auftreten in Spa unter den schwierigsten Bedingungen war von großer Würde. Auf den ersten Blick trocken und knochig, fast zu sehr, zu sehr ein Bündel gespannter Energie. Wenn nicht das ewige Monokel wäre ... würde er an Julius Cäsar erinnern. Bei näherer Bekanntschaft verflüchtigt sich der erste Eindruck der Trockenheit, und man wird sich nur seiner Energie, Kraft und Tüchtigkeit bewußt, und das innere Wesen dieses Mannes ist alles andere als trocken ... Ein viel großzügigerer Geist, als man in einer so engen Uniform vermutet, eine weitreichendere Einsicht, als sie einem so korrekten, strengen, blitzsauberen Äußeren entspricht ... Er war nicht nur vorausschauend, er hat auch viel dazu beigetragen, die Entwicklung in den von ihm vorausgesagten Lauf zu drängen, und hat dadurch nicht nur seinen Ruf als Prophet gefestigt.“²⁵⁾

Geben wir abschließend noch einer interessanten französischen Charakteristik von Seeckts Raum. „La France militaire“, die bedeutendste militärische Fachzeitschrift Frankreichs, schrieb einmal:

„... Prudent, correct, réservé, glacial même, il sait parfaitement tenir compte des réalités et, à une intelligence vive, il joint une forte volonté. Le tsar Ferdinand de Bulgarie disait de lui: 'C'est la tête la plus claire de toute l'Allemagne' ... Le froid, le tenace von Seeckt est de ceux dont la patience ne se lasse point, de ceux, dont la volonté ne fléchit jamais ...“²⁶⁾

²¹⁾ Fischer, Rudolf, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, S. 44

²²⁾ Schmidt-Pauli, Edgar von, a. a. O., S. 154/155

²³⁾ Ebenda, S. 141/142

²⁴⁾ „... Klug, korrekt in seinem Auftreten, zurückhaltend, ja eiskalt, versteht er es vollendet, sich auf den Boden der Gegebenheiten zu stellen, und scharfer Verstand paart sich bei ihm mit starkem Willen. Zar Ferdinand von Bulgarien sagte von ihm: ‚Er ist der klügste Kopf in ganz Deutschland.‘ Von Seeckts Kälte und Zähigkeit erschöpften sich nicht und eine Willenskraft ist unbeugsam ...“

²⁵⁾ Müller, Vincenz, Ich fand das wahre Vaterland, Deutscher Militärverlag, S. 217

²⁶⁾ Krausnick, Helmut, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Die Vollmacht des Gewissens. Herausgegeben von der Europäischen Publikation e. V., München 1953, S. 182

Das Nichtalltägliche und Charakteristische an von Seeckt ist, daß er mit allen seinen Fehlern und allen seinen Vorzügen nicht zwiespältig wirkte, sondern als eine in sich geschlossene Persönlichkeit, die sich auf ihre Weise das ganze Leben hindurch treu geblieben ist.

3. Der Soldat und Politiker

a) Als Chef des Generalstabes und Chef des Truppenamtes

Der eigentliche Aufstieg von Seeckts begann im ersten Weltkrieg; hier ist sein Name vor allem mit der Schlacht vor Gorlice verbunden. Hatte man bis dahin im deutschen Heer auf dem Standpunkt gestanden, daß der Schlachterfolg nur der Umfassung winke, so hatte von Seeckt als Oberst und Chef des Generalstabes der von Generaloberst von Mackensen befehligten 11. Armee in Durchführung eines in den Köpfen der Generale von Falkenhayn und von Hötendorf entstandenen Gedankens unter Beweis gestellt, daß auch der Durchbruch einen vollen Erfolg bringen und aus der Durchbruchsschlacht sich die Durchbruchsoption entwickeln kann.²⁶⁾ Als Chef des Generalstabes der Heeresgruppe des Erzherzogs und späteren Kaisers Karl hatte von Seeckt dann weiterhin Gelegenheit gehabt, sein militärisches Können unter Beweis zu stellen.

In der Zeit unmittelbar vor dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands im Herbst 1918 verfolgt von Seeckt aufmerksam die politische Entwicklung. Am 1. Oktober 1918 schreibt er seiner Frau:

„... Eben kommen die Funknachrichten von der Nacht, darunter der Erlaß und zugleich die Entlassungsordre an den Reichskanzler, also parlamentarisches Regime! Da es der Allerhöchste Wille ist, habe ich zu schweigen ...“

Und vier Tage später schreibt er:

„... Wie die Verhältnisse einmal geworden sind, halte ich es für das Richtige, den zu fassenden Entschlüssen eine möglichst breite Basis zu geben, damit alle an der Verantwortung beteiligt sind ... Wenn wir dadurch zu einer inneren Einheit kommen, ist kein Opfer zu groß ... Verlangt wird von uns aber, daß wir die inneren Opfer freudig und rückhaltlos bringen, und darin liegt das Schwere ... Weniger als je haben Einzelwünsche und persönliche Neigungen Berechtigung ...“²⁷⁾

Die Nachricht von der Abdankung des Kaisers erreicht von Seeckt auf der Rückreise von der Türkei, wo er seit Dezember

²⁶⁾ Deutsche Wehr, 1. (31.) Jahrgang 1928, Nr. 19, Gorlice und Cannae, S. 345

²⁷⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 90

1917 als Generalstabchef Enver Paschas tätig gewesen war, und zwar im Zuge auf der Fahrt von Nikolajewsk nach Warschau. Kein Wort ist uns überliefert, das er im Augenblick des Empfangs der Nachricht gesprochen hat. Von seinen Begleitoffizieren wissen wir nur, daß er mit blutleerem Gesicht, völlig erstarrt, einsam in seinem Abteil gesessen und stundenlang geschwiegen hat. Niemand hat gewagt, ihn anzusprechen. Was in dieser Stunde in seinem Innersten vor sich gegangen ist, können wir uns nur denken: eine Welt, seine Welt, zerbrach in ihm. Zumindes hat er das in diesem Augenblick geglaubt; er hat später seiner Frau gestanden, es sei in langen Jahrzehnten das einzige Mal gewesen, daß er geweint habe.

Und doch! Nur scheinbar ist er damals zusammengebrochen. Bald zeigt sich, daß er die Hoffnung und den Glauben an sein Vaterland nicht verloren hat — allerdings das Vaterland seiner Klasse, nicht das der Arbeiter und ihrer Verbündeten, das „Vaterland der Reichen“ und nicht das Vaterland des Volkes. In einer Generalstabsbesprechung am 20. Dezember 1918, als man über die nunmehr einzuschlagenden Wege berät, sagt von Seeckt, daß alles darauf ankomme, daß man so schnell als möglich wieder bündnisfähig werde, d. h.: eine neue Armee sei aufzubauen, die auch anderen Achtung einflöße und deren Vorhandensein die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wiedererstarkeung des Landes sei.

Im November 1918 hat von Seeckt die Stellung des Chefs des Generalstabes des einen der beiden von der OHL in Auswirkung der damaligen polnischen Ereignisse aufgestellten Armeeoberkommandos übernommen, des Armeeoberkommandos „Grenzschutz Nord“. In dieser Stellung hat er im Februar 1919 auf Veranlassung der OHL zwei Denkschriften über die Aufstellung eines neuen Heeres ausgearbeitet, im übrigen aber sich klug zurückgehalten. Ins Rampenlicht der breiten Öffentlichkeit ist er erst am 21. April 1919 wieder getreten, als er durch Kabinettsbeschluß zum „Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft“ in Versailles ernannt worden war. In dieser Eigenschaft war von Seeckt mit dem Leiter der deutschen Friedensdelegation, dem Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, von dem ihn politisch vieles trennte, in einen schweren Konflikt geraten, aus dem er aber als Sieger hervorgegangen war. Für den Aristokraten von Seeckt war es einfach unfassbar, daß ein geborener Graf in diesen Fragen anders denken konnte als er selbst, weshalb er den Grafen verächtlich auch meist nur als „le comte malgre lui“ bezeichnet hat. Graf von Brockdorff-Rantzau wiederum war die selbstbewußte Haltung von Seeckts zuwider, der den Wunsch der Franzosen, bei den Verhandlungen in Versailles Zivil zu tragen, dahingehend hatte beantworten lassen, „daß er dazu bereit sei, wenn der Herr Marschall Foch auch Zivil trüge“.

Der eigentliche Konflikt aber war aus der antimilitärischen

Grundeinstellung des Grafen entstanden. Über die am 7. Mai 1919 der deutschen Delegation überreichten „Friedensbedingungen“ war es zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen von Seeckt und dem Grafen insbesondere hinsichtlich der Stärke der künftigen deutschen Wehrmacht gekommen. Als Graf Brockdorff-Rantzau sich unter dem Einfluß Erzbergers mit 100 000 Mann begnügen wollte, ohne von Seeckt darüber befragt zu haben, hatte von Seeckt protestiert, worauf Graf Brockdorff-Rantzau dessen Ablösung beantragt hatte. Allerdings mit dem Erfolg, daß das Reichskabinet ihm wissen ließ, daß zur Ablösung von Seeckts kein Grund vorläge und er in allen militärischen Fragen grundsätzlich den Rat von Seeckts einzuholen habe. Der Vorgang zeigt deutlich, welches Vertrauen man seitens der Reichsregierung von Seeckt entgegenbrachte und wie fest seine Stellung war.

Bekanntlich war es dann über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Versailler Diktats zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kreise in Deutschland gekommen, bei der die Frage einer gewaltsamen Inbesitznahme der nach dem Versailler Diktat im Osten abzutretenden Gebiete bei gleichzeitiger Ablehnung der Friedensbedingungen eine große Rolle gespielt hat. In der Generalität waren die Ansichten in dieser Frage auseinandergegangen, und auch die Länderregierungen hatten eine unterschiedliche Haltung eingenommen, so daß zeitweilig die Reichseinheit auf dem Spiele stand. Im großen gesehen hatte sich die Situation ergeben, daß die Mehrheit der Generale im Gegensatz zu Groener sich für die Ablehnung der Friedensbedingungen und für die gewaltsame Lösung einsetzte, die Länderregierungen dagegen in der Mehrzahl sich für die Annahme der Friedensbedingungen aussprachen. Die unüberbrückbaren Gegensätze in der Beurteilung der Lage und die Frage, was geschehen solle, hatten schließlich in der Nacht vom 19. zum 20. Juni 1919 zum Sturz des Kabinetts Scheidemann und zur Bildung einer Regierung Bauer geführt, die in ihrer Regierungserklärung sich bei Ausklammerung der Deutschland diskriminierenden Artikel der Friedensbedingungen für die Annahme des Diktats aussprach.

Uns interessiert natürlich, welche Haltung von Seeckt in der ganzen Frage eingenommen hat, die er in einem Briefe an den Zaren Ferdinand „ein Narrenspiel trotz tiefster Tragik“ genannt hat. General von Stülpnagel, der sich für die gewaltsame Lösung eingesetzt hat, berichtet, daß von Seeckt nach anfänglicher Zurückhaltung ihm am 19. Juni erklärt hat, daß er der Auffassung sei, die gewaltsame Lösung sei aussichtslos, da die Mehrzahl der Vertreter der zivilen Bevölkerung sie schroff ablehne. Das deckt sich mit einer Niederschrift von Seeckts vom 30. Juni 1919, in der es heißt:

„Wenn im Osten etwas zu machen war, so konnte es nur durch die Gesamtheit des deutschen Volkes oder durch

seine große Mehrheit erfolgen. Militärische und militärpolitische Aktionen waren und sind nur möglich im Einvernehmen zwischen politischen und militärischen Führern. Diese fehlte ... Sind wir aber berechtigt, die Frage der militärischen Ehre vor die des Wohles des Ganzen zu stellen?“²⁸⁾

Diese Einschätzung der Beziehungen zwischen den militärischen und den zivilen Führern zeigt von Seeckt als nüchternen Realpolitiker im Gegensatz zu vielen seiner Kameraden, die sich damals nur vom Gefühl und nicht vom Verstand leiten ließen. Kurt Sendtner hat von Seeckts Verhalten treffend formuliert, wenn er ausführt:

„Nüchterner Wirklichkeitssinn und Verständnis für die Zwangsläufigkeiten in der Politik eines besiegten Volkes waren keineswegs Allgemeingut des deutschen Volkes, seiner Bürgerschichten und der Generalität. In von Seeckt waren sie verkörpert. Und in seinem Inneren bildeten sie für die Weimarer Regierung ein Aktivum, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf — gerade dann nicht, wenn man als von Seeckts Grundeinstellung die steinerne Neutralität gegenüber dem demokratischen Staat und letztlich den Attentismus nehmen will.“²⁹⁾

Und auch in der Beurteilung des Friedensdiktats erwies sich von Seeckt im Augenblick seiner Annahme als der vorausschauende Politiker, wenn er unter anderem sagte:

„Mir fehlt vielleicht das Auge für die wahre Entwicklung der Dinge und ganz gewiß der Glaube, daß gerade das Jahr 1919 berufen sei, eine neue Weltordnung heraufzuführen ... Nur blutige Konflikte, vielleicht solche von noch viel gewaltigerem Ausmaß, zeichnen sich schon heute am Horizont ab, und dieser sogenannte Friedensvertrag birgt wie Pandoras Büchse neues Unheil ...“³⁰⁾

Die schwere Erschütterung, die der deutsche Nachkriegs-imperialismus bei der Erörterung der Frage der Annahme oder Nichtannahme der Friedensbedingungen erlebte, hatte auch zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen in der Generalität geführt. Auf sie näher einzugehen ist hier nicht der Raum. Im Zuge ihrer Bereinigung waren weitgehend Personalveränderungen innerhalb der Generalität unvermeidlich geworden, und dabei war von Seeckt mit dem 4. Juli 1919 zum Chef des Generalstabs der Armee ernannt worden, einer Stellung, die dann in Vollzug der Bestimmungen des Versailler Friedensdiktats im Oktober des gleichen Jahres in die des Chefs des Truppenamts innerhalb des Reichswehrministe-

²⁸⁾ Ebenda, S. 186

²⁹⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 72

³⁰⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 184

riums umgewandelt wurde. In dieser Stellung finden wir von Seeckt im Augenblick des Kapp-Putsches.

Der Generallandschaftsdirektor Kapp hatte im Sommer 1919 versucht, über Mittelsmänner General von Seeckt heimlich in das von ihm gegen die Reichsregierung geschmiedete Komplott einzubeziehen, war aber bei von Seeckt an die falsche Adresse geraten; dieser hatte das Reichwehrministerium pflichtgemäß verständigt. Im Oktober des gleichen Jahres stieg bei von Seeckt der Verdacht auf, daß der General von Lüttwitz mit Kapp im Bunde wäre, was von Seeckt veranlaßte, Kapp zu warnen und über die verdächtige Tätigkeit des Generals von Lüttwitz mittels eines besonderen von Oberst Hasse aufgesetzten Berichts den Reichwehrminister Noske zu orientieren. Zugleich erließ er am 18. Oktober 1919 einen Befehl an alle Generalstabsoffiziere, in dem er sie vor jeder Teilnahme an etwaigen Umsturzversuchen eindringlichst warnte.

Von Seeckt hatte richtig gesehen. Hätte Noske seinen Rat befolgt und den General von Lüttwitz Knall und Fall verabschiedet, dann hätte es in der deutschen Geschichte wahrscheinlich keinen Kapp-Putsch gegeben. Leider aber hatte sich Noske durch den Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, der weniger klar als von Seeckt in der ganzen Angelegenheit sah, umstimmen lassen, und die Verabschiedung des Generals von Lüttwitz war unterblieben. Noskes Verhalten ist um so unverständlicher, als er in seinem Buche „Von Kiel bis Kapp“ auf Seite 202 selbst schreibt: „Diesen alten General sah ich in den letzten Monaten nicht ohne Bedenken auf seinem Platz.“ So mußte es Noske erleben, daß in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 von Döberitz her die Marinebrigade Ehrhardt im Berliner Tiergarten auftauchte und Ehrhardt der Reichsregierung ein bis 7 Uhr morgens befristetes Ultimatum stellte, in dem er neben einer Reihe militärischer Forderungen auch die Wahl eines neuen Reichstages und einen Aufruf an das Volk zur Wahl eines neuen Reichspräsidenten verlangte.

Nachts zwischen 1 und 2 Uhr hatte Noske in seinem Arbeitszimmer den gesamten Generalstab versammelt, entschlossen, mit der Berliner Garnison den Kampf gegen die Meuterer aufzunehmen. Aber nur General Reinhardt und Major von Gilsa, Noskes persönlicher Adjutant, erklärten sich mit ihm solidarisch; alle anderen schwiegen auf die Frage, ob sie ihm zu folgen bereit seien. Da unterbrach General von Seeckt das betretene Schweigen und erklärte:

„Es kann doch keine Rede davon sein, daß man Reichswehr gegen Reichswehr kämpfen läßt. Truppe schießt nicht auf Truppe. Haben Sie etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die vor einundeinhalb Jahren Schulter an Schul-

ter gegen den Feind gekämpft haben? Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlägt, dann ist alle Kameradschaft im Offizierkorps dahin. Wenn das aber einträte, dann wäre die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 noch vermieden worden ist, erst richtig da. Ich muß bei aller Loyalität gegenüber der Reichsregierung und bei aller Gegnerschaft gegen Putschversuche die Verantwortung für solchen Kampf ablehnen.“

Erregt warf Noske ein, von Seeckt wolle also die Aufrührer schützen. Von Seeckt antwortete: „Keineswegs, aber ich weiß um die tragischen Folgen — und vielleicht weiß ich es allein —, die der Kampf mit der Waffe haben würde.“ Noske gab sich noch nicht geschlagen: „Es ist gut“ sagte er; „der Ministerrat wird entscheiden. Die Sitzung ist geschlossen.“³¹⁾

Was mochte von Seeckt zu seiner Haltung Noske gegenüber veranlaßt haben? An und für sich stand er loyal zur Reichsregierung. Er hatte Noske zweimal, wenn auch vergeblich, auf das heraufziehende Unwetter aufmerksam gemacht, und er hatte auch während des Auftritts mit Noske diesen seiner Loyalität gegenüber der Reichsregierung nochmals versichert. Aber er wollte die Reichswehr, in der er aus seiner Sicht das einzige wirkliche Machtmittel der Regierung sah, nicht durch Kämpfe unter sich zerschlagen sehen, zumal er fest damit rechnete, daß der Putsch auch ohne Waffenanwendung seitens der Truppe zusammenbrechen würde. Und er konnte damit rechnen, weil er wußte, daß innerhalb der Putschisten keinerlei einheitliche Auffassungen über ihr Vorgehen bestanden, ja nicht einmal im Stabe des von General von Lüttwitz befehligten Gruppenkommandos 1. Am 1. März 1920 hatten nämlich der Chef des Stabes dieses Gruppenkommandos, General von Oldershausen, und der 1. Generalstabsoffizier, Major von Hammerstein-Equord, der eigene Schwiegersohn des Generals von Lüttwitz, von Seeckt gemeldet, daß sie wie auch die übrigen Offiziere des Stabes des Gruppenkommandos bei etwaigen Gewaltmaßnahmen nicht hinter General von Lüttwitz stehen würden (was dann auch tatsächlich nicht der Fall gewesen ist — J. Z.). Und weiter wußte von Seeckt, daß die Putschisten weder von der Mehrzahl der Wehrkreisbefehlshaber noch von der Masse der Offiziere des Reichwehrministeriums, an ihrer Spitze Oberst Heye, unterstützt werden würden, sondern daß diese sich an die am 10. November 1918 zwischen Reichspräsident Ebert und Generalfeldmarschall von Hindenburg getroffene Vereinbarung halten und die Regierung unterstützen würden, ohne allerdings die Einheit der Reichswehr für die Regierung aufs Spiel setzen zu wollen. Und schließlich wußte von Seeckt auch noch, daß weder die Parteien der Rechten noch die der Linken den Putsch unterstützen würden.

³¹⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 74

Das im Anschluß an den Auftritt zwischen Noske und von Seeckt sich versammelnde Kabinett entschied sich, obwohl Noske als einzigen Militär den hinter ihm stehenden Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, zur Sitzung mitgenommen hatte, für von Seeckt. Während das Kabinett den Generalstreik ausrief und entgegen dem Rate von Seeckts zunächst nach Dresden floh, reichte von Seeckt noch am 13. März sein Abschiedsgesuch ein und „ging bis zu dessen Entscheidung auf Urlaub“, nachdem ihm noch vorher General Reinhardt, der mit seiner Ansicht, den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen, nicht durchgedrungen war, den Oberbefehl über das Heer übergeben hatte. Am 13. März vormittags erschien von Seeckt in Zivil im Justizministerium beim Reichsjustizminister und Vizekanzler Dr. Schiffer, den die Reichsregierung als Beobachter und Repräsentanten der legalen Regierung in Berlin zurückgelassen hatte, und teilte ihm mit, daß er hinter der verfassungsgemäßen Regierung stünde.

In seiner Wohnung nun wurde von Seeckt, um mit von Rabenau zu sprechen, „vom 14. März an zum Mittelpunkt derjenigen, die die unhaltbare Lage zu retten suchten“. Er arbeitete nach Kräften gegen den Putsch. Er stand in ständiger enger Verbindung mit dem Vizekanzler Dr. Schiffer sowie mit seinem Stellvertreter als Chef des Truppenamts, Oberst Heye, der laufend von ihm die nötigen Anweisungen bekam. Dem entsprechend führte Heye seine Dienstgeschäfte in Zivil weiter und ignorierte die neuen, von den Kappisten eingesetzten Amtsleiter. In Auswirkung des Zusammenwirkens zwischen von Seeckt und Dr. Schiffer erkannte kein Ministerium die von Kapp erlassenen Bestimmungen an, so daß die Möglichkeit zu ihrer praktischen Ausführung fehlte und die Putschisten sich auch nicht das Geld, dessen sie zur Zahlung der Löhnung an die Truppe bedurften, beschaffen konnten. Von Seeckt stärkte die militärische Opposition gegen den Putsch, wo er nur immer konnte, und zwar mit dem Erfolge, daß bereits am 16. bzw. ab der Nacht vom 16. zum 17. März die Berliner Truppenteile, die sich den Putschisten angeschlossen hatten, gegen Kapp meuterten, ihre Offiziere absetzten und sich wieder der Regierung Ebert zur Verfügung stellten. Das Gleiche geschah am 17. März bei der Berliner Schutzpolizei. General von Lüttwitz hat durchaus recht, wenn er schreibt:

„General von Seeckt zog sich scheinbar von den Geschäften zurück. Unglücklicherweise unterließ ich es, ihn streng zu überwachen. Ich erfuhr erst später, daß er die Seele des militärischen Widerstandes gegen unser Unternehmen war.“²⁵⁾

Als der Aufstand dank dem Generalstreik im Zusammenbrechen war, erschien am 17. März Oberst Heye in Begleitung

²⁵⁾ Lüttwitz, Walter Freiherr von, Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin, Schlegel, 1934, S. 122

der maßgeblichen Offiziere des Reichswehrministeriums bei General von Lüttwitz in der Reichskanzlei, um ihm zu erklären: „Euer Exzellenz irren sich, wenn Sie glauben, noch das Vertrauen der Truppe zu besitzen. Euer Exzellenz muß unverzüglich demissionieren, den Aufstand beenden und sein Amt dem General von Seeckt übergeben. Es gibt keinen anderen Ausweg.“ Von Lüttwitz gab nach einigem Zögern nach. Die Nachricht vom Rücktritt des Generals von Lüttwitz verbreitete sich mit Windeseile. Der preußische Ministerpräsident Hirsch rief sofort einen Ministerrat zusammen, der General von Seeckt mit dem Kommando über die Truppen des Gruppenkommandos 1 betraute. Vizekanzler Dr. Schiffer ernannte von Seeckt zum Chef der Heeresleitung. In einem an Harold J. Gordon gerichteten Briefe vom 1. November 1950 schreibt er darüber:

„Als ich mit der in Stuttgart weilenden Regierung über die Besetzung des Postens eines Chefs der Heeresleitung an Stelle des zurückgetretenen Generals Reinhardt verhandelte, wurde mir die Wahl zwischen Seeckt und General von Oven gelassen ... Ich entschied mich für Seeckt. Die Ernennung erfolgte in meinem Amtszimmer, das dicht mit Abgeordneten und Journalisten gefüllt war. Ich proklamierte Seeckt in meiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskanzlers im Namen des Reichspräsidenten. Seeckt stand in Zivil neben mir.“

Reichspräsident Ebert bestätigte einige Tage später, nach Rückkehr des Reichskabinetts nach Berlin, die Ernennung.

Soweit die nackten Tatsachen. Gewinner des Kapp-Putsches war die damals ausnahmsweise einmal geschlossen handelnde Arbeiterklasse geworden, deren Generalstreik den Putsch zum Scheitern verurteilt und die damit eindeutig klargestellt hatte, was für einen Machtfaktor die Arbeiterklasse darstellt, wenn sie einig ist und geschlossen handelt. Unwillkürlich fragt man sich, wie es bei dieser Lage der Dinge dazu kommen konnte, daß von Seeckt als Chef der Heeresleitung, also mit wesentlich erweiterten Machtbefugnissen, aus dem Kapp-Putsch hervorgegangen ist. Daß von Seeckt sich vor Ausbruch des Putsches in jeder Weise loyal verhalten hat, darauf haben wir schon hingewiesen. Ist das aber auch während des Putsches selbst der Fall gewesen? Weder vom Standpunkt der damaligen bürgerlichen Verfassung noch vom militärischen Standpunkt aus ist an und für sich sein Verhalten zu billigen. Denn er hatte Noske, der als Reichswehrminister sein Vorgesetzter war, bewußt den Gehorsam aufgekündigt. Darüber ist er sich auch völlig im klaren gewesen, und daraus die Konsequenzen ziehend hat er in der Nacht vom 12. zum 13. März auch sein Abschiedsgesuch eingereicht, allerdings wohl nur der Form halber, da er — die Reichsregierung auf seiner Seite wissend — damit rechnen konnte, daß sein Abschiedsgesuch nicht

genehmigt werden würde, wie es dann ja auch der Fall gewesen ist.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Und entscheidend ist auch nicht, daß für von Seeckts Handlungsweise in der kritischen Nacht der Gedanke an die Notwendigkeit einer ungeschmälernten Erhaltung der erst im Aufbau begriffenen und in sich noch nicht gefestigten Reichswehr — über die wir noch zu sprechen haben werden — mitgesprochen hat. Entscheidend ist vielmehr die Beantwortung der Frage, ob sein Verhalten objektiv den nationalen Interessen Rechnung getragen hat oder nicht. Und hier lautet die Antwort, daß von Seeckts Widerstand zwar subjektiv seinem beschränkten Klassendenken entsprungen („Truppe schießt nicht auf Truppe“), in seinen Auswirkungen jedoch den Putschisten nicht zugute gekommen ist.

b) Als Chef der Heeresleitung

Als Chef der Heeresleitung ist der Name des Generalobersten von Seeckt mit dem Aufbau der Reichswehr verbunden. Streng genommen ist es zwar der erste Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, der spätere Oberbefehlshaber der Gruppe 2, gewesen, der die neue Wehrmacht unter Auflösung der bundesstaatlichen Armeen so aufgebaut hat, daß sie, wenn auch schwer angeschlagen, die Erschütterungen des Kapp-Putsches überstand. Von Seeckt aber mußte de facto die Reichswehr unter schwierigsten Bedingungen nach dem Kapp-Putsch völlig neu wieder aufbauen. „Versuchen Sie doch nicht immer einen Leichnam zu galvanisieren. Wir müssen Neues aufbauen. Die alte Armee jetzt wiederherzustellen ist unmöglich. Sie ist tot“, sagte von Seeckt. Und bei einer anderen Gelegenheit meinte er: „Eine alte Armee geht sterben, um eine neue zu gebären.“

Drei Faktoren waren es vor allem, mit denen sich von Seeckt beim Aufbau der neuen Armee auseinandersetzen mußte. Der erste war die schwere innere Krise, in die nach den Vorgängen des Kapp-Putsches das Offizierkorps geraten war, bei dem von Homogenität so gut wie nichts mehr zu verspüren war. Den zweiten Faktor bildeten die fortwährenden Einsprüche seitens der IMKK (Interalliierte Militär-Kontrollkommission), ganz besonders ihrer französischen Mitglieder, die die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages ständig so auslegten, wie es ihnen gerade paßte, und deren ganzes Handeln darauf abzielte, von Seeckts Stellung zu erschüttern. Und den dritten Faktor schließlich bildeten, worauf wir noch besonders zu sprechen kommen werden, die immer wieder erneuerten Versuche der politisch völlig gegensätzlich eingestellten parlamentarischen Kräfte, auf die Reichswehr ihrerseits Einfluß zu nehmen. Natürlich kann es nicht unsere Aufgabe

sein, den Aufbau der Reichswehr in allen ihren Einzelheiten darzustellen, wohl aber müssen wir uns, wenn wir von Seeckt als Politiker kennenlernen wollen, darüber klarwerden, welche politischen Gesichtspunkte ihn bei ihrem Aufbau geleitet haben. Und das müssen wir aus dem Blickfeld der Außen- wie auch der Innenpolitik tun.

Das Urteil des verstorbenen Generalleutnants a. D. Vincenz Müller, der während der Ära von Seeckt in verschiedenen Stellungen im Reichswehrministerium gearbeitet und dabei die Möglichkeit gehabt hat, besonders tiefe Einblicke in Charakter und Wesen der Reichswehr zu tun, geht dahin, daß die Reichswehr „in antidemokratischem, antimarxistischem und antikommunistischem Sinne ausgerichtet wurde und daß sie ihre Unterstützung in der Anlehnung an die politische Rechte suchte“³³). Dieses Urteil, das zweifellos zutreffend ist, kann nicht überraschen, wenn man berücksichtigt, welchen Staat zu stützen die Reichswehr berufen war. Der bürgerliche Charakter dieses Staates war letztlich die logische Folge des Versagens der rechten Führer der SPD während und nach der Novemberrevolution 1918. Diese Führer erkannten damals nicht, daß es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse war, die Geschicke des deutschen Volkes in ihre Hände zu nehmen und den Grundwiderspruch zwischen der imperialistischen Kriegspolitik der Monopolherren, Großgrundbesitzer und Generale und den auf Erhaltung des Friedens gerichteten Interessen des Volkes durch Vernichtung der imperialistischen und militaristischen Kräfte zu beseitigen. Statt dessen setzten nach dem Zusammenbruch des kaiserlich-imperialistischen Deutschlands die rechten Führer der SPD die bereits im Kriege praktizierte Politik der Stützung der Bourgeoisie und ihrer Interessen fort, gingen unter Nichtachtung der wahren Interessen der deutschen Nation mit den Monopolkapitalisten und Militaristen zusammen und verrieten durch Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse.

Die Armee ist bekanntlich das Machtinstrument der in einem Staate herrschenden Klasse; Charakter und Wesen der Armee sind daher auf Charakter und Wesen der herrschenden Klasse und ihrer Politik zugeschnitten. Da in der Weimarer Republik nur der Form nach anfänglich die Sozialdemokraten, in Wirklichkeit aber nach wie vor der aggressive, antidemokratische und antikommunistische Monopolkapitalismus den Staat beherrschten, kann es nicht wundernehmen, daß auch im Charakter und im Wesen der Reichswehr sich gegenüber der kaiserlichen Armee kein grundsätzlicher Wandel vollziehen konnte. Die wirklichen Herren im Weimarer Staat, die Monopolkapitalisten, erwarteten von der Reichswehr, daß sie ihre Aufgabe darin sah, die Arbeiterklasse niederzuhalten und im besonderen auch — notfalls unter Anwendung von Gewalt — zu verhindern, daß sie die Rechte für sich in Anspruch nahm, auf die sie sich als Träger der Hauptlast des verlorenen Krie-

ges und als geschichtlich legitimierte Führungskraft bei der Gestaltung der nationalen Zukunft ein Anrecht erworben hatte. Im Zuge der Außenpolitik aber sahen die Monopolherren die Aufgabe der Reichswehr darin, daß sie dem Monopolkapitalismus die Möglichkeit verschaffte, auf Sicht neue aggressive Pläne zu verwirklichen. Deckten sich aber diese Ziele mit den Weisungen, die von Seeckt hinsichtlich seiner Aufgaben von der Reichsregierung erhalten hatte, und deckten sie sich auch mit seinen persönlichen Auffassungen in diesen Fragen?

In der mir bekannten und zugänglich gewesenen Literatur habe ich nirgends etwas über eine grundlegende den Neubau der Armee betreffende Weisung der Reichsregierung oder über eine diesbezügliche Aussprache zwischen dem Reichswehrminister Geßler und von Seeckt finden können. Wohl aber äußert sich Geßler in seinen „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“ betitelten Lebenserinnerungen über „die Aufgabe, vor die er sich bei Übernahme des Ministeramts gestellt sah“, und wir dürfen als sicher unterstellen, daß er im gleichen Sinne von Seeckt gegenüber sich ausgesprochen bzw. ihm Weisung erteilt hat. Wobei freilich offen bleibt, was unter den Worten „vor die er sich gestellt sah“ zu verstehen ist. Von wem sich gestellt sah? Von Ebert bzw. der Reichsregierung? Oder aber auf Grund eigener Überlegungen und Auffassungen?

Diese Frage aufzuwerfen hat nämlich ihre volle Berechtigung, wenn man die näheren Umstände berücksichtigt, unter denen Geßler Reichswehrminister geworden war. Denn in der dafür entscheidenden Stunde hatte Geßler Ebert gegenüber große Bedenken hinsichtlich der Übernahme des Amtes als Reichswehrminister geäußert und Ebert darauf hingewiesen, daß er süddeutscher Liberaler sei, in den Gedanken des Bismarckischen Reiches aufgewachsen, monarchisch erzogen sei und ihn aus seiner Vergangenheit ein starkes Gefühl der Treue mit dem Hause Wittelsbach verbinde. Ihm sei jedenfalls die Republik nicht Herzenssache, und er sei höchstens Vernunftrepublikaner. Worauf Ebert erwidert hatte, daß seiner Auffassung nach gerade die von ihm — Geßler — dargelegten Gesichtspunkte ihn besonders zur Überwindung der Schwierigkeiten geeignet erscheinen ließen, die das Amt im Augenblick mit sich bringe.

Die Aufgabe, vor die Geßler sich gestellt sah, war nach seiner Auffassung dreifacher Art und hatte eine militärische, eine außenpolitische und eine innenpolitische Seite. Für die Lösung seiner Aufgabe kam es für Geßler darauf an — ich zitiere wörtlich —, militärisch

„dafür zu sorgen, daß für den Neuaufbau die besten militärischen Fachleute zur Verfügung standen, und daß sie

³³⁾ Korfes, Dr. Otto, Generalleutnant Vincenz Müller, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Heft 5/1963, S. 11

für ihre fachliche Aufgabe frei gehalten wurden von allen unsachlichen Einflüssen“,

außenpolitisch

„die Bestimmungen des Versailler Vertrages so zu erfüllen, daß die Reichswehr der Kern für den Aufbau einer neuen, den Bedürfnissen Deutschlands angepaßten Wehrmacht blieb — ohne daß dabei die allgemeine Politik des Reiches, die zunächst auf die Befreiung des Rheinlandes gerichtet sein mußte, gestört oder gar, daß die Reichswehr mit einer solchen Störung in den Augen des deutschen Volkes belastet wurde“,

innenpolitisch

„die Stellung der Reichswehr in dem Parteienstaat, wie er nun bestand, so zu stabilisieren, daß sie weder ein volksfremdes Söldnerheer noch in den Hader der Parteien verwickelt wurde“.

Für von Seeckt, der in gleicher Weise wie Geßler monarchisch eingestellt und wie er „höchstens Vernunftrepublikaner“ war, bedeuteten die vorstehend von Geßler für den Aufbau der Reichswehr aufgestellten Grundsätze nicht ohne weiteres die Forderung oder Notwendigkeit, mit seinen eigenen persönlichen Auffassungen zu brechen. Ja, mehr noch: sie ließen sich auch weitgehend mit den Forderungen in Übereinstimmung bringen, die aus ihrer Sicht die Monopolkapitalisten zur Durchsetzung ihrer Ziele an die neue Armee glaubten stellen zu müssen. Denn wenn Geßler als Ziel eine Armee forderte, die außenpolitisch den Kern für eine neue, „den Bedürfnissen Deutschlands angepaßte Wehrmacht“ abzugeben in der Lage sein sollte, so konnte von Seeckt, wenn er wollte, den Kautschukbegriff „den Bedürfnissen Deutschlands angepaßt“ durchaus mit seinen eigenen Bestrebungen nach einer späteren „Abrechnung“ mit den Westmächten in Einklang bringen, und dieser Begriff stimmte auch mit den Ansprüchen der Monopolkapitalisten an die Wehrmacht überein, wenn es diesen im Gegensatz zu von Seeckt für später auch auf eine Abrechnung mit der Sowjetunion ankam. Jedenfalls war nirgends von Geßler klar zum Ausdruck gebracht, daß die neue Armee den Kern für eine Wehrmacht zur Verteidigung der Weimarer Republik bilden sollte. Soweit die außenpolitische Seite.

Zur innenpolitischen ist zu sagen, daß von Seeckt in Erfüllung der von Geßler gestellten Forderung das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können glaubte — und das kam seinen persönlichen Auffassungen und Ansichten durchaus entgegen —, die neue Armee „aus der Politik herauszuhalten“ und sie zu einem Instrument zu machen, das nur den Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen hatte. Nach außen hin vertrat er dabei den Standpunkt — wie er in seinem Innern darüber

dachte, ist eine andere Frage —, daß „nur durch Heraushalten aus der Politik die Reichswehr das Vertrauen breiterer Kreise der Bevölkerung gewinnen könne“. Und diesen Gedanken wußte von Seeckt auch Reichspräsident Ebert zu suggerieren, der erklärte:

„Ich bin entschlossen, um jede Politik aus der Reichswehr fernzuhalten, keinerlei politische Betätigung in ihr zu dulden und die Truppe zu einem in sich geschlossenen, von verfassungstreuen Führern geleiteten Machtmittel zum Schutze der Ordnung zu gestalten.“³⁴⁾

Bei alledem darf nicht übersehen werden, daß von Seeckt die „Entpolitisierung“ nur für die Truppe gelten ließ, nicht aber für sich selbst und den eng mit ihm zusammenarbeitenden Generalstab. Er selbst sprach sich das Recht zu, Politik zu treiben, und da die Armee ihm bedingungslos zu gehorchen hatte, war sie de facto eben nicht „unpolitisch“. Wohin diese scheinbare Entpolitisierung der Wehrmacht in Wirklichkeit geführt hat, zeigt z. B. die Tatsache, daß Groener, als er der Nachfolger Geßlers als Reichswehrminister geworden war, den geradezu ungeheuerlichen Ausspruch tun konnte:

„Im politischen Geschehen Deutschlands darf kein Baustein mehr bewegt werden, ohne daß das Wort der Reichswehr ausschlaggebend in die Waagschale geworfen wird.“³⁵⁾

Das ist derselbe Groener, der nach einer Zusammenkunft mit Hitler zu den Generalen sagte,

„daß er den besten Eindruck von der Persönlichkeit Hitlers gewonnen habe. Seine Absichten und Ziele seien gut, und er habe ihm versichert, daß er vielen seiner Gedanken zustimme“.

Was Geßler mit seiner Weisung, „die Reichswehr so zu stabilisieren, daß sie weder ein volksfremdes Söldnerheer noch in den Hader der Parteien verwickelt würde“, tatsächlich vorgeschwebt hat, darüber hat er sich später geäußert. In seinem Buche „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“ schreibt er:

„Meine Absicht konnte es nicht sein und ist es nie gewesen, mit mehr oder weniger Druck von oben aus den Offizieren Demokraten und Republikaner zu machen. Ich war kein Utopist und kein Doktrinär. Ich war immer ein Mann der Realpolitik und das heißt: der Politik als der Kunst des Möglichen. Daher war es meine Absicht und mein Ziel, die Reichswehr zur Staatstreue zu erziehen ... die Reichswehr und ihr Offizierkorps aus dem Hader des Parteienstaates herauszuhalten ... zu verhindern, daß sie

³⁴⁾ Erfurt, Waldemar, a. a. O., S. 82/83

³⁵⁾ Müller, Vincenz, a. a. O., S. 262

aus Unverstand der ordnungsmäßigen innerpolitischen Entwicklung Schwierigkeiten bereitete. Daß ich bei dieser Zielsetzung nicht nur auf Gehorsam ... , sondern auf den guten moralischen Traditionen der alten Armee aufbauen konnte ... , erschien mir selbstverständlich. Die alte Armee hatte sich vier Jahre in Ehren geschlagen ... Alle Soldaten der alten Armee, die nun in der Reichswehr Dienst taten, hatten das Recht, darauf stolz zu sein und diesen Stolz zu bekennen.“

Diese retrospektiven Ausführungen Geßlers zeigen deutlich, daß Geßler und von Seeckt, wenn sie auch menschlich wenig Berührungspunkte miteinander hatten, politisch doch weitgehend gleiche Kappen trugen. Vincenz Müller hat also durchaus recht, wenn er in seinem Memoirenband „Ich fand das wahre Vaterland“ zum Ausdruck bringt, daß die Armee zwar nach dem Wehrgesetz vom 23. März 1921 „unpolitisch“ war, daß sie aber in Wirklichkeit ein Instrument der damals herrschenden Klasse war, mit deren Hilfe sich der dieser Klasse innerlich verbunden fühlende von Seeckt über rein militärische Fragen hinaus in die Politik unmittelbar einschalte, um bestimmte politische Fragen zu lösen und bestimmte Prozesse zu beschleunigen. „Unpolitisch“ sollte die Armee in dem Sinne sein, daß sie vor jedem politischen Einfluß demokratischer Kräfte abgeschirmt werden sollte, um zu verhindern, daß die Soldaten über Charakter und Aufgaben der Armee, der sie angehörten, Klarheit erhielten.

Es ist nun hochinteressant, zu verfolgen, wie in der Praxis von Seeckt auf die neue, werdende Armee praktisch Einfluß genommen hat, soweit es sich um die Frage ihrer „Entpolitisierung“ und damit eng zusammenhängende Fragen gehandelt hat. In seinem ersten Erlaß an das Offizierkorps sagte er:

„Das Offizierkorps der Reichswehr steht in seiner Schicksalsstunde. Seine Haltung in der nächsten Zeit wird darüber entscheiden, ob es die Führerschaft im jungen Heer behält oder nicht. Entschieden wird damit zugleich, ob es der Reichswehr gelingt, das Wertvolle aus der Vergangenheit herüberzueretten in einer tätigen Gegenwart zu einer hellen Zukunft. Mit der Reichswehr ist Bestand und Gedeihen des Volkes und Staates unlöslich verknüpft. Aus zahlreichen Anzeichen entnehme ich, daß vielen Angehörigen der Reichswehr die Lage noch nicht klageworden ist, in welche wir durch die Ereignisse des März geraten sind, daß wir die Folgen tragen müssen von dem, was politische Kurzsichtigkeit in Gefolgschaft hochverräterischer Bestrebungen angerichtet hat ... Wenn auch nicht gelegnet werden kann und soll, daß für die Mehrzahl der Verfehlungen das militärische Gehorsamkeitsgefühl entschuldigend eintritt, so dürfen wir doch nicht verkennen und bestreiten, daß in unseren Reihen Verschuldungen vorge-

kommen sind, die Sühne heischen. Erkennen wir das nicht, geben wir das nicht selbst zu und schlagen wir nicht selbst den Weg zur Besserung ein, dann dürfen wir nicht klagen, wenn von außen her angestrebt wird, ändernd einzugreifen. Ich bin nicht gesonnen, solche Vorkommnisse zu dulden oder zu vergessen. Für Truppen, welche die Ehre des Soldaten verletzt haben, ist in der Reichswehr kein Platz ... Im festen Vertrauen auf das Offizierkorps bin ich an die Spitze der Heeresleitung getreten — fünfunddreißig Jahre lebe ich in der Armee und für sie. Ihr gehört der Rest meiner Kräfte. Niemand kann tiefer als ich im Herzen die Nöte und Sorgen aller mitempfinden. Wenn wir zusammenstehen, werden wir der Schwierigkeiten wie so oft Herr werden. Es ist nicht zu erwarten, daß ein jeder den Wandel der Zeit in seinem Herzen begrüßt. Durchdrungen aber muß ein jeder von uns von der inneren Überzeugung sein, daß nur, wenn der Soldat treu zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht steht, der Weg wieder aufwärts führt.“³⁶⁾

Daß dieser Aufruf neben der Betonung der verfassungsmäßigen Pflicht auf das „Wertvolle aus der Vergangenheit“ hinwies, erregte das Mißfallen der SPD. Den Imperialisten dagegen paßte es nicht, daß von Seeckt den Kapp-Putsch als politische Kurzsichtigkeit und hochverräterische Bestrebung bezeichnete, die Sühne erfordere. — Ein andermal sagte von Seeckt:

„Politische Kämpfe innerhalb der Reichswehr vertragen sich weder mit dem Geiste der Kameradschaft noch mit der Disziplin und können die militärische Ausbildung nur schädigen.“

Noch am Tage der Übernahme der Geschäfte als Chef der Heeresleitung erklärte er in einem Befehl an das Offizierkorps:

„Die Reichswehr soll in allen Stellen jedem Volksgenossen (!) offenstehen; die Auswahl ihrer Führer wird nach wie vor auf Grund dienstlicher Eignung und des Charakters erfolgen. Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art dem Heere ferngehalten werden.“

Und ein andermal wieder sagte er:

„Was wir wollen und müssen, steht über der Politik: das Wohl des Vaterlandes.“

Wenn wir die hier von von Seeckt proklamierten Grundsätze und Gedanken kritisch werten wollen, so sehen wir, daß sie seinem Denken als Exponent der Klasse der Bourgeoisie entsprungen sind; das gilt insbesondere hinsichtlich des Begriffs „Vaterland“.

³⁶⁾ Schmidt-Pauli, Edgar von, a. a. O., S. 96/97

Die Geburtsstunde der Idee, daß ein Heer „unpolitisch“ sein müsse, ist die Zeit des Konflikts um die Heeresreform in Preußen zwischen 1859 und 1866 gewesen. Von Seeckt erachtete nach den von ihm beim Kapp-Putsch gemachten Erfahrungen die kompromißlose Verwirklichung dieser Idee als unumgänglich. Am 18. März 1920 sagte er zu den ihm unterstellten Befehlshabern:

„... Wir werden den Kampf bestehen, wenn Führer und Truppe unbeirrt von politischen Einflüssen für den Schutz der Ordnung zusammenstehen; der Soldat hat sich jeder Politik zu enthalten und schlägt sich nach den Befehlen seiner militärischen Führer.“³⁷⁾

Auffassungen, wie sie von Seeckt in dieser Hinsicht eigen waren und wie er sie auch praktiziert hat, widersprechen diametral unseren heutigen Anschauungen.

Die deutsche Entwicklung der Nachkriegszeit wies eine Wehrmachtsproblematik auf, die an Kompliziertheit wirklich nicht gut mehr zu übertreffen war. E. Stadler schrieb in seinem „Revolutionskrieg“ über das Wesen der Reichswehr die nachstehenden sehr beachtlichen Sätze, mit denen er den Nagel auf den Kopf getroffen haben dürfte:

„Die wesentliche durch die Revolution von 1918 bedingte Veränderung zeigte sich darin, daß innerhalb der jungen Wehrmacht ein gesinnungspolitisches Eigensein aufkam, das die Wehrmacht teilweise zum Staat im Staate werden ließ ... Das ergab einen seltsamen geistespolitischen Zustand: man bekannte sich zur Republik als gegebener Form und lehnte sie doch innerlich ab; man blieb Monarchist im Innern des Herzens, aber man lehnte äußerliche Betonung dieser Gesinnung ab und nahm sogar gegen politische monarchistische Bestrebungen Stellung. Innerlich sympathisierte man mit der nationalen Opposition, aber man distanzierte sich klar und bewußt von ihr und lehnte jede aktive Solidarität ab.“

Diese Einschätzung trifft in gleicher Weise auf von Seeckt selbst zu wie auf die von ihm geschaffene Reichswehr. Begünstigt wurde die Verwirklichung der Absichten von Seeckts beim Aufbau der Reichswehr durch verschiedene Umstände. Zunächst einmal dadurch, daß sie auf Grund der Versailler Bestimmungen einen „berufsständischen“ Charakter hatte. Das mußte es mit sich bringen, daß die Soldaten in ihrer großen Mehrzahl aus rechtsgerichteten Kreisen kamen, während die klassenbewußte Arbeiterschaft die Armee ablehnte. Zweitens wurden, um mit Geßler zu reden, von Seeckts Absichten dadurch begünstigt, „daß das zunehmend mangelhafte Funktionieren der verfassungsmäßigen Einrichtungen des Staates

³⁷⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 80/81

und in erster Linie des Parlaments Regierungskrisen nur erzeugen, aber nicht lösen konnte“. Und schließlich wurde die Entwicklung der Reichswehr zu einem „Staat im Staate“ auch noch durch von Seeckts „Traditionspflege“ gefördert. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß der konservative Charakter einer Armee eng mit ihrer Rolle in der Geschichte verbunden sei.

Dazu ist zu sagen, daß die Traditionspflege tatsächlich ein Ansporn für die Leistung der Truppe werden kann. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die richtigen Traditionen gepflegt werden. Das ist die entscheidende Frage. Das Ziel, das in offiziellen Kreisen und insbesondere auch in den Traditionsvereinen der früheren Truppenteile mit der Traditionspflege gesteckt wurde, war aber zumindest zu einem erheblichen Teil das der Förderung von Revanchestimmungen. Das Bedenkliche dabei war, daß die Traditionsvereine nach § 36 des Wehrgesetzes als „unpolitische Vereine“ galten und daher Wehrmachtangehörige Mitglied in den Traditionsvereinen sein durften. Das war zwar bei den sogenannten „Wehrverbänden“, die auch vorgaben, die Tradition zu pflegen, in Wirklichkeit aber den Gefühlen des Hasses gegen die Republik und der Revanche gegenüber den früheren Gegnern Deutschlands ganz offen Ausdruck gaben, nicht der Fall; aber zu diesen Verbänden hielten der Generalstab sowie die verschiedensten Abteilungen des Truppenamts mehr oder weniger enge Verbindungen aufrecht. Das muß man wissen, wenn man von Seeckts Ausspruch „Das Bewußtsein, an einer ruhmreichen Tradition teilzuhaben, hat einen unleugbaren Einfluß auf die Güte der Truppe“ richtig kommentieren will.

Die von von Seeckt geschaffene Reichswehr stellte ihrem fachlichen Können nach zweifellos eine Elitarmee dar; ihrem Geiste nach aber war sie alles andere als eine „republikanische“ Armee. Ihr Offizierkorps war weitestgehend monarchisch eingestellt, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich es damals auch noch gewesen bin. Das konnte in Anbetracht unserer Erziehung auch kaum anders sein, zumal die Novemberrevolution nicht zu einer grundlegenden Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geführt hatte und in der Weimarer Republik noch dieselben Kräfte wie im wilhelmischen Deutschland herrschten. Sehr beachtlich ist hier die Stellungnahme, die auch Generalleutnant Vincenz Müller zu diesem Fragenkomplex einnimmt. Er sagt:

„Die Reichswehr sollte, scheinbar unabhängig von parteipolitischen und sonstigen Interessen, nur dem Staate als dessen letztes Machtmittel dienen ... Die Reichswehr war aber schon festgelegt und belastet durch ihre Entstehung aus Angehörigen der alten Armee und der Freikorps ... Unvermeidbar war es, daß die Geschehnisse in der Politik auf die Reichswehr, namentlich die Offiziere, einwirkten. Unpolitische Soldaten konnte es nicht geben. Es war nur

die Frage, in welcher Richtung – cui bono? – ihr politisches Denken beeinflusst wurde.“³⁸⁾

Generalmajor a. D. Dr. Korfes, der sich in einem „Generalleutnant Vincenz Müller“ betitelten Aufsatz im „Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ mit diesem Fragenkomplex an Hand des Müllerschen Buches auch beschäftigt, schreibt:

„Die Aufgabe der Reichswehr als Schützerin der Verfassung der Republik stand in einem eigenartigen Widerspruch zu den rückwärtsgewandten Auffassungen des größten Teils des Offizierskorps, von dem nur wenige als eine Art Vernunftrepublikaner sich loyal zur Republik zu bekennen wagten, als überzeugte Republikaner aber noch viel weniger ...“³⁹⁾

Benoist-Méchin sagt:

„Während die ‚Vorläufige Reichswehr‘ eine bürgerliche Armee war, entstanden aus einem spontanen Wiedererstehen aus verschiedenen Kräften der Nation, war die Berufarmee eine aristokratische Armee, von einer Homogenität und einem ganz friderizianischen Stil, von oben bis unten den Stempel ihres Chefs tragend.“⁴⁰⁾

Die noch aus monarchischer Zeit stammenden Offiziere blieben, wie Helmut Krausnick mit Recht in seinem Aufsatz „Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler“ schreibt:

„... mit geringen Ausnahmen den überkommenen Bindungen verhaftet. Ihrer gesellschaftlichen Exklusivität entsprach eine politische. Von der Republik und ihrem keineswegs von gemeinschaftlicher Grundauffassung und Gesamtverantwortung getragenen Parteileben tief befremdet, erblickten sie in dem neuen Staatswesen, das keine einheitliche Wehrpolitik herauszubilden vermochte und auch noch der alten Flagge entsagt hatte, kaum mehr als eine Übergangserscheinung, die eines Tages mit dem Versailler Verträge wieder verschwinden würde.“

Den beiden vorstehenden Urteilen kann man im großen und ganzen nur zustimmen; hinzuzufügen wäre noch, daß diese Fragen der militärischen Ausbildung trug. Hier war sie tatsächlich aus einem Guß. Was die Frage ihrer Homogenität, namentlich in ihrem Offizierkorps, anbelangt, so gab es in Einzelfragen wohl nuancierte Ansichten, aber in einem waren sich so gut wie alle Offiziere einig: nämlich darin, daß die

³⁸⁾ Müller, Vincenz, a. a. O., S. 262

³⁹⁾ Korfes, Dr. Otto, a. a. O., S. 11

⁴⁰⁾ Benoist-Méchin, Jacques, Histoire de l'Armée Allemande depuis l'armistice, Reimer, Berlin 1939, Band 2, S. 143

Republik keine dem deutschen Wesen und Empfinden entsprechende Staatsform sei und sich daher über kurz oder lang totlaufen werde. Dieser Auffassung bin ich damals auch selbst gewesen und in der Armee geblieben, um nach Kräften beim Wiederaufbau der Monarchie mitzuhelfen.

In Richtlinien, die von Seeckt für das Verhalten der Offiziere ausgearbeitet hat, sagte er u. a.:

„Niemand verlangt von dem Offizier das Aufgeben seiner inneren Überzeugung: Überzeugungslosigkeit macht auch in den Augen des politischen Gegners nur verächtlich... Ob uns die heutige Staatsform gefällt oder nicht, ob wir sie für die richtige halten, darauf kommt es nicht an. Heute geht es um den Staat selbst und das Reich...“⁴¹⁾

Und an seine Frau schreibt er einmal:

„Es kommt alles darauf an, daß es uns gelingt, die Regierung fest zu machen und fest zu halten; sie mag uns gefallen oder nicht, etwas anderes gibt es nicht, und wer helfen kann, soll helfen. Wer dazu nicht in der Lage ist oder das nicht über sich gewinnen kann, soll wenigstens nicht stören... Meine Welt sieht auch anders aus als die von heute; aber ich will versuchen zu helfen... Ich kann diese Meinung vollkommen mit meiner politischen Grundüberzeugung in Einklang bringen und bin mir ganz gewiß, daß ich das tue, was meine Pflicht ist, und wieder einmal versteht sich das Moralische von selbst...“⁴²⁾

Von Rabenau schreibt in diesem Zusammenhange über von Seeckt:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß von Seeckt... legitimistischer Monarchist gewesen und bis zu seinem Tode geblieben ist. Seine Haltung in der Frage, den deutschen Kaiser auszuliefern, bewies dies allein schon. Von Seeckt hat nicht einmal, sondern mehrfach das für ihn kennzeichnende Wort, welches Bismarck einst schrieb, zitiert: Er könne sich wohl vorstellen, daß es einmal in Preußen keinen König gäbe; er könne sich aber nicht vorstellen, daß es in Preußen einmal keine Royalisten mehr gäbe...“⁴³⁾

Von Seeckt selbst äußerte einmal, als er um seine Verabschiedung einkommen wollte und sich dann doch überreden ließ zu bleiben,

„daß er mit seinem Bleiben und der Weiterarbeit nicht das Zugeständnis verbinde, mit der jetzigen Regierung einverstanden zu sein. Er denke gar nicht daran, seine Gesinnung zu verheimlichen, doch Schlimmeres verhüten

⁴¹⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918-1936, S. 133

⁴²⁾ Ebenda, S. 145

⁴³⁾ Ebenda, S. 134

könne er nur durch Mitarbeit, wenn man dafür auch täglich eigenen Widerwillen bekämpfen müsse“.⁴⁴⁾

Und in einem Erlaß an die Generalstabsoffiziere sagte er hinsichtlich des Eides:

„Es sind mir Zweifel vorgelegt worden, ob der von den Angehörigen des Heeres verlangte Eid mit unseren Auffassungen und unserer Vergangenheit vereinbar sei. Ich kann diese Zweifel nicht teilen. Für den, der sich entschlossen hat, zum Wohl des Vaterlandes auch unter der republikanischen Staatsform im Heere zu dienen, ist der Eid auf die Verfassung die logische Folge...“⁴⁵⁾

Und so wie er dachte auch in eingewurzeltem Kastengeist die große Masse der Offiziere.

Das Gesagte möge zur Klärung der Frage genügen, in welchem Geiste von Seeckt den Aufbau der Reichswehr in Angriff nahm und wie die von ihm geschaffene Truppe aussah. Beleuchten wir nun noch kurz die Frage, welche außenpolitischen Gesichtspunkte ihn beim Aufbau der Reichswehr geleitet haben!

Von Seeckt hat sich, auch wenn er in seinem Herzen alles andere als nachgiebig gewesen ist, loyal auf den Boden der „Erfüllungspolitik“ gestellt. Auch hier zeigte er sich wieder als Realpolitiker. Als ihm der Befehlshaber der Baltikumtruppen, General von der Goltz, einmal schreibt:

„... so bitte ich Sie, daran zu denken, daß auf Ihr politisches einsichtiges Denken und Handeln das Offizierkorps hofft und daß, verzeihen Sie, der Nachruhm und der weltgeschichtliche Name des Siegers von Gorlice davon abhängt, wie Sie sich der jetzigen Regierung gegenüber stellen“.

antwortet ihm von Seeckt:

„Wie ich dem Vaterlande am besten zu dienen gedenke, muß ich allein beurteilen, um das zu tun, was ich für richtig halte. Davon wird mich weder die Rücksicht auf die Zustimmung der alten Kameraden noch auf Nachruhm abhalten.“⁴⁶⁾

Von Seeckt war der letzte, der gewillt war, einer uferlosen Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten das Wort zu reden. Wenn er trotzdem zur Annahme des Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921 beigetragen und für die Armee das sogenannte Nolle-Soll, d. h. die hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 5. 12. 1921, auf sich genommen hat, was ihm von vielen Seiten schwere Vorwürfe eintrug, so hat er es in der Erwartung getan, daß damit auch der Gegner für das,

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 190

⁴⁵⁾ Ebenda, S. 199

⁴⁶⁾ Ebenda, S. 205

was weiter geschehen sollte, genau festgelegt war. Sein Ziel, dem alles untergeordnet war, war es, der IMKK keinen Grund zum Bleiben über die vertraglich festgelegte Zeit hinaus zu geben; er war nicht gewillt, ihr Karten in die Hand zu spielen, die sie bei nicht erfüllten militärischen Forderungen zu Sanktionen und insbesondere auch zur Besetzung des Ruhrgebietes berechtigten. Daher hat er jede Mogelei und alle Winkelzüge beim Aufbau der Reichswehr aufs schärfste untersagt, und daher hat er auch, wie Geßler einmal aufführt, alles Halb- und Paramilitärische und auch die Bildung der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ selbst in kritischen Lagen entschieden abgelehnt. Erst als es ihm im letzten Jahr seiner Tätigkeit als Chef der Heeresleitung zur Gewißheit geworden war, daß die Siegermächte gar nicht daran dachten, ihren im Versailler Vertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, begann er, dem seit langem schon bestehenden Drängen seiner engsten Mitarbeiter nachgebend, von dieser loyalen Haltung abzugehen und sich vom Versailler Diktat loszulösen. Damals ist von ihm das Wort gefallen: „Man muß betrügen, doppelt Buch führen.“⁴⁷⁾ Von Seeckt hat also der Regierung des Weimarer Staates mit dem Aufbau der Armee keinerlei außenpolitische Schwierigkeiten bereitet. Nach Möglichkeit vermied er jede persönliche Berührung mit den Mitgliedern der IMKK, war in der Haltung durchaus korrekt, höflich, aber eisig, und gesellschaftlichen Verkehr hat er mit Offizieren der IMKK nie gepflegt. Getroffene Entscheidungen, zu denen er sich berechtigt und verpflichtet fühlte, führte er durch, auch wenn Nollet noch so heftig protestierte und mit außenpolitischen Verwicklungen drohte.⁴⁸⁾

Das Gesagte möge zur Klärung der Frage genügen, in welchem Geiste von Seeckt den Aufbau der Reichswehr in Angriff nahm und wie die von ihm geschaffene Truppe aussah. Wie aber verhielt sich von Seeckt als Chef der Heeresleitung gegenüber den politischen Ereignissen, die nach dem Kapp-Putsch die Weimarer Republik erzittern ließen? – Es würde im Rahmen unserer Ausführungen zu weit führen, von Seeckts Handeln in den auf den Kapp-Putsch folgenden Jahren in allen Einzelheiten zu verfolgen. Es ist dies auch gar nicht nötig, da sich sein Handeln im Rahmen seiner von uns vorstehend dargelegten Auffassungen und Grundsätze bewegt hat, mag es sich um die Märzkämpfe 1921 in Thüringen, Sachsen und im Ruhrgebiet handeln oder um die Auseinandersetzungen um Oberschlesien, die bekanntlich am 24. März 1921 zur Erstürmung des Annaberges führten. Von größerem Interesse ist hierbei lediglich, daß von Seeckt in Oberschlesien von seinem Grundsatz der Nichtduldung von Freikorps und anderen Freiwilligenformationen abging und innerhalb der Reichs-

⁴⁷⁾ Müller, Vincenz, a. a. O., S. 222

⁴⁸⁾ Schmidt-Pauli, Edgar von, a. a. O., S. 93

wehr den „Selbstschutz“ einrichtete, der von der Reichswehr mit Waffen und Munition versorgt wurde.

Wenn wir, wie gesagt davon absehen können, uns mit den genannten Vorgängen eingehender zu beschäftigen, so müssen wir das um so mehr mit den Vorgängen des hochdramatischen Jahres 1923 tun, jenes Jahres, das für das deutsche Reich wie auch für von Seeckt jeweils eine schwere Krise mit sich brachte; im Deutschen Reich hervorgerufen durch den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet, im Leben von Seeckts im Zusammenhang mit der Übernahme der vollziehenden Gewalt im Reiche. Worum ging es 1923?

Die Jahre 1919 bis 1923, die dem Diktat von Versailles folgten, waren Jahre nervenaufreibenden Feilschens und Hin- und Herverhandelns zwischen den Westmächten und dem Deutschen Reiche gewesen, die aber im Endeffekt – man braucht nur an den Vertrag von Rapallo denken, auf den wir noch zu sprechen kommen werden – den Westmächten nicht das gebracht hatten, was sie erhofft hatten. Allen voran war es das Frankreich Poincarés, das um so mehr wie ein Shylock auf seine Rechte pochte, als es in Versailles bei seinen Verbündeten nicht mit allen seinen Forderungen Deutschland gegenüber durchgedrungen war, die letzten Endes darauf hinausgelaufen waren, die Politik Ludwigs XIV. zu vollenden. Poincaré war Ende 1922 zu der Auffassung gelangt, daß auf dem bisher beschrittenen Wege Frankreich seine Ziele nicht erreichen würde, und hatte sich daher entschlossen, nunmehr den Weg der Gewalt zu beschreiten und ins Ruhrgebiet einzumarschieren. Obgleich England und die USA diesen Entschluß nicht gebilligt hatten – die USA hatten sogar am 6. Januar 1923 ihre Truppen zurückgezogen –, hatte Poincaré durch die Reparationskommission deutsche Verfehlungen hinsichtlich der Holzlieferungen feststellen lassen, und am 11. Januar 1923 waren die Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet einmarschiert, was die im November 1922 ans Ruder gekommene bürgerliche Regierung Cuno veranlaßt hatte, den sogenannten „passiven Widerstand“ anzuordnen.

Die Frage, wie man sich beim Einmarsch der Franzosen, den man hatte kommen sehen, verhalten sollte, war vorher der Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Die Ansichten waren dabei weit auseinandergegangen: vom Angriff auf den einmarschierenden Gegner bis zur völligen Resignation. Uns interessiert die Stellungnahme von Seeckts. Er war nicht gewillt gewesen, dem französischen Beginnen tatenlos zuzusehen, sondern hatte sich für den zunächst passiven Widerstand mit dem schließlichen Ziel des aktiven entschieden. In diesem Zusammenhange schrieb er unter dem 16. Februar 1923 an General von Loßberg,

„daß er die Waffenentscheidung nicht herbeiführen werde, denn er sei sich der Aussicht und Folgen so klar wie kein

anderer. Er sei aber zur Abwehr bereit und entschlossen, falls die mögliche oder tatsächliche Notwendigkeit an Deutschland herantrete. Diese Abwehr bereite er vor. Das sei selbstverständliche Pflicht und geschehe im Einvernehmen mit der Reichsregierung, ohne daß in die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet sonst aktiv eingegriffen werden könne“.

Denen aber, die völlig resignieren wollten, schrieb er ins Stammbuch:

„Welch gefährliches Spiel! Man macht sich wohl nicht klar, was es heißt, den Feind in das eigene Land zu lassen. Mir ist klar, daß dies die Erledigung eines selbständigen Deutschland heißt. Man vergißt völlig den Ehrenstandpunkt, man vergißt die Überlegung, daß in einem Kriege alle Menschen gezwungen werden können zu gehorchen. Den Franzosen muß klarwerden, daß sie nur durch ein Meer von Blut Berlin erreichen können. Dann werden sie es sich auch ernstlich überlegen.“

Es entbehrt nicht des Interesses, daß sofort nach Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Ludendorff in seiner Eigenschaft als Führer der bayrischen nationalistischen Kampfverbände bei von Seeckt in Berlin erschienen ist, um sich als oberster Führer für den von ihm erwarteten Krieg zur Verfügung zu stellen. Von Seeckt hat ihm kühl eröffnet, daß er und niemand anders der oberste Führer sei, daß sich ihm gegebenenfalls alle unterzuordnen hätten und daß besondere Organisationen von ihm nicht geduldet werden würden. Ludendorff ist damals zu von Seeckts unverholener Genugtuung stark verstimmt abgezogen; bestand doch seit dem Kriege zwischen beiden Männern ein gespanntes Verhältnis, weil Ludendorff seinerzeit in der Befürchtung, daß von Seeckt ihm zu groß werden und den Rang ablaufen könnte, ihn in die Türkei „verbannt“ hatte.

Freilich wies von Seeckts Plan zwei Fehler auf. Einmal hat er die Zeit unterschätzt, die für die Beschaffung all der Waffen und all der Ausrüstung erforderlich gewesen wäre, um mit einer Großmacht den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können, auch wenn er, wie wir wissen, mit Unterstützung seitens der Sowjetunion hierbei gerechnet hat. In Monaten ist so etwas nicht zu leisten. Und der andere Fehler ist gewesen, daß von Seeckt die damalige innenpolitische Situation in Deutschland falsch beurteilt hat. Die KPD zeigte sich der Stunde gewachsen und organisierte unter der Losung „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree“ große Kampfkationen und Streiks gegen die französisch-belgische Intervention, gegen Faschismus und Separatismus. Die würdelose, antinationale Großbourgeoisie dagegen, die die Ruhrbesetzung provoziert hatte, führte mit dem französischen Monopolkapital Verhandlungen über die gemeinsame Aus-

beutung des Ruhrgebiets, und die SPD, deren Führung mit dem Monopolkapital paktierte, versagte beim Kampf um das Ruhrgebiet ebenfalls in weiten Teilen. Vor allem war es der preußische Ministerpräsident Severing, der von Seeckts Plänen aus Angst, daß von Seeckt zu mächtig werden könnte, den Kampf bis aufs Messer angesagt hatte. Trotzdem hat von Seeckt im Einvernehmen mit Ebert an dem Gedanken des Sichzurwehrsetzens der ganzen Nation, und sei es in einem Verzweiflungskampf, festgehalten.

Das Verhalten Severings wurde für von Seeckts Umgebung Veranlassung, ihm nahezu legen, „diesen ganzen Regierungsspek zu beseitigen“, mit anderen Worten: sich zum Diktator zu machen. Von Seeckt hat jedoch diesen Gedanken, obgleich er innerlich ihm keineswegs abhold war, damals strikt abgelehnt, und selbst noch Ende des Jahres 1923 hat er das getan, allerdings mit dem Bemerken, „daß die Zeit noch nicht reif dafür sei“.

Inzwischen war am 13. August 1923 das Kabinett Cuno aus eigenem Entschluß zurückgetreten, nachdem es sich als unfähig erwiesen hatte, der Lage im Innern des Reiches, die durch den Zusammenbruch der Währung und im Zusammenhang damit durch Verelendung der Bevölkerung und Demonstrationen an allen Orten gekennzeichnet war, Herr zu werden. Von Seeckt hatte das kommen sehen und sich bereits im April 1923 entsprechend geäußert. An die Stelle Cunos war Stresemann getreten, der zwar zunächst Anlehnung an von Seeckt und die Reichswehr gesucht hatte — die Reichswehr sei der einzige Aktivposten, den er bei Übernahme der Regierungsgeschäfte vorgefunden habe, soll er gesagt haben —, dann aber einer der erbittertesten Gegner von Seeckts werden sollte. Stresemann war von Seeckt unsympathisch, was darauf beruhte, daß er ihm zu sehr Politiker und Redner und nicht genug Mann der Tat war, weil es ihm an Entschlußkraft mangelte. Als Stresemann kurz nach seinem Amtsantritt bei einem Trinkspruch auf die Reichswehr in Döberitz erklärte, er hoffe auf eine getreue Gefolgschaft der Reichswehr, antwortete von Seeckt: „Die Reichswehr wird Ihnen folgen, Herr Reichskanzler, solange Sie auf deutschen Wegen (!) gehen.“⁴⁹⁾ — Eine der ersten Handlungen Stresemanns war es zwangsläufig gewesen, den aussichtslosen passiven Widerstand Deutschlands gegen den Ruhreinbruch zu beenden, was am 26. September 1923 geschehen war. Zeitlich deckt sich die Aufgabe des passiven Widerstandes mit der Verschärfung des Konflikts des Deutschen Reiches mit Bayern, den wir nun betrachten müssen.

In Bayern herrschte seit mehreren Jahren bereits eine gewisse Unzufriedenheit mit der Politik der Reichsregierung, die sich allmählich dahin auswuchs, daß man mit dem Gedanken einer Trennung Bayerns vom Reiche spielte. Der eigent-

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 131

liche Ausbruch des Konflikts ging auf den 1. September 1921 zurück, als Bayern die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik mit der Begründung abgelehnt hatte, daß sie einen Eingriff in die Landesrechte darstelle. Das hatte zur Folge gehabt, daß sich auch zwischen der bayrischen Generalität und von Seeckt ein gewisses gespanntes Verhältnis herausgebildet hatte. Die Spannungen hatten sich verschärft, als Bayern im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus im Juni 1922 abermals die Republikschutzgesetze boykottiert hatte. Als daraufhin Ebert Bayern mit der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gedroht hatte, hatte man in München zwar in der Sache eingelenkt, gleichzeitig aber die auf Truppenübungsplätzen außerhalb Bayerns befindlichen bayrischen Truppen zurückgefordert. Mit anderen Worten: Bayern hatte sich die Möglichkeit schaffen wollen, seine Truppen notfalls gegen das Reich einsetzen zu können. Von Seeckt, seiner Sache sicher, daß es nicht zu einem Kriege Bayern/Reich kommen werde, hatte Bayern seine Truppen daraufhin zur Verfügung gestellt, worauf man versucht hatte, ihn selbst für die bayrischen Bestrebungen zu gewinnen. Von Seeckt aber hatte der damit verbundenen Verwischung, von Bayern aus eine Änderung der Regierungsgewalt im Reiche herbeizuführen oder bei einer Lostrennung Bayerns vom Reich und beim Zusammenschluß mit Österreich mitzuwirken, widerstanden:

„Man dürfe keinen Zweifel darüber lassen, daß er (von Seeckt) energisch ablehne, wenn man etwa ausländische Kräfte vor den Wagen spannen wolle, um den Süden gegen den Norden durchzusetzen. Wenn die Reichseinheit in Frage gestellt würde, so fände man ihn auf der Seite des deutschen Proletariats.“⁵⁰⁾

Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet war Wasser auf die Mühle derer in München geworden, die eine Rechtsorientierung der Regierung im Reiche anstrebten. Aber auch in Berlin hatte die Entschlußlosigkeit der Regierung Cuno ähnliche Bestrebungen entstehen lassen, die weitere Nahrung bekommen hatten, als in dem auf das bürgerliche Kabinett Cuno folgenden Kabinett Stresemann die SPD mit der Stellung des Vizekanzlers und der Besetzung von vier Ministerien, darunter denen des Innern und der Justiz, erheblichen Einfluß gewonnen hatte. Mitte 1923 waren jene Kreise in München, wo General von Lossow die Fäden weitgehend in der Hand hatte, und in Berlin sich einig, daß die „Linksregierung“ im Reiche beseitigt werden müsse.

Wie hat sich nun General von Seeckt diesen Bestrebungen gegenüber verhalten? Auf Grund eigener Überlegungen, aber doch wohl mit beinfluß durch Äußerungen wie „Das

⁵⁰⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 343

Schicksal Deutschlands hat der General von Seeckt in seiner Hand“ oder „Der General von Seeckt ist das Schicksal Deutschlands“, hat sich vorübergehend bei ihm in seiner Gedankenwelt eine Wandlung vollzogen, indem er die Macht für sich selbst angestrebt und eine Zeitlang an eine Diktatur seiner Person gedacht bzw. mit der Einsetzung eines Direktoriums geliebäugelt hat. Die Pläne hierzu waren in der Hauptsache von Vertretern der Rechten und der Wirtschaft (Hugenberg, Claas, Stinnes usw.) ausgegangen, aber auch der spätere bayrische Generalstaatskommissar von Kahr ist mit von der Partie gewesen. Von Seeckt hatte sich für diese Pläne interessiert und sondiert, inwieweit sie seiner Absicht dienen könnten, auf die Politik Deutschlands maßgeblichen Einfluß zu gewinnen; mit von Kahr hat er dieserhalb schon seit Herbst 1922 in Verbindung gestanden. Daß mit seinen Direktoriumsplänen aber von Seeckt auf zwei Schultern getragen habe, wie Vincenz Müller meint, wird man insofern nicht gut sagen können, als sie keineswegs geheim waren und in aller Öffentlichkeit über sie gesprochen wurde.

Die Gründe dafür, daß er diese seine Absichten dann rasch wieder geändert hat, dürften darin zu suchen sein, daß er zu der Auffassung gelangt war, daß weder er selbst noch eine andere Persönlichkeit im Reiche genügend Resonanz als Diktator finden würden und daß auch das Gefüge der Wehrmacht für die Diktatur eines Soldaten doch nicht fest genug sei, wobei die Vorgänge in Bayern mitbestimmend gewesen sein dürften. Die Ereignisse des 8. und 9. November 1923, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, haben allen Überlegungen von Seeckts über Diktatur und Direktorium dann ein plötzliches Ende bereitet. Bei alledem sei nebenbei erwähnt, daß von Seeckt sowohl die Diktatur wie auch ein Direktorium nicht mit Hilfe der Gewalt, sondern auf – nach damaligen Begriffen – „legalem“ Wege angestrebt hat. Als am 24. September 1923 der Leiter des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claas, von Seeckt vorgeschlagen hat, Legalität Legalität sein zu lassen, mit den Alldeutschen gemeinsame Sache zu machen und mit ihrer Hilfe die Macht an sich zu reißen, hat ihn von Seeckt mit den Worten abgefertigt:

„Das, was Sie mir vorschlagen, ist eine Verletzung der Verfassung, ein aufrührerischer Akt. Sie müssen wissen, daß ich bis zu meiner letzten Patrone ebensogut gegen die Revolutionäre von rechts wie gegen die von links schieße; die Aufgabe der Reichswehr ist es, die Einheit des Reiches aufrechtzuerhalten, und diejenigen welche sie kompromittieren, sind ihre Feinde, von wo sie auch kommen mögen.“⁵¹⁾

Die Art, wie von Seeckt hier die „Revolutionäre von rechts“ mit denen „von links“ in einem Atemzuge nennt, ist äußerst

⁵¹⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 106

interessant. Daß er gegen „links“ eingestellt war, darüber hatte er schon vorher durch verschiedene Äußerungen keinen Zweifel aufkommen lassen; neu war dagegen seine scharfe Einstellung gegen „ultrarechts“. Was mag ihm dazu Veranlassung gegeben haben? Geäußert hat er sich darüber nicht. Aber man geht wohl nicht fehl, wenn man unterstellt, daß die Entwicklung der Dinge in Bayern und der von dort drohende Angriff auf die Reichseinheit hierfür zumindest mitbestimmend gewesen sind. Und noch eines zu wissen ist nicht unwichtig, nämlich daß von Seeckt bei seinen Bestrebungen mit Ebert, allerdings nur mit Ebert selbst und nicht mit dessen Genossen in der Regierung und im Reichstage, zusammengehen wollte, um sich mit auf einen Teil der breiten Arbeitermassen stützen zu können. Von Ebert hat von Seeckt stets mit Achtung gesprochen, vielleicht weil Ebert den Forderungen der Reichswehr immer wohlwollend gegenüberstand und Antikommunist war. Ich glaube aber nicht, daß von Seeckt durch ein Zusammengehen mit Ebert eine Massenbasis in der Arbeiterklasse gefunden hätte; er hat die Situation in der Arbeiterschaft wohl nicht richtig eingeschätzt und übersehen, daß 1923 nicht mehr die Zeit vor dem ersten Weltkriege war. Zu dieser Zeit konnte als Führungszentrum bei allen Bemühungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bereits nur noch die Kommunistische Partei in Frage kommen, jedoch nicht mehr die rechte sozialdemokratische Führung oder gar einzelne ihrer Vertreter. — In dieser Beziehung mehr als aufschlußreich ist auch ein Brief von Seeckts an seine Frau, der allerdings bereits vom 6. Februar 1919 datiert ist. Es heißt da:

„... Ich habe keine Neigung, nach links zu rutschen, sage aber ganz offen und jedem, daß mich die Entwicklung dieser Zeit dazu bringt, leichter den Sprung zur Sozialdemokratie zu machen, als den sachten Anschluß an die bürgerliche Demokratie zu finden. Mit Ebert und Genossen kann ich vielleicht trotz diametral verschiedener Welt- und Wirtschaftsauffassung, weil ich diese Leute für verhältnismäßig ehrlich, wenn auch für Ideologen und Schwächlinge halte. Mit Herrn Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Dernburg, Solf und ähnlichen Brüdern kann ich nicht und werde ich nie können, weil ich an ihre Überzeugungstreue nicht glaube...“⁵²⁾

Mit dieser Einschätzung der bürgerlichen Demokratie hat von Seeckt allerdings über das Ziel zweifellos hinausgeschossen. Ihren prominenten Vertretern samt und sonders Mangel an Überzeugungstreue vorzuwerfen geht nicht gut an; am Berliner Tageblatt arbeitete z. B. unter Theodor Wolff in den Jahren 1910 bis 1915 eine so charaktervolle Persönlichkeit wie Otto Nuschke. —

⁵²⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918—1936, S. 145

General von Lossow, der Kommandeur der 7. Infanteriedivision, war freilich 1923 in München nicht allein mehr ausschlaggebend. Hier war vielmehr, gestützt auf die seit 1920 lawinenartig erstarkte „nationalsozialistische Bewegung“, in Adolf Hitler eine Macht entstanden, die in Bayern bereits deutlich ihre Ansprüche angemeldet hatte und ebenfalls die Diktatur anstrebte. Um zu sondieren, ob und wie sich diese Bewegung vielleicht für seine Absichten ausnützen ließe, hatte von Seeckt im Frühjahr 1923 eine persönliche Begegnung mit Hitler herbeigeführt, die aber völlig ergebnislos verlaufen war, weil von Seeckt nur auf legalem Wege vorgehen wollte. Hitler schreibt in seinem Machwerk „Mein Kampf“ über diese Unterredung, daß er bei von Seeckt, als er von ihm freien Lauf zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus gefordert habe, „tauben Ohren gepredigt habe.“ In einer bald auf die Unterredung mit Hitler folgenden Aussprache von Seeckts mit von Lossow in Berlin verlangte von Seeckt, daß von Lossow als Soldat in keine Abhängigkeit von einer politischen Partei — sprich NSDAP — oder von bewaffneten Organisationen geraten dürfe. Tatsächlich hielt von Lossow aber diese Linie nicht klar ein. Als der Reichswehrminister ihm daraufhin ein ziemlich deutlich abgefaßtes Schreiben zugehen ließ, beantwortete von Lossow es mit dem Angebot seines Rücktritts.

Die rapide Geldentwertung, zunehmende Arbeitslosigkeit, ständige Lohnbewegungen, vor allem unter den Bergarbeitern, und andere Erscheinungen begünstigten eine fortwährende Neugründung von radikalen Organisationen. Alles drängte auf eine Entscheidung hin. Eine schwere heraufziehende Krise zeichnete sich überall deutlich ab. Bezeichnend für die damalige Stimmung in München ist eine Erklärung, die nach dem Sturze des Reichskabinetts Cuno der Präsident der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“, Professor Bauer, am 22. August abgegeben hat. In ihr heißt es u. a.:

„... Wir in Bayern halten nach wie vor am Reichsgedanken — allerdings im Sinne der von Bismarckschen Verfassung — fest ... Wir werden nicht rufen: „Los von Berlin!“, sondern „Auf nach Berlin!“ Wir werden da sein und wach sein, gestärkt durch den Sauerstoff unserer freien weiß-blauen Berge, und gegen die verderblichen Berliner Gasmämpfe werden wir mit schwarz-weiß-roten Gasmasken ausgerüstet sein...“

Von Seeckt verfolgt diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. In einer Aussprache bei der 3. Division sagt er, daß das wirkliche Können des Staatsinstruments, d. h. der Reichswehr, angesichts der inneren Lage „auch in nationalen Kreisen oft unterschätzt werde. Zurückhaltung solle man nicht als

⁵³⁾ Ebenda, S. 351/352

Schlappeheit oder Furcht auslegen“. In Kenntnis der bevorstehenden Liquidierung des passiven Widerstandes im Reichsgebiet erläßt er am 10. September 1923 eine Verfügung zur Klarstellung der Abgrenzung der Rechte und Befugnisse der zivilen Stellen und der militärischen Befehlshaber bei Verhängung des Ausnahmezustandes. Seine Verfügung beginnt mit den Worten:

„Wir stehen vor der größten Krise, die das Reich bisher durchgemacht hat. Durch die unbedingte und rücksichtslose Aufrechterhaltung der Staatsautorität wird diese Krise überwunden werden können. Die Abneigung des Soldaten, in den inneren Kampf einzugreifen ... ist begründet. Sie darf aber nicht dazu führen, daß die Staatsautorität als solche aufs Spiel gesetzt wird ...!“⁵³⁾

Die am 26. September 1923 erfolgte Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wurde zum zündenden Funken im Pulverfaß: Bayern ernannte noch am gleichen Tage in der Person des Herrn von Kahr einen Generalstaatskommissar, dessen erste Amtshandlung die Verkündung des Ausnahmezustandes für das Land Bayern war. Diese Herausforderung beantwortete das Reich nach langer nächtlicher Beratung des Reichskabinetts am 27. September 1923 mit der Verhängung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich. Die vollziehende Gewalt wurde zur Überraschung weiter Kreise aber nicht auf General von Seeckt, sondern auf den Reichswehrminister Geßler übertragen. Als die Umgebung von Seeckts ihm gegenüber zum Ausdruck brachte, daß er sich nach ihrer Ansicht zu sehr ausschalte und auf seine Zeit zu lange warte, sagte er zu General Hasse, dem Chef des Truppenamts: „Wenn's eine Komödie wird, komme ich überhaupt nicht, wird's ein Drama, dann erscheine ich im dritten Akt.“⁵⁴⁾ Weitere von den verschiedensten Seiten unternommene Versuche, von Seeckt zu bewegen, nach der Macht zu greifen, führten schließlich dazu, daß er am 2. November 1923 die inneren Hemmungen bis zur Bereitschaft zur Übernahme der Gewalt „in einer noch zu bestimmenden Form“ überwunden hatte.

Diese Umstimmung von Seeckts ist aber keineswegs etwa ausschließlich das Ergebnis des Zuredens von allen möglichen Seiten gewesen; hier haben weitgehend auch die politischen Ereignisse mitgewirkt, die sich in der Zeit bis zum 2. November 1923 vollzogen hatten. Das war einmal der Putsch des Majors Buchrucker Anfang Oktober in Küstrin. Buchrucker wollte die Gewalt an sich reißen, scheiterte aber an der Standhaftigkeit des Kommandanten und an von Seeckts schnellem Handeln. Dieser Vorgang löste beim Reichspräsidenten Überlegungen aus, ob es nicht zweckmäßig sei, die gesamte Macht an von Seeckt zu übertragen. Zur Entwicklung der Dinge in

⁵³⁾ Ebenda, S. 353

dieser Richtung trugen aber auch die weiteren Vorgänge in Bayern wesentlich mit bei.

Verschiedene Angriffe auf von Seeckt, die der „Völkische Beobachter“ brachte und die sich von Seeckt unmöglich gefallen lassen konnte, hatten zu einem Verbot des „Völkischen Beobachter“ durch den Reichswehrminister geführt. General von Lossow war angewiesen worden, dem Verbot Geltung zu verschaffen. General von Lossow aber hatte dem Generalstaatskommissar von Kahr gegenüber, der den bayrischen Ausnahmezustand gegen den Reichsbelagerungszustand ausspielte, wenig oder nichts zu bestellen. Von Seeckt stellte sich auf den Standpunkt, daß die Vorgänge in Bayern ein Symptom und viele sich über die Tragweite und die Folgen der Vorgänge wohl nicht klar seien. Was da in Bayern vor sich gehe, sei geradezu ungeheuerlich. Die Ausführung eines militärischen Befehls werde dort von der Zustimmung der bayrischen Zivilgewalt abhängig gemacht, und in Übereinstimmung mit ihr prüfe der vom Reich eingesetzte und zum Gehorsam verpflichtete Führer der bayrischen Truppen, ob er die Befehle seines militärischen Vorgesetzten ausführen solle oder nicht. Die in München vertretene Auffassung bedeute offenen Ungehorsam und das Ende der Einheit der Reichswehr. Am Ende dieses Weges werde der Zerfall des Reiches stehen.

Am 19. Oktober 1923 war sich von Seeckt im klaren, daß von Lossow sich gegen von Kahr nicht durchsetzen konnte oder nicht durchsetzen wollte; daher ließ er ihn seiner Stellung entheben. Das wurde für von Kahr die Veranlassung dazu, die Absetzung von Lossow nicht anzuerkennen und zu erklären, daß Bayern Befehle des Reichswehrministeriums nicht mehr annehme. Und für die bayrische Regierung wurde es der Anlaß, nach Berlin mitzuteilen, daß sie die 7. Division sich selbst unterstellt habe. Damit war es de facto zum offenen Bruch der Reichseinheit gekommen. Von Seeckt nahm die Kampfansage Bayerns an. Als man in München am 22. Oktober 1923 die 7. Division auf Bayern verpflichtete, beantwortete von Seeckt diesen Schritt mit einem Erlaß an die Reichswehr, in dem er nach kurzer Darlegung der Vorgänge in Bayern die 7. Division feierlich aufforderte, ihrem dem Reiche geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihrer höchsten militärischen Befehlshaber bedingungslos zu fügen. Der Erfolg war, daß sich von Lossow zwei Tage später in einem „An alle“ gerichteten Funkspruch, also in voller Öffentlichkeit, gegen den Erlaß seines Vorgesetzten verwahrte.

Diese Vorgänge in Bayern lösten im Zusammenhang mit zeitlich parallel laufenden Loslösungsbestrebungen vom Reich in Ostpreußen, im Rheinland, in der belgisch-französischen Zone und in der Pfalz bei von Seeckt die Überzeugung aus, daß umgehend etwas geschehen müsse, um einem sich drohend abzeichnenden Ultrarechtsputsch den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er unterrichtete Ebert über seine Auffassung: die so-

fortige Bildung einer neuen, wirklich tatkräftigen Reichsregierung halte er für unerlässlich. Dabei hat von Seeckt geglaubt, daß er selbst von Ebert berufen werden würde, als Kanzler eine neue Regierung zu bilden; er hatte auch ein nicht weniger als 16 Seiten umfassendes Regierungsprogramm bereits ausgearbeitet, das sich mit allen Fragen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik eingehend beschäftigte. Auf dieses hochinteressante Programm in allen Einzelheiten einzugehen verbietet uns leider der Raum. Ich halte es aber doch für unerlässlich, wenigstens das Allerwichtigste daraus zu erwähnen, weil es uns in verschiedener Hinsicht einen tieferen Einblick in von Seeckts politisches Denken gestattet.

Von Seeckt wollte seine Regierung als eine Regierung des Ausnahmezustandes angesehen wissen, wobei die Grundlage der Politik seiner Regierung die Wiederherstellung und Stärkung der Staatsgewalt sein sollte.

Das außenpolitische Programm sah die grundsätzliche Anerkennung der Reparationspflicht vor, die an der Selbsterhaltung ihre Grenze finden mußte, das Festhalten an der Auffassung des Zwangscharakters des Versailler Vertrages, die Ablehnung des Eintritts in den Völkerbund, die Ablehnung jeder neuen Verpflichtung über die Grenzen des Versailler Vertrages hinaus und insbesondere auch bezüglich des Rheinlandes, das Festhalten an der Auffassung, daß der Charakter der Ruhrbesetzung gegen das Völkerrecht und gegen den Versailler Vertrag verstoße, das Freihalten der deutschen Politik von einer Festlegung gegenüber England und Frankreich, den Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zur Sowjetunion, schließlich das Festhalten am Recht militärischer Selbstverteidigung und ihrer Vorbereitung.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik standen die Niederwerfung aller gegen den Bestand des Reiches und gegen die ordnungsmäßige Reichs- und Staatsautorität gerichteten Bestrebungen durch Anwendung der Machtmittel des Reiches auf dem Programm, die Abänderung der Reichsverfassung im föderativen Sinne und schließlich die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person.

Interessant war auch das vorgesehene wirtschaftliche Programm. Es sah das Aufsichtsrecht des Staates über die lebenswichtige Produktion vor, das Verbot der Kartelle und Syndikate. Lebensmittel sollten unter Einflußnahme auf die Preisbildung bereitgestellt werden, und der Wohnungsbau sollte in Verbindung mit der Beschäftigung Arbeitsloser durchgeführt werden. Der Landwirtschaft schließlich wurde die Freiheit der Entwicklung zugesichert, aber unter Verpflichtung zur rationellen Ausnutzung des Bodens und zu sozialen Leistungen.

Von Seeckt rechnete bestimmt damit, daß Ebert ihm das Kanzleramt übertragen würde, zumal die Dinge sich zusehends

weiter zuspitzten, Bayern es am 30. Oktober ablehnte, die 7. Division von ihrer Verpflichtung auf das Land Bayern zu entbinden und an der bayrisch-thüringischen Grenze illegale Verbände aufzumarschieren begannen. Aber er verrechnete sich. Stresemann arbeitete gegen ihn. Am 3. November 1923 fand die entscheidende Aussprache mit Ebert statt, der sich an sich bereit erklärte, ein kleines Kabinett mit von Seeckt an der Spitze zu bilden. Von Seeckt aber stellte die Bedingung, daß seine Regierung/eine „nationale Regierung“ unter Ausschluß der Sozialdemokraten sein müsse. Bei der schweren Krise des Reiches glaubte Ebert dem nicht zustimmen zu können; er hielt eine Regierung auf möglichst breiter Basis für das Gegebene.

Das war aber nicht der alleinige Grund für das Scheitern der Bildung eines Kabinetts von Seeckt. Während der Aussprache am 3. November hatte Ebert die Nachricht erhalten, daß Bayern mit der 7. Division und den in Nordbayern aufmarschierten Freikorpsverbänden zum Angriff auf das Reich übergehen werde, falls nicht binnen 48 Stunden in Berlin eine „nationale Regierung“ gebildet würde. Auf diese Nachricht hin hatte Ebert von Seeckt zum sofortigen Aufmarsch gegen Bayern aufgefordert, was von Seeckt mit aller Entschiedenheit abgelehnt hatte, und zwar mit der Begründung, daß die Stimmung innerhalb der Reichswehr eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Bayern nicht erlaube. Dieser Vorfall ist der Anlaß zu einer tiefgehenden Verstimmung zwischen Ebert und von Seeckt geworden, die erst in den letzten Lebensmonaten Eberts wieder gewichen ist.

Für von Seeckt wäre es in der gegebenen Situation ein Leichtes gewesen, sich mit der ihm unterstellten Reichswehr zum Diktator zu machen. Er hat es als Realpolitiker nicht getan. Er meinte, die Macht müsse ihm zuwachsen, weil er sich sonst auf die Dauer nicht würde behaupten können, und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil die Armee, wenn sie damals sich selbst politisch eingesetzt hätte, an ihrem Gehorsamsgefüge gerüttelt hätte; denn es würde sich nicht haben vermeiden lassen, daß mit der Zeit, so wie die Dinge damals lagen, in ihr politische Meinungsverschiedenheiten aufgekommen wären.

In den auf den 3. November folgenden Tagen verschärfte sich die Spannung zwischen von Seeckt und Stresemann erheblich. Das Vorgehen Stresemanns gegen von Seeckt beantwortete dieser am 5. November damit, daß er durch von Schleicher Stresemann sagen ließ, „daß er ihm die Fähigkeit absprechen müsse, die verfahrene Karre aus dem Dreck zu ziehen“. Von Seeckt konnte sich das leisten, da er gewiß war, daß die Armee sich seine Absetzung nicht gefallen lassen würde.

Auf der anderen Seite ließ von Seeckt kein Mittel ungenutzt, um eine blutige Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reiche zu vermeiden. Am gleichen 5. November schrieb er

einen ausführlichen und sehr versöhnlich gehaltenen Brief an den Generalstaatskommissar von Kahr, in dem er ihn unter Bezugnahme auf eine frühere Unterredung mit ihm bat, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß Deutschland ein Bürgerkrieg erspart bleibe. Der Brief läßt an mehr als einer Stelle einen Einblick in von Seeckts politisches Denken tun. Da heißt es in ihm u. a.:

„... Die Weimarer Verfassung ist an sich kein noli me tangere; ich habe sie nicht mit gemacht, und sie widerspricht in den grundlegenden Prinzipien meinem politischen Denken ... Ich glaubte die Entwicklung zu einer Änderung der Verfassung herannahen zu sehen und glaubte sie auf einem Wege, der nicht unnötig durch den Bürgerkrieg führen mußte, mit herbeiführen zu helfen ... Was meine Einstellung der internationalen Sozialdemokratie gegenüber anbelangt, so muß ich eingestehen, daß ich an die Möglichkeit der Gewinnung eines Teiles derselben zur nationalen Mitarbeit anfangs geglaubt habe, daß ich aber von dieser Annahme seit langem schon vor unserer Unterredung zurückgekommen war, soweit es die sozialdemokratische Partei, nicht die deutsche Arbeiterschaft betrifft. Mich gegen den Vorwurf international-marxistischer Gesinnung zu verteidigen, halte ich für unter meiner Würde. Ich sehe klar, daß ein Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen ist, weil sie sich dem Gedanken der Wehrhaftmachung verschließt. Ein gleiches gilt für mich von allen Strömungen, die auch außerhalb der Sozialdemokratie pazifistisch und international eingestellt sind ... Ich halte ein Kabinett Stresemann auch nach einer Umbildung nicht für lebensfähig. Diesem Mangel an Vertrauen habe ich dem Kanzler selbst und dem Reichspräsidenten gegenüber Ausdruck gegeben und ihnen gesagt, daß ich nicht auf die Dauer für die Haltung der Reichswehr unter einer Regierung einstehen könnte, zu der sie kein Vertrauen habe. Mehr noch: ich sehe ohne Umschwung in der Regierung den Bürgerkrieg mit Sicherheit voraus ...“⁵⁵⁾

Was von Seeckt in diesem auszugsweise wiedergegebenen hochinteressanten Briefe an den Generalstaatskommissar von Kahr schreibt, ist, soweit seine Ausführungen die Weimarer Verfassung betreffen, nichts Neues; ähnliches hat er, anders formuliert, auch bei anderen Gelegenheiten gesagt und gar kein Hehl daraus gemacht, daß er – auf „legalem“ Wege – eine Verfassungsänderung anstrebe. Insofern bedürfen seine Ausführungen keines weiteren Kommentars. Und das gleiche ist der Fall, soweit seine Ausführungen das Kabinett Stresemann betreffen. Dagegen können seine Ausführungen, soweit sie sich auf seine innere Einstellung zur Sozialdemokratie

⁵⁵⁾ Ebenda, S. 369/370

bzw. zur deutschen Arbeiterschaft beziehen, nicht kommentarlos hingenommen werden, und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil sie sowohl in der Konzeption als auch in der Terminologie erhebliches Unverständnis von Seeckts für die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse und für die Problematik der deutschen Arbeiterbewegung der damaligen Zeit erkennen lassen. 1923 war von einer „internationalen Sozialdemokratie“ in Deutschland längst keine Rede mehr; die SPD-Führung war längst vom Internationalismus zum Nationalismus übergeschwenkt und zu einer reformistischen Partei geworden. Kompromißlos revolutionär eingestellt hingegen war damals die junge, um die Jahreswende 1918/1919 gegründete KPD, der aber noch Erfahrungen und die nötige Breitenbasis fehlten, um sich durchsetzen zu können. Nebenher trifft es auch nicht zu, daß die SPD sich „der Wehrhaftmachung verschlossen habe.“ Im Gegenteil: ins nationale Lager abgeschwenkt, hat sie 1914 die Kriegskredite bewilligt und, als während der Zeit der Weimarer Republik die Wiederaufrüstung einsetzte, diese nach Kräften unterstützt (Panzerkreuzerbau 1928!). Im übrigen ist bezeichnend, wie von Seeckt die damals längst der Arbeiterschaft erwachsene Aufgabe, die Macht für sich zu erobern und die Wahrung der nationalen Interessen des deutschen Volkes in die eigenen Hände zu nehmen, völlig verkennt.

Am 4. November schrieb von Seeckt auf ausdrücklichen Wunsch Eberts an den ihm gut bekannten ehemaligen Kruppdirektor und deutschen Botschafter in Washington, Wiedfeldt. Er bat ihn, sich als Nachfolger Stresemanns für „ein kleines Kabinett mit Diktatoriums-Charakter und Ausnahme-Vollmachten“ zur Verfügung zu stellen, was Wiedfeldt aber ablehnte. Und am gleichen 4. November wandte sich von Seeckt noch einmal in einem Erlaß an alle Kommandeure der Reichswehr, in dem er ihnen seine Auffassung über die innenpolitische Lage zur Kenntnis brachte und unter Hinweis darauf, daß die Ehre des Soldaten nicht im Besserwissen und Besservollen, sondern im Gehorsam liege, wörtlich ausführte:

„... Solange ich auf meinem Posten sein werde, werde ich nicht aufhören zu wiederholen, daß das Heil weder von dem einen noch dem anderen Extrem kommen kann, weder von fremder Hilfe noch von einer inneren Revolution ... , sondern daß allein harte Arbeit, bescheiden und beharrlich, uns erlauben wird zu überleben. Diese Arbeit kann sich nur vollenden auf der Grundlage der Gesetze und der Verfassung ... Eine Reichswehr, die sich einig und im Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich und der stärkste Faktor im Staate. Eine Reichswehr, in die der Spaltpilz der Politik gedrungen ist, wird in der Stunde der Gefahr zerbrechen.“

Von Seeckt hat diesen Erlaß in klarer Voraussicht dessen, was kommen würde, an die Kommandeure gerichtet. Bereits

vier Tage später fangen die Dinge an, sich zu überstürzen. Gegen 11 Uhr abends ruft Stresemann von Seeckt an und bittet ihn nach einer kurzen Information über gewisse Vorgänge in München zu einer sofortigen Kabinettsitzung ins Reichskanzlerpalais. Auf der Fahrt dorthin sagt der sonst so schweigsame von Seeckt bissig, ja sarkastisch zu seinem Adjutanten: „Es sind eigenartige Sachen in München passiert. Ich bin nicht mehr Chef der Heeresleitung. Das ist von Lossow. Reichswehrminister ist Ludendorff.“

In der denkwürdigen Kabinettsitzung in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 hat General von Seeckt selbst kein einziges Wort gesprochen. Mit verschränkten Armen dasitzend, hat er nur aufmerksam mit steinerner Maske dem Bericht Stresemanns zugehört, daß in München ein Putsch ausgebrochen sei und die Bayern auf Berlin marschierten. Eine kurze vertrauliche Aussprache zwischen Ebert, von Seeckt und Geßler schloß sich an den Bericht Stresemanns an. Dann vernahmen die versammelten Minister, daß das Schicksal des Deutschen Reiches in die Hände des Generals von Seeckt gelegt sei. Ebert hatte die vollziehende Gewalt dem undurchsichtigsten Vertreter des militärischen Prinzips anvertraut, und zwar mit erweiterter Machtbefugnis.

Geßler schreibt, daß von Seeckt sich in keiner Weise zu der Übernahme der vollziehenden Gewalt gedrängt habe, weil er viel zu klug gewesen sei, um anzunehmen, daß ihm ihre Erledigung allseitige Popularität verschaffen würde, die er für seine eigenen Zukunftspläne brauchte (für die Wahl zum Reichspräsidenten — J. Z.). Geßler hatte dem Reichspräsidenten einen entsprechenden Vorschlag gemacht, damit von Seeckt bei notwendig werdenden militärischen Operationen völlig unbehindert sei. Daraufhin hatte Ebert ihm erwidert: „Ich habe keinen Anlaß, dem General von Seeckt diesen Beweis meines Vertrauens zu versagen.“⁵⁶⁾ Die Ernennungsurkunde, die die Unterschrift des Reichspräsidenten Ebert, gegengezeichnet vom Reichskanzler Dr. Stresemann und vom Reichswehrminister Dr. Geßler, trug, lautete:

„Auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung verordne ich wie folgt:

§ 1. Die Ausübung des mir verfassungsgemäß zustehenden Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches übertrage ich auf den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt.

§ 2. In Abänderung meiner Verordnung vom 26. September 1923 übertrage ich die vollziehende Gewalt an Stelle des Reichswehrministers dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, welcher alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

⁵⁶⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 274, und Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 110.

§ 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 8. November 1923“

Damit war von Seeckt praktisch zum militärischen Diktator aufgestiegen. Innerhalb von vier Jahren hat die Regierung der Weimarer Republik zweimal zum Artikel 48 ihrer Verfassung ihre Zuflucht nehmen müssen, weil sie mit ihrem Latein am Ende war. Aber der Charakter des Ausnahmezustandes ist in beiden Fällen doch grundverschieden gewesen. Zur Zeit Noskes hatte er für die Armee die Lösung rein militärischer Aufgaben in den Einsatzgebieten mit sich gebracht; jetzt, 1923, übernahm die Armee neben der Lösung rein militärischer Aufgaben auch die gesamte Verwaltung des Reiches für die legale Regierung.

Noch am 9. November unterrichtete von Seeckt die Reichswehr über seine neuen Befugnisse und Aufgaben. Dabei brachte er auch zum Ausdruck, wie er sie zu lösen gedanke. Eingriffe Unberufener in die Ordnung des Reiches und der Länder werde er mit Hilfe der Reichswehr mit Nachdruck zurückweisen, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Neben der Sicherung des Reiches und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung werde er sich mit aller Energie die Sicherung der Ernährung angelegen sein lassen, und hierbei nach Kräften mitzuwirken sei die erste Pflicht der Militärbefehlshaber in den Wehrkreisen.

Drei Fragen waren es, deren Lösung von Seeckt nach der Machtübernahme als vordringlich ansah: die Bereinigung der bayrischen Frage als einer staatsrechtlich-politischen Frage, die Erledigung des Falles von Lossow als einer militärischen Frage und das Ziehen der notwendigen Konsequenzen aus dem Verhalten der Infanterieschule München anlässlich des Hitler-Putsches am 8. und 9. November 1923.

Als Realpolitiker war sich von Seeckt darüber im klaren, daß die bayrische Frage ohne einen Kabinettswechsel in Berlin infolge der Unmöglichkeit, mit der im Amte befindlichen Regierung die Reichsautorität wiederherzustellen, nicht zu lösen war. Auch Ebert verschloß sich nicht der Notwendigkeit, ein neues Kabinett zu bilden; aber über die Frage, wer der neue Mann sein sollte, gingen die Ansichten Eberts und von Seeckts scharf auseinander, wenn sie sich auch darin einig waren, daß das neue Kabinett rein bürgerlich zusammengesetzt sein müsse. Die Kontroverse Ebert/von Seeckt in diesen Tagen war derart, daß diese damals in Deutschland allein entscheidenden Männer einander zehn Tage lang aus dem Wege gingen und Ebert sich mit dem Gedanken getragen hat, die vollziehende Gewalt von Seeckt wieder zu nehmen und an Geßler zurückzugeben. Den Gedanken auszuführen hat er allerdings nicht gewagt; eine solche Maßnahme wäre bei der Position, die von Seeckt sich geschaffen hatte, ohne schwerste Erschütterung im Reiche nicht durchführbar gewesen. — Hier wollen wir einen Auszug aus einem Briefe von Seeckts vom 18. No-

vember 1923 einschalten, der die damalige Situation besonders deutlich erkennen läßt. Von Seeckt schreibt da:

„... Ich habe die mir zugefallene, in einer Stunde der Angst geborene Macht in etwas erweitertem Sinne aufgefaßt, als sie gemeint war, um zu versuchen, trotz aller Schwierigkeiten etwas Gutes in Gang zu bringen und zu zeigen, daß man heute noch mit einem einheitlichen Willen, hinter dem ein Rest von Macht steht, etwas leisten kann. Die Reue, mir die Macht gegeben zu haben, kommt zu spät. Man wird sie mir ohne eigene Gefährdung nicht nehmen können ... Ich habe außer Neidern und Machtrivalen gegen mich alles, was am Stand der Dinge interessiert ist und den eigenen Einfluß durch mich schon jetzt gefährdet sieht. Das heißt also das jetzige Kabinett und alle, die das nächste bilden möchten, alle Ministerien bis zum letzten Rat ... alle Parteien des Reichstages, weil sie fürchten, daß ihre Herrlichkeit zu Ende geht, endlich das Ausland, das eine einigende Hand fürchtet und bald droht, bald verspricht. Und doch sehe ich keinen anderen Weg ins Freie als den einer gewissen Diktatorenschaft. Ich würde es begrüßen, wenn sich ein Mann da findet. Mich gelüstet es nicht nach der eigenen Herrschaft, aber nach dem Ziel ... Die jetzige Regierung hat total abgewirtschaftet. Hält sie sich noch, was ich nicht glaube, so gelingt ihr das nur aus der Angst — vor mir ...“⁵⁷⁾

Und an seine Frau schreibt von Seeckt vier Tage später:

„... Ich komme eben vom Reichspräsidenten, der auch schon an einem neuen Kabinett arbeitet. Wir kamen nicht friedlich auseinander, und wer weiß, ob Du mich bei Deiner Rückkehr nicht als Arbeitslosen vorfindest. Ich bin ihm zu mächtig geworden, das ist sicher, und er möchte mich rechtzeitig abfangen, nicht eben beseitigen, aber niederdrücken. Nun — das muß man dann einmal sehen ...“⁵⁸⁾

In dieser Lage wäre ein anderer General als von Seeckt, gestützt auf die Armee, vielleicht zum Staatsstreich geschritten. Für von Seeckt kam das nicht in Frage. Einmal war für ihn Nichtantasten der Legalität ein Eckpfeiler seiner politischen Anschauung. Aber es kam noch etwas anderes hinzu. Wir wissen, daß von Seeckt selbst das Amt des Reichspräsidenten nach Eberts Abgang anstrebte, und zwar auf legalem Wege. Einflüsterungen, die Gunst der Stunde zu nutzen, erfolgten in Hülle und Fülle. „Das deutsche Volk folgt durch die Not der Zeit heute jedem willig, der es mit fester Hand zu führen versteht. Aller Augen sehen auf Sie, verehrter General von Seeckt. Sie haben eine Macht in Händen und eine Chance, sie zu gebrauchen, wie selten ein deutscher Machthaber vor Ihnen ...“

⁵⁷⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 384/385

schrieb General von Morgen damals an General von Seeckt. Aber weder diese noch viele andere ähnliche Zuschriften konnten General von Seeckt beeinflussen und seine legalistische Auffassung erschüttern.

Keiner der Männer, um die damals die Auseinandersetzungen zwischen Ebert und von Seeckt gegangen waren — der Abgeordnete Heintze, der deutsche Botschafter in den USA, von Wiedfeldt, der Volksparteiler Albert usw. — wurde Reichskanzler, sondern der Zentrumsmann Marx. Damit waren aber die tiefgreifenden Differenzen zwischen Ebert und von Seeckt nicht beseitigt. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen über die Frage des Begriffs der vollziehenden Gewalt, der in der Verfassung der Weimarer Republik nicht festgelegt war. Von Seeckt glaubte sich berechtigt, auch Reichs- und Ländergesetze ändern zu können, während Ebert ihm dieses Recht bestritt. Er tat es, weil er wußte, daß von Seeckt eine Reichsreform anstrebte, nämlich die Umbildung der Länder und Provinzen in autonome Verwaltungsgebiete als Reichs-provinzen.

Die Angelegenheit des Generals von Lossow war das zweite, was nach Übernahme der vollziehenden Gewalt durch von Seeckt beschleunigt bereinigt werden mußte. Von Lossow machte den Vorschlag, sich selbst im Interesse eines Ausgleichs zwischen Bayern und dem Reiche zum Opfer zu bringen und seinen Abschied einzureichen, „sobald es die innenpolitische Lage in Bayern zuließe“. Von Seeckt ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Bayern unterstellte seine Truppen wieder dem Reich, und von Lossow erhielt mit dem 1. Januar 1924 den erbetenen Abschied, allerdings ohne das Recht zum weiteren Tragen der Generalsuniform.

Der General von Seeckt hatte, da der Hitler-Putsch in München kläglich zusammengebrochen war, keine Veranlassung mehr gehabt, eine Reichsexekution gegen Bayern durchzuführen. Nicht erspart aber blieb es ihm, für die Infanterieschule München die Konsequenzen aus ihrem Verhalten bei diesem Putsch zu ziehen. Das ist von Seeckt sehr schwer gefallen. Aber als Fanatiker der Disziplin und Vertreter des Legalitätsgedankens blieb ihm, wenn er nicht seinen Grundsätzen untreu werden wollte, nichts anderes übrig, als mit aller Schärfe durchzugreifen. Aber es kam noch etwas Besonderes hinzu: er fühlte sich durch das Verhalten der Infanterieschule persönlich aufs tiefste verletzt. Er hatte geglaubt, die Truppe so erzogen zu haben, daß sie an ihn, nur an ihn, zu glauben gelernt hätte. Und nun mußte er es erleben, daß ausgerechnet der Offiziersnachwuchs einem Abenteurer wie dem Freikorpsführer Roßbach auf den Leim gegangen war und daß die Offiziere der Infanterieschule sich widerspruchslos Anordnungen Ludendorffs gefügt hatten. „Der Vorgang stellt uns Kommandeuren ein hartes Zeugnis aus. Wir haben nicht ver-

standen, unsere jungen Offiziere und unseren Offiziersnachwuchs in den elementarsten Grundsätzen wahrer Disziplin zu unterweisen“, urteilt von Seeckt über die Vorgänge. Der Kommandeur der Schule, General von Tieschowitz, wurde durch General von Amsberg ersetzt, die jungen Offiziere, die mit den Faschisten gemeinsame Sache gemacht hatten, kurzerhand verabschiedet und die Schule als solche zunächst für längere Zeit auf den Truppenübungsplatz Ohrdruf und dann nach Dresden verlegt. Typisch für von Seeckt ist die Ansprache, mit der er in Ohrdruf den Infanterieschülern gegenübertrat, und sein persönliches Verhalten hierbei. Diese lapidar kurze Ansprache lautete:

„Es ist das erste Mal in meinen langen Dienstjahren, daß ich vor Meuterern spreche. Ich sage das mit voller Absicht, denn was Ihr in München getan habt, war Meuterei, ganz gleich was Eure Motive waren. Weder Rücksicht auf Euch noch auf Eure Eltern hat mich veranlaßt, Euch zu erlauben, im Heer zu bleiben, sondern nur die Tatsache, daß Euch an jenem Abend in München kein Offizier mit gezogener Pistole am Tor entgegengetreten ist.“⁵⁰⁾

Das war alles, was er in diesem Augenblick gesagt hat. Ihre volle Bedeutung bekommt diese Ansprache aber erst durch das Verhalten von Seeckts, das sich an sie angeschlossen hat und um das wir von seinem damaligen Adjutanten wissen. Nach seinen Aufzeichnungen machte von Seeckt nach dem letzten Worte der Ansprache kurz kehrt, sprach mit niemandem ein Wort, setzte sich in sein Auto und fuhr ab. Unterwegs schüttelte er sich und sagte brummend vor sich hin:

„Wenig schöne Geschichte. Scheußlich. Wenn unser junger Nachwuchs nicht dagebewesen wäre, könnte man verzweifeln, aber Gehorsam und Disziplin gilt vor allem.“⁶⁰⁾

Die Vorgänge in Bayern und auch an anderen Orten im Reiche hatten von Seeckt veranlaßt, darüber nachzudenken, ob die damals gültige Reichsverfassung sich als zweckmäßig erwiesen habe oder nicht. Er verneinte diese Frage:

„... Die Weimarer Verfassung war eine Halbheit. Der nationale Einheitsstaat war beabsichtigt, wurde aber gegen den Widerstand der Länder nicht durchgesetzt. Die Folge war ein Kompromiß, das zu einer Reihe sich immer wieder wiederholender Konflikte mit Bayern geführt hat...“

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 385

⁵¹⁾ Wheeler-Bennett, John W., Die Nemeses der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945. Droste-Verlag, Düsseldorf 1954. S. 103

⁶⁰⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben, 1918-1936. S. 379 Anmerkung

Das Ergebnis seiner Überlegungen hat von Seeckt in einer Denkschrift „Preußen und Reich“ niedergelegt. Es mögen, um von Seeckts politisches Denken klarzulegen, wenigstens dessen Grundzüge aufgeführt werden. Er sagt:

„... Die Form des Staates unterliegt organischer Entwicklung. Der Staat ist etwas Lebendiges und somit den Gesetzen des Werdens ... unterworfen ... Diese Form wird aber nur ein Lebensrecht haben, wenn die formende Hand von einem Geist geführt wird, welcher die Lebensbedingungen und die zur Entwicklung drängenden Kräfte eines Volkes übersieht und ihnen bei seinem Werk Rechnung trägt. Eine Änderung einer Staatsform muß eine Entwicklung nach vorwärts sein ...

Die Haupttriebkraft, die dem ganzen Volke gemeinsam war, war das Verlangen nach der Erhaltung der Reichseinheit ...

Neben die Geschlossenheit nach außen tritt die nach innen möglichst einfachere und sparsamere Regierungsmaschine ... Diesen Gedanken der Vereinfachung durch völlige Zentralisierung der gesamten Staatsmacht beim Reiche durchzuführen wäre theoretisch verlockend, ist praktisch aber nicht durchführbar; denn die Reibungen würden durch die vollkommen unorganische Maßnahme ins Unbezwingliche wachsen ...

Es gibt im Reiche drei Arten von Einzelstaaten: solche, die in einem Beharrungszustand sich befinden, noch genügend Lebenskraft für eine Existenzberechtigung besitzen, aber keine Aussicht auf eine Weiterentwicklung haben, solche, denen die Daseinsberechtigung fehlt, und einen, in dem die Keime zum Wachstum liegen. Zur 1. Abteilung gehören Bayern, Württemberg, Baden; zur 2. alle anderen deutschen Einzelstaaten, die 3. ist Preußen. Die nicht ... mehr existenzberechtigten Staaten müssen in Preußen aufgehen. Will man untersuchen, welche Staaten lebensfähig sind ... so muß zunächst die Frage beantwortet werden, ob die Entwicklung Deutschlands zum zentralistischen Einheitsstaat erstens wünschenswert und zweitens möglich ist.

Als wünschenswert muß man diese Lösung vom rein theoretischen und vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachten ... Man wird aber zu dem Schluß kommen müssen, daß die theoretisch bessere Zentralisierung für Deutschland nicht möglich ist ... Die Entwicklung eines Volkes macht keine Sprünge, und auf dem längeren Wege der Verschmelzung ... können wir auch jetzt nur die Etappe zurücklegen, welche der derzeitigen Lage Rechnung trägt. Wird aber dieser Schritt vorwärts jetzt versäumt, so wird sich eine ähnliche Gelegenheit nur nach einer neuen Katastrophe bieten, oder, was wahrschein-

licher ist, der Stillstand führt auf natürlichem Wege zum Zerfall. In der deutschen Eigenart liegt der starke Hang zum Eigenleben . . . Ihm muß bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen werden. Die Verschiedenheiten zwischen den deutschen Stämmen, begründet in Rasse, Kultur und Geschichte, sind zu groß, um die völlige Einschmelzung ohne Verlust an Energie zu erlauben . . .

An der Spitze des Reiches steht der von Preußen gewählte Staatspräsident, der zugleich Reichspräsident ist. Er beruft den preußischen Ministerpräsidenten, der zugleich Reichskanzler ist. Dem Reichskanzler unterstehen die beiden Reichsministerien des Auswärtigen und der Landesverteidigung. Nach Bedarf tritt der Reichsrat zusammen, zu dem der Reichskanzler, der Vizekanzler, die beiden Reichsminister, der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und die Ministerpräsidenten der drei Bundesstaaten gehören. Der Reichstag ist die Vollversammlung der Landtage von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden. Aufgeworfen, aber unerörtert möge auch die Frage nach einer 1. Kammer bleiben, nach einer sich vom Kreis über die Provinz und den Staat bis zum Reich aufbauenden berufsständischen Vertretung zur Mitarbeit in wirtschaftlichen Fragen . . .⁶¹⁾

Nun: der Entwurf dieser Verfassungsreform von Seeckts hat niemals Gestalt angenommen und ist Entwurf geblieben. Trotzdem sind die Gedankengänge, die von Seeckt in dem Entwurf seiner Verfassungsänderung zum Ausdruck gebracht hat, äußerst interessant, und der Historiker wird an ihnen nicht einfach vorüber gehen können; auch wir wollen den Entwurf wenigstens kurz kommentieren.

Der Verschmelzungsprozeß, den von Seeckt in dem Entwurf propagiert, liegt auf der Linie, die die Entwicklung Deutschlands seit der Zeit Kurfürst Friedrich Wilhelms gegangen ist, seit der Zeit, da in Brandenburg der Ehrgeiz erwachte, sich von der partikularistischen Ausgangsstellung aus zu einer Großmacht aufzuschwingen, um in der Folge dann tatsächlich zum Kristallisationspunkt der Einigungsbestrebungen „von oben“ zu werden. Von Seeckt begründet nicht näher, warum er Bayern, Württemberg und Baden noch genügend Lebenskraft für eine Existenzberechtigung zuspricht und z. B. nicht mehr Sachsen, das zum mindesten wirtschaftlich gesehen mit seiner Industrie einen gewichtigen Faktor im deutschen Reiche darstellte; er hat offenbar nur oder doch in erster Linie die Stammeseigenart gesehen, und die war in den drei Staaten, die von Seeckt weiter erhalten wissen wollte, allerdings weit ausgeprägter als im „kosmopolitischen“ Sachsen. Von Seeckt

⁶¹⁾ Ebenda, S. 394 ff.

respektierte sozusagen in seinem Entwurf die Mainlinie; er stellte die drei süddeutschen Staaten Preußen gegenüber, wobei ihm als spätere Etappe im Verschmelzungsprozeß neben Preußen ein Großbayern vorgeschwebt haben mag.

Auf den ersten Blick mag der von von Seeckt propagierte Weg etwas Bestechendes an sich haben; bei näherem Zusehen ist das aber keineswegs der Fall. Es würde eine rein preußische Lösung gewesen sein, das Weiterbeschreiten eines Weges, den zu gehen sich für das deutsche Volk als reichlich verhängnisvoll erwiesen hatte. Es kann hier nicht der Ort sein zu untersuchen, welche anderen und welche besseren Lösungen des Problems vielleicht in Frage gekommen wären; die Entwicklung ist, bedingt vor allem auch durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges, völlig andere Wege gegangen. Doch sei dem wie ihm sei: auf alle Fälle zeigt der Entwurf der Verfassungsreform von Seeckts, wie abwegig die Behauptung Kurt Hesses ist, von Seeckt sei „ein viel zu wenig politisch geschulter Offizier“ gewesen.

Politische Urteilskraft und politische Einsicht hat von Seeckt auf seine Weise auch bei der Wiederabgabe der vollziehenden Gewalt unter Beweis gestellt. Er vertrat den durchaus richtigen Standpunkt, daß der Ausnahmezustand nur Mittel zum Zweck, niemals aber Selbstzweck sein könne. Daraus ergab sich für ihn die Schlußfolgerung, daß man auf den Ausnahmezustand im gleichen Augenblick verzichten müsse, wo er seine ihm spezifisch eigenen augenblicklichen Aufgaben erfüllt habe, was für von Seeckt Verzicht auf Ausübung der vollziehenden Gewalt bedeutete. In den Rechtskreisen entstand sofort ein ganz ungewöhnlich abfälliges Urteil über von Seeckt, als die ersten Andeutungen ruchbar wurden, daß er sich mit dem Gedanken der Aufhebung des Ausnahmezustandes trage. Aber von Seeckt ließ sich als der Realpolitiker, der er war, nicht beeinflussen. Ihm war klar, daß der Ausnahmezustand als solcher sich abnützen müsse, wenn er über Gebühr ausgedehnt werde.

Anderes kam hinzu. Er wußte, daß ihm als Inhaber der vollziehenden Gewalt in weiten Kreisen des Volkes die nötige Resonanz fehlte, daß er mit seinem Verbot der Kommunistischen Partei, aber auch der NSDAP und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei sich weite Kreise entfremdet hatte und daß er mit seinen Teilerfolgen auf wirtschaftlichem Gebiete — wir werden auf sie noch zu sprechen kommen — den mit dem Verbot der genannten Partei erlittenen Prestigeverlust nicht hatte kompensieren können. Es mag noch hinzugekommen sein, daß er des mit Beginn des Jahres 1924 noch verschärften Kampfes mit Stresemann überdrüssig geworden ist, wohingegen drei auf ihn geplante Attentate, von denen allerdings keines zur Ausführung gekommen ist, ihn nicht beeindruckt haben; das hat ihn kaltgelassen.

Mehr Eindruck mag auf ihn die Tatsache gemacht haben,

daß maßgebende Persönlichkeiten in der Reichswehr seine Auffassung über die Abnutzung der vollziehenden Gewalt teilten, so z. B. der Wehrkreiskommandeur in Stettin, so von Schleicher, Hasse und auch der Nachfolger von Lossows in München, General Freiherr Kress von Kressenstein, der bereits im Januar 1924 die Worte sprach: „Ist von Seeckt der große Mann, dann gibt er die Gewalt zurück. Behält er sie, so vermag er nicht über sich und seine Macht hinaus zu denken.“⁶²⁾ Und schließlich konnte von Seeckt hoffen, daß im Hinblick auf seine Absicht, sich später einmal als Reichspräsidentenskandidat nominieren zu lassen, die Stimmung für ihn wachsen würde, wenn er mehr in den Hintergrund träte. Freilich hat er sich hier getäuscht. Doch sei dem, wie ihm sei: am 13. Februar 1924 teilte von Seeckt Ebert mit, daß er seine Aufgabe als Inhaber der vollziehenden Gewalt als gelöst ansehe:

„Die Staatsautorität ist so gefestigt, daß die unter dem Ausnahmezustand eingeleitete Sanierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens auch ohne ihn weitergeführt werden kann. Ich schlage daher vor, die Anordnungen vom 26. September und vom 9. November zu Anfang März aufzuheben.“

Es ist nicht uninteressant und nicht ohne Bedeutung zu wissen, daß sich am 7. Februar 1924 das Kabinett Marx mit Stresemann als Außenminister für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes ausgesprochen hatte. Es ist klar, was man damit bezweckte; von Seeckt sollte die undankbare Last weiter tragen. Da von Seeckt selbst sich der Macht zu entledigen suchte, betrachtete man ihn nicht mehr als gefährlich, wenn er sie weiter behalten würde; dabei sollte er sich aber für alle Zeiten verbrauchen. Von Seeckt hat die Fußangel, die das Kabinett ihm legen wollte, sofort erkannt. Das geht klar aus seiner Denkschrift vom 29. Februar 1924 hervor, wo er die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes wie folgt begründete:

„Wenn sich der Inhaber der vollziehenden Reichsgewalt trotz der großen Leistungen des Ausnahmezustandes entschlossen hat, den militärischen Ausnahmezustand so bald als möglich zu beenden, so trug er damit der Eigenart der Reichswehr sowie den Bedürfnissen des Staatslebens Rechnung. Es ist nicht Sache der Wehrmacht, für längere Zeit den Zivilbehörden die Verantwortung für die Dinge der täglichen Verwaltung abzunehmen . . .“

Interessant ist, was Vincenz Müller über die Beurteilung schreibt, die die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch von Seeckt unter den Offizieren des Reichswehrministeriums, dem er – Müller – damals selbst angehörte, gefunden hat. Er meint, daß es in dieser Hinsicht zwei Richtungen gegeben

habe. Die eine sei mit von Seeckt sehr zufrieden gewesen, insbesondere auch darüber, daß die Reichswehr eine so bedeutende Rolle gespielt habe. Die andere Richtung sei dagegen mit ihm sehr unzufrieden gewesen, habe ihn kritisiert und ihm vorgeworfen, die günstige Gelegenheit, sich in den Besitz der Macht zu setzen und eine „nationale“ Politik auf lange Sicht einzuleiten, verpaßt zu haben. Jedenfalls ein Kommentator zum Kapitel „Unpolitische Reichswehr“, der Bände spricht.

Ein kurzes Wort zu den von uns bereits angedeuteten wirtschaftlichen Teilerfolgen, die in der Zeit erzielt worden sind, in der von Seeckt die vollziehende Gewalt in Händen hatte. Er hat sich mit allen möglichen Fragen auf diesem Gebiete sehr eingehend beschäftigt und auseinandergesetzt. Am 18. November 1923 schrieb er darüber an seine Schwester:

„Ich habe auf meine doch schon alten Tage noch etwas lernen müssen, Wohnungssteuer-, vor allem Ernährungsfragen, und bleibe doch in ihnen ein Neuling. Fast habe ich vergessen, daß ich eigentlich Soldat bin und da die Wurzeln meiner Kraft sind.“⁶³⁾

Eine ganze Reihe wichtiger Erlasse und Verordnungen tragen die Unterschrift von Seeckts als Inhaber der vollziehenden Gewalt. Vom 12. November 1923 datiert sein Erlaß über die Lebensmittelversorgung. Am 15. November 1923 wird mit der Erklärung der Rentenmark zum gesetzlichen Zahlungsmittel die Währung stabilisiert und die Inflation zum Abschluß gebracht. Bereits wenige Tage später, am 19. November 1923, kommt der Erlaß über die produktive Erwerbslosenfürsorge heraus, und auch der Erlaß vom 23. Februar 1924 über die Behebung der Wohnungsnot ist auf von Seeckts Einwirkung zurückzuführen. Daneben hat er sich die Unterbindung des illegalen Handels und des Aufkäuferunwesens angelegen sein lassen, das spekulative Zurückhalten von Nahrungsmitteln bekämpft und Massenspeisungen organisiert.⁶⁴⁾

Von Seeckt hat es bei alledem nicht leicht gehabt, seine Ideen und Gedanken in die Tat umzusetzen. So hat z. B. der Finanzminister, als es sich um die Stabilisierung der Währung handelte, gegen diese Maßnahme Einspruch erhoben; freilich hat von Seeckt sich rücksichtslos durchgesetzt. Daß er bei alledem den Humor nicht verlor, geht aus einem Briefe hervor, den er am 12. November 1923 an General von Kraewel, seinen einstigen Generalstabschef in Stettin, richtete. Er schreibt da:

„Eine tolle Zeit, in der ich zu allerlei Tätigkeit komme, für die Sie mich seiner Zeit nicht ausgebildet haben. Geht die Sache also schief, so ist das Ihre Schuld. Finanzminister habe ich nicht gelernt, und ich werde mir auch

⁶²⁾ Ebenda, S. 393

⁶³⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 112

⁶⁴⁾ Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 129

keine Freunde machen mit dem mehr als je ungerechten Mammon, und von der Landwirtschaft habe ich auch nur das Sprichwort von den dicksten Kartoffeln verstanden. Aber was macht der Soldat nicht alles! Heute drucke ich Geld und eine Zeitung ...⁶⁵⁾

In die Zeit, in der von Seeckt Inhaber der vollziehenden Gewalt war, fällt auch ein Vorgang, den wir bisher bewußt ausgeklammert hatten, um ihn, seiner Bedeutung für die Beurteilung des Wirkens von Seeckts entsprechend, nun geschlossen zu behandeln. Es handelt sich um sein Verhalten den Ländern Sachsen und Thüringen gegenüber. Hier hat sein Vorgehen in eklatantem Widerspruch zu den wahren Interessen der Nation gestanden, die, wie wir wissen, bereits damals durch die Arbeiterklasse und in politischer Beziehung durch deren revolutionäre Vorhut verkörpert wurden. Daß er sich beim Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen hinsichtlich seiner Auffassung von der Legalität selbst untreu geworden ist, kommt noch hinzu. Worum ging es dabei?

Im Zusammenhang mit der Aufhebung des passiven Widerstandes an der Ruhr war die Reichsregierung auch mit den Ländern Sachsen und Thüringen in einen schweren Konflikt geraten. Wir beschränken uns bei der Würdigung dieser Ereignisse auf die Vorgänge in Sachsen; in Thüringen sind sie weitgehend parallel verlaufen.

In dem dicht bevölkerten Sachsen mit seinen großen Industriegebieten waren die Krisenerscheinungen des Jahres 1923 ganz besonders stark in Erscheinung getreten; Arbeitslosigkeit, Verelendung der Massen, Lebensmittelknappheit und Lohnbewegungen gaben dem Lande weithin das Gepräge. Am 30. Januar 1923 war das sozialdemokratische Kabinett Buck zurückgetreten, nach dem die KPD auf ihrem Parteitag in Leipzig ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Lipinski angenommen hatte. Daraufhin einsetzende wochenlange Verhandlungen zwischen KPD und VSPD zur Bildung einer Regierung, die die Aufgabe haben sollte, „die Massen gegen die verhängnisvolle und bankrotte Koalitionsregierung der Reichsregierung und für die Bildung einer Arbeiterregierung im Reiche zu mobilisieren und damit Sachsen zu einem Stützpunkt für die Schaffung einer Arbeiterregierung im Reiche zu machen“, waren zunächst gescheitert, da die VSPD die Forderung der KPD nach Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und Bewaffnung des Proletariats im Kampf gegen Faschismus und Kapital abgelehnt hatte.

Schließlich war es am 23. März 1923 mit Duldung der Kommunisten zur Bildung eines auf die VSPD sich stützenden Kabinetts Zeigner gekommen, nachdem dieser der KPD wenig-

stens die Bildung besonderer Abwehrorganisationen zum Schutz von Demonstrationen, Versammlungen und Eigentum der Arbeiterorganisationen zugesagt hatte. In seiner Regierungserklärung hatte Zeigner u. a. der Reichswehr „enge Beziehungen zu den reaktionären faschistischen Organisationen“ vorgeworfen und sie als „eine Bedrohung der Republik“ bezeichnet. Als Zeigner dann mit der Bildung proletarischer Hundertschaften in Sachsen begann, während sie überall im Reiche – auch in Preußen unter Severing – aufgelöst worden waren, und als er am 16. März 1923 in Niederplanitz in schärfster Form gegen die, wie wir gesehen haben, tatsächlich unfähige Regierung Cuno polemisierte, warnte ihn Mitte Juli die Reichsregierung; sie teilte ihm mit, daß, „wenn es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen käme, die Reichsregierung die Machtmittel rücksichtslos einsetzen werde, um einen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen“.

Differenzen zwischen dem Dresdener Wehrkreiskommando und Zeigner hinsichtlich der Durchführung einer Verfassungsfeier führten dazu, daß der Wehrkreisbefehlshaber, Generalleutnant Müller, im Auftrage des Reichswehrministers Geßler Zeigner mitteilte, daß er „bis zur Klärung verschiedener Fragen“ sich nicht mehr in der Lage sehe, mit ihm Beziehungen aufrechtzuerhalten. Als Antwort auf diese Brückierung forderte die sächsische VSPD, unterstützt von Zeigner, den Rücktritt Geßlers, was für die Reichsregierung wieder Veranlassung wurde, dem Generalleutnant Müller in Dresden im Gegensatz zu allen anderen Inhabern der vollziehenden Gewalt im Reiche keinen Regierungskommissar beizugeben, als im Zusammenhange mit dem Abbruch des Ruhrkampfes der Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt wurde. Generalleutnant Müllers erste Handlungen als Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen bestanden darin, daß er jedes Auftreten proletarischer Hundertschaften in der Öffentlichkeit verbot und allen Offizieren die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft verlieh.

Zeigner antwortete damit, daß er an Stelle von zwei auscheidenden Ministern der VSPD das Finanz- und das Wirtschaftsministerium mit Kommunisten besetzte, was Generalleutnant Müller wieder zum Anlaß nahm, die proletarischen Hundertschaften aufzulösen und die Abgabe ihrer Waffen einschließlich Munition zu fordern. Zeigner protestierte hiergegen, und der neue, der KPD angehörende Finanzminister Böttcher erklärte, daß die proletarischen Hundertschaften nunmehr erst recht aufgebaut würden. Generalleutnant Müller antwortete damit, daß er der sächsischen Regierung die Verfügungsgewalt über die Landespolizei nahm und sie kurzerhand der Reichswehr unterstellte; an ihre Spitze trat ein nunmehr auch für Sachsen eingesetzter Regierungskommissar namens Meier aus Zwickau, der zwar der VSPD angehörte, aber in schroffstem Gegensatz zu Zeigner stand. Als Zeigner

⁶⁵⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 382

gegen diese Maßnahme protestierte, forderte am 17. Oktober 1923 Generalleutnant Müller in ultimativer Form, befristet bis zum 18. Oktober 1923 um 11 Uhr vormittags, von ihm eine Erklärung, „ob das Gesamtministerium nach Geist und Wortlaut der Rede des Ministers Böttcher vom 13. Oktober 1923 die Geschäfte weiterzuführen gedenke bzw. was es zu tun gedenke, daß sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen“. Zeigner lehnte die Beantwortung ab. „Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig“, erklärte er im Landtage, worauf ihm Generalleutnant Müller mitteilte, daß er nunmehr die Erledigung der Angelegenheit dem Reichswehrminister Geßler übergeben habe.

Zwei Tage später, am 20. Oktober 1923, ließ Generalleutnant Müller Zeigner wissen, daß er von der Reichsregierung beauftragt sei, mit den ihm zur Verfügung stehenden Machtmitteln im Freistaat Sachsen wieder „geordnete Zustände“ herzustellen und aufrechtzuerhalten. Am Tage darauf begann die Reichsexekution. Die an sich in Sachsen stationierten Truppen wurden durch in 80 Militärtransporten anrollende Verbände aller Waffen aus Preußen, Mecklenburg, Hamburg, Württemberg usw. auf rund 80 000 Mann gebracht, die in drei Gruppen aufmarschierten. Der Einmarsch in Dresden erfolgte am 23. Oktober 1923. In Pirna, Freiberg, Großenhain, Meißen und dem damaligen Chemnitz kam es bei der Besetzung Sachsens zu blutigen Zusammenstößen, wobei es auf Seiten der Arbeiterschaft etwa 50 Tote gab.

Am 27. Oktober 1923 übersandte der Reichskanzler Stresemann Zeigner ein bis zum 28. Oktober befristetes Ultimatum, in dem er mit Bezugnahme auf die Nichtbeantwortung des Schreibens des Generalleutnants Müller vom 17. Oktober den Rücktritt des Kabinetts Zeigner oder die Ausbootung der beiden kommunistischen Minister forderte. Zeigner antwortete, „daß das Verlangen der Reichsregierung verfassungswidrig sei und er nur vom Landtag abberufen werden könne. Solange das nicht geschehe, bleibe er im Amt; er werde aber eine Äußerung des Landtages herbeiführen“. Generalleutnant Müller verbot daraufhin bis auf weiteres den Zusammentritt des Landtages.

Die Reichsregierung erließ nunmehr, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, eine Verordnung, die sie ermächtigte, die sächsische Regierung für die Dauer des Ausnahmezustandes ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen; zugleich ernannte sie den Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Heintze zum Reichskommissar für Sachsen. Dieser teilte den Mitgliedern der sächsischen Regierung ihre Absetzung mit und forderte sie auf, bis 14 Uhr ihre Ministerien zu verlassen. Da sie sich weigerten, erschien Punkt 14 Uhr die Reichswehr vor dem Regierungsgebäude und holte, während vor dem Gebäude eine Reichswehrkapelle den Dessauer

Marsch spielte, mit vorgehaltenen Waffen die Minister heraus. Am 30. Oktober erklärte Zeigner für sich und sein Ministerium den Rücktritt. Unter Mitwirkung des Reichskommissars wurde am 31. Oktober eine Minderheitsregierung unter dem Sozialdemokraten Fellisch gebildet, der vor Eintritt der beiden Kommunisten in die Regierung Zeigner dessen Wirtschaftsminister gewesen war.

Soweit in gedrängter Kürze der Verlauf der Dinge. Was hat nun von Seeckt mit alledem zu tun gehabt? Inwiefern muß man ihm den Vorwurf machen, im Falle Sachsen/Thüringen den wahren Interessen der Nation zuwidergehandelt zu haben?

Wir hatten im einleitenden Abschnitt „Die Zeit“ bereits nachgewiesen, warum seit der Jahrhundertwende allein die Arbeiterklasse noch legitimiert war, die nationalen Interessen Deutschlands zu vertreten und die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen. Und wir hatten dort auch die Situation Deutschlands im Krisenjahr 1923 analysiert und auf die grenzenlose Verelendung des deutschen Volkes hingewiesen, die die Inflation und der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet mit sich gebracht hatten und die durch Massenarbeitslosigkeit und Hunger gekennzeichnet war. Die Volksmassen hatten nicht mehr so weiterleben wollen wie bisher. Das hatte dazu geführt, daß die Front der KPD sich insofern erheblich verbreitert hatte, als sich auch viele der SPD zugehörige Arbeiter, werktätige Bauern, Teile des Kleinbürgertums und der Intelligenz zu gemeinsamem Handeln in der Erkenntnis zusammengefunden hatten, daß nur durch den Sturz der Regierung bzw. die Brechung der Macht der Monopolkapitalisten ihre Lebensinteressen gesichert werden könnten. Die ständige Erstarkung der revolutionären Bewegung hatte schließlich dazu geführt, daß die Regierung Cuno, unfähig, die Lage zu meistern, am 13. August 1923 ihren Rücktritt erklärt hatte.

Noch nie waren die Voraussetzungen für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in Deutschland so günstig gewesen wie in diesem Augenblick. Darüber gab sich der Nachfolger Cunos, Reichskanzler Stresemann, keiner Täuschung hin. Er war sich darüber klar, welches Los den deutschen Monopolkapitalisten drohte, wenn es nicht gelang, die revolutionäre Bewegung niederzuhalten. Um alle Kräfte gegen die revolutionären Elemente zusammenzufassen, liquidierte er als erste Amtshandlung den passiven Widerstand, d. h. er gab den Kampf um die Ruhr auf und kapitulierte vor dem französischen Imperialismus.

Am 22. September 1923 hatte in Berlin unter Vorsitz Stresemanns eine Beratung stattgefunden, an der der Minister des Innern, der Reichswehrminister und General von Seeckt teilgenommen hatten. Sie beleuchtet die damalige Situation blitz-

artig. Denn hinsichtlich der Ergebnisse dieser Beratung heißt es, unter den verantwortlichen Faktoren der Reichsregierung habe sich volle Übereinstimmung darüber ergeben, „daß gegenüber jedem Versuch, die Staatsgewalt zu erschüttern, von welcher Seite er auch kommen möge, sofort die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und die der Reichsregierung genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel eingesetzt werden.“⁶⁶⁾ Damit steht zunächst einmal fest, daß von Seeckt diesem Beschluß seine Zustimmung gegeben hat.

Die Frage der Realisierung dieses Beschlusses war akut geworden, als es zu den von uns geschilderten Differenzen zwischen dem Dresdener Wehrkreiskommando und Ministerpräsident Zeigner gekommen war und diese sich zu dem schweren Konflikt zwischen dem Reich und dem Lande Sachsen ausgeweitet hatten. Wir wissen, daß man von seiten des Reiches keinen Augenblick gezögert hat, den Konflikt mit Gewalt, d. h. durch Einsatz der Reichswehr zu lösen, obgleich es sich bei der Umbildung der Regierung Zeigner um eine völlig legale Maßnahme gehandelt hatte. Die Hereinnahme der beiden Kommunisten in die Regierung war mit Wissen des sächsischen Landtages erfolgt; der dieser Maßnahme, wenn auch mit einer relativ kleinen Mehrheit, ausdrücklich zugestimmt hatte. Das Recht hat also zweifellos beim Lande Sachsen bzw. beim sächsischen Ministerpräsidenten gelegen; durch die Vergewaltigung Sachsens und auch Thüringens – wir hatten schon darauf hingewiesen, daß in Thüringen die Dinge weitgehend analog verlaufen sind – ist eine im nationalen Interesse sich abzeichnende Entwicklung gewaltsam im Keime erstickt worden. Wer trägt die Schuld dafür?

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob von Seeckt mit all den Vorgängen so gut wie nichts zu tun gehabt habe. Die Reichswehrexekution gegen das Land Sachsen setzte am 21. Oktober ein; die gewaltsame Absetzung der Regierung Zeigner erfolgte am 28. Oktober. Während dieser ganzen Zeit lag die Ausübung der vollziehenden Gewalt beim Reichswehrminister Geßler, und erst am 8. November übertrug sie der Reichspräsident auf von Seeckt. Geßler hat übrigens auch selbst zugegeben, daß er für rücksichtsloses Vorgehen gewesen sei und dafür die Verantwortung trage. In seinen Memoiren „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit“ schreibt er:

„... Daß ich nötigenfalls immer zu energischen Maßnahmen bereit war, weil nur so und nicht mit Halbheiten und langen Verhandlungen Schlimmeres verhütet wird, daraus habe ich nie ein Hehl gemacht. Ich hatte beim Umsturz 1918 und in den letzten Jahren in Berlin reichlich Gelegenheit gehabt zu lernen...“⁶⁷⁾

⁶⁶⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 262

⁶⁷⁾ Ebenda, S. 260

Und es besteht auch kein Zweifel darüber, daß Reichspräsident Ebert es war, der sich für ein scharfes Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen eingesetzt hat, nachdem in die Regierungen dieser Länder Kommunisten aufgenommen worden waren, die er tödlich haßte. Im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ heißt es im vorletzten Absatz des VI. Kapitels bei der Erörterung der Ursachen, warum es den monopolkapitalistischen und militaristischen Kräften gelang, auch im Herbst 1923 ihre Position gegen den Ansturm der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten zu behaupten:

„Die Hauptursache dafür ... lag in der konterrevolutionären Politik der rechten Führer der SPD ... Die Bindung der rechten sozialdemokratischen Führer an die imperialistische Staatsmacht zeigte sich unter anderem darin, daß der sozialdemokratische Reichspräsident die Verantwortung für die Errichtung der Militärdiktatur und für den Einsatz von Reichswehreinheiten gegen verfassungsmäßig gebildete Landesregierungen, denen sozialdemokratische Minister angehörten, übernahm.“

Dieses Urteil ist absolut zutreffend. Da die gewaltsame Absetzung einer legal zustande gekommenen Landesregierung einen Verfassungsbruch darstellte, hat sich Ebert zweifellos dieses Verbrechens schuldig gemacht. Aber daraus nun etwa schließen zu wollen, daß von Seeckt keinerlei Schuld trafe, wäre irrig. Wohl lag im Augenblick der gewaltsamen Absetzung der sächsischen Regierung die vollziehende Gewalt beim Reichswehrminister Geßler, und von Seeckt war daher in diesem Augenblick nur ein die Befehle Geßlers ausführendes Organ; aber wozu Geßler von Seeckt aufforderte, war die Ausführung eines Verbrechens. Und da hatte von Seeckt – auch nach alten militärischen Grundsätzen – das Recht, die Ausführung des Befehls zu verweigern. Er hat von diesem Recht keinen Gebrauch und sich damit des an den Ländern Sachsen und Thüringen begangenen Verbrechens und des Verrats der nationalen Interessen mitschuldig gemacht. So und nicht anders liegen die Dinge. Ebert, Geßler und von Seeckt teilen sich in diese Schuld.

Es muß auffallen, daß die Reichsregierung bei Bereinigung der Konflikte, in die sie mit Bayern einerseits, mit Sachsen und Thüringen andererseits geraten war, mit zweierlei Maß gemessen hat, und in der breiten Öffentlichkeit ist darüber damals auch ausgiebig diskutiert worden. In Sachsen und Thüringen war man sofort eingeschritten; in Bayern, wo die Rechtsentwicklung seit langem sich abzeichnete und wo man die Absicht, die Reichsregierung zu stürzen, ganz offen ausgesprochen hatte, wartete man ab, bis der Putsch zur Tatsache geworden war. Das hatte natürlich seine Ursachen: in Sachsen und Thüringen handelte es sich um Kräfte der Linken, in Bayern um nationalistische Kräfte, die der Reichswehr und

von Seeckt näher standen. Von Seeckt hatte seit langem, bevor die Entwicklung in Bayern in ihr akutes Stadium trat, zu Kahr und auch anderen einflußreichen Persönlichkeiten Beziehungen unterhalten und genau wie auch Geßler manchen Vorgängen gegenüber ein Auge zugedrückt, jedenfalls durch inkonsequente Haltung die Entwicklung zugelassen, wenn nicht gar gefördert.

*

Nach Rückgabe der vollziehenden Gewalt ist von Seeckt dann noch rund zweieinhalb Jahre lang Chef der Heeresleitung gewesen. Bei Wertung seiner militärpolitischen Arbeit während dieser Zeit können wir uns kurz fassen, zumal vom Herbst 1924 an sein militärisches Auftreten immer mehr in den Vordergrund trat und er in der großen Politik immer zurückhaltender wurde, wenn auch seine Kontroversen mit Stresemann an Intensität noch zunahm. Zwei Dinge beschäftigten ihn in erster Linie (wenn wir von seiner Stellung zu Locarno absehen, die wir im Abschnitt „Generaloberst von Seeckt als Initiator realer Ostpolitik“ mit behandeln werden): die Frage der Annahme oder Ablehnung des Dawes-Planes und der ständige Ansturm der Alliierten, besonders Frankreichs, gegen seine Stellung und seine Befugnisse als Chef der Heeresleitung.

Von Seeckt war für Annahme des Dawes-Planes und war hochbefriedigt, als sie nach langem Hin und Her schließlich erfolgte; maßgebend für seine Auffassung war seine Befürchtung, daß die Nichtannahme eine Auflösung des Reichstages zur Folge haben würde, die er unter allen Umständen vermeiden wissen wollte. Der das ganze Jahr 1924 andauernde und sich noch ins Jahr 1925 erstreckende Ansturm der Alliierten gegen seine Befugnisse als Chef der Heeresleitung endete schließlich damit, daß eine Formel gefunden wurde, der er glaubte zustimmen zu können; nach ihr sollte der Chef der Heeresleitung künftig „ständiger Vertreter des Reichswehrministers und sein militärischer Berater“ sein. Das Ganze war mehr oder weniger ein Spiel um Worte: in der Praxis blieb alles beim alten.

Da starb am 28. Februar 1925 plötzlich Reichspräsident Ebert. Das war für von Seeckt eine sehr unliebsame Überraschung. Wir wissen, daß er sich ernstlich mit dem Gedanken trug, Eberts Nachfolge anzutreten. Im Moment, wo Ebert die Augen zutat, steckten aber von Seeckts Vorbereitungen hierzu, mit denen er von Schleicher beauftragt hatte, noch in den Anfängen. Von Schleicher erklärte ihm, es ließe sich nichts machen; die für die Vorbereitung seiner Kandidatur zur Verfügung stehende Zeit sei zu kurz. Von Seeckt leerte die ganze Schale seines Ärgers auf von Schleicher aus, der sich durch von Seeckt ungerecht behandelt fühlte, ins Lager Stresemanns übergang und auf den Sturz von Seeckts hinzuwirken begann.

Er hat daraus auch gar kein Hehl gemacht. Nach von Seeckts Sturz sagte von Schleicher zu von Seeckts einstigem Adjutanten von Linstow: „... Wenn mich jemand so behandelt, wie Seeckt es getan hat, dann zeige auch ich meine Zähne und wehre mich meiner Haut.“⁶⁸⁾ Tatsache ist jedenfalls, daß von Seeckts politischer Einfluß von dem Tage an, wo von Schleicher sich ihm versagte und nur noch für die eigenen Interessen zu arbeiten begann, merklich zu sinken anfang. Näher darauf einzugehen ist hier nicht der Ort.

Nach dem Scheitern seiner eigenen Kandidatur hat von Seeckt auf die Präsidentschaftswahl keinen Einfluß mehr genommen. Die Wahl von Hindenburgs war mit einer gewissen Schwächung seiner eigenen Stellung verbunden. Bisher hatte von Seeckt sich bemüht, die Reichswehr mit seiner Person zu identifizieren; jetzt mußte er erleben, daß hinsichtlich der Reichswehr von verschiedenen Seiten versucht wurde, auf von Hindenburg Einfluß zu nehmen, was sein alter Widersacher Stresemann natürlich nicht ungerne sah. So wird es auch verständlich, daß das Verhältnis zwischen von Hindenburg und von Seeckt über das einer kühlen Korrektheit nicht hinausgekommen ist.

Eine ganze Reihe von Kräften arbeiteten nunmehr gegen von Seeckt, so daß man die zu seinem Sturz am 8. Oktober 1926 führende sogenannte „Prinzenaffäre“ nur als den auslösenden Anlaß ansehen kann; vorbereitet war der Sturz von Seeckts von langer Hand. Von Seeckt hatte, ohne Geßler zu verständigen, seine Zustimmung gegeben, daß Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des deutschen Kronprinzen, einige Monate in der Reichswehr Dienst getan hatte. Dieser Tatsache bemächtigte sich von Schleicher und brachte sie, sich selbst im Hintergrund haltend, in die Presse. Geßler konnte an dieser Pressemeldung, die großes Aufsehen erregte, unmöglich vorübergehen. Er hatte von Seeckts Politik während des Ausnahmezustandes in mehr als einem Punkte nicht gebilligt. Aber auch schon vorher war das Verhältnis der beiden Männer getrübt gewesen. Der süddeutsche warmherzige Geßler und der kalte, norddeutsche Verstandesmensch von Seeckt haben trotz jahrelanger Zusammenarbeit nie zueinandergefunden. Geßler schreibt:

„... Es belastete mich noch mehr menschlich als politisch, daß es zu einer guten Zusammenarbeit mit Seeckt nicht gekommen ist; sie hätte nun einmal auch menschliche Beziehungen bedingt. Mein persönlicher Verkehr mit dem General war und blieb sehr gering ... Das Verhalten Seeckts belastete mit den Jahren mich nicht nur menschlich, sondern auch meine Position im Hause.“⁶⁹⁾

Erstaunlich ist nur, daß, wie Hoßbach schreibt, „Seeckt und

⁶⁸⁾ Erfurth, Waldemar, a. a. O., S. 117

⁶⁹⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 291 und 293

Geßler ein zuverlässiges Heer als konstante Größe in den politisch labilen Zuständen der Weimarer Republik geschaffen haben“⁷⁰⁾. Möglich geworden ist das aus verschiedenen Gründen. Einmal hat dazu beigetragen, daß auch Geßler nicht überzeugter Republikaner, sondern nur „Vernunftrepublikaner“ gewesen ist; das hat seine Zusammenarbeit mit all den Offizieren begünstigt, die den gleichen Vorbehalt hegten. Sie fühlten sich von ihm verstanden; sie wußten, daß er „Verständnis für die seelischen Nöte der alten Offiziere hatte“, wie ihm General von Tschischwitz einmal ausdrücklich bestätigt hat.

Zum andern hat Geßler für den Neuaufbau der Reichswehr an sich zweifellos viel Tüchtiges geleistet. Gewiß: er ist während der acht Jahre, in denen er in dreizehn Kabinetten ununterbrochen Reichswehrminister — „Reichswehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit“, wie man scherzend sagte — war, oft heftiger Kritik ausgesetzt gewesen, ganz besonders auch aus den Reihen seiner eigenen Partei (Deutsche Demokratische Partei). Man hat ihm allzu große Nachgiebigkeit gegenüber von Seeckt vorgeworfen, Mangel an Verständnis für die Demokratisierung der Armee, Fabrikation amtlicher Lügen und vieles andere mehr — mancherlei davon sicher mit Recht. Aber als er auf eigenen Wunsch aus dem Dienst schied, hat die Presse in ihren Kommentaren zum Rücktritt verschiedentlich zwar noch manches an ihm auszusetzen gehabt, im großen gesehen ihm aber bescheinigt, daß er sich Anspruch auf Dank erworben habe. In der Berliner Volkszeitung schrieb damals Otto Nuschke:

„Mann des Ausgleichs ... die deutsche Republik hat nicht sehr viele Männer, die als fähige Politiker größeren Formats gewertet werden dürfen. Geßler ist einer von ihnen. Trotz allem!“

Und schließlich ist von Seeckt und Geßler die Schaffung der Reichswehr auch deshalb mit möglich geworden, weil Geßler in seiner vornehmen Art mehr als einmal von Seeckt gegen Angriffe gedeckt hat.

Aber es ist auch verständlich, daß Geßler das in der Prinzenaffäre nicht getan hat, weil er es, so wie die Dinge lagen, ohne Erschütterung der eigenen Stellung einfach nicht konnte. Es ist nicht recht verständlich, was den sonst so klugen und vorsichtigen von Seeckt veranlaßt haben mag, ohne mit Geßler oder der Regierung Fühlung zu nehmen, den Prinzen in der Reichswehr Dienst tun zu lassen. Für diesen Fall kann man jedenfalls das sonst für von Seeckt durchaus zutreffende und von uns im Abschnitt „Der Mensch“ zitierte Geßlersche Urteil nicht gelten lassen, daß er „es ausgezeichnet verstanden habe, sich nach keiner Seite hin zu kompromittieren“. Hier ist von

⁷⁰⁾ Hossbach, Friedrich, Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem zweiten Weltkriege, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1948, S. 90

Seeckt sich über die möglichen Folgen seiner Handlungsweise zweifellos nicht im klaren gewesen. Wenn er in der Aussprache, die im Zusammenhang mit der Affäre stattfand, zu Geßler sagen konnte, „er habe selbst, aus Gründen der Tradition, die Einstellung verfügt und übernehme die Verantwortung“, so ist klar, daß er die Tragweite seiner Handlungsweise nicht erkannt hat. Er ist sich anscheinend gar nicht bewußt geworden, daß es sich beim Prinzen Wilhelm nicht um einen x-beliebigen Prinzen, sondern um den deutschen Kronprätendenten handelte. Er hat völlig übersehen, daß damit das Ganze keine rein militärische, sondern eine hochpolitische Angelegenheit war, zumal der Vorgang auch zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Reichswehr betreffende internationale Verhandlungen im Gange waren. Daß diese Wertung zutrifft, geht auch aus dem Buche „L'armée allemande“ hervor, in dem der französische Historiker Benoist-Méchin schreibt: „Les alliés parlaient déjà de soumettre le cas à la Conférence des ambassadeurs.“^{*})

Man kann es Geßler also nicht verdenken, wenn er nicht gewillt war, die Handlungsweise von Seeckts vor dem Reichstag zu vertreten; er meldete den Vorfall dem Reichspräsidenten und beantragte von Seeckts Verabschiedung. Von Hindenburg sah sich nicht in der Lage, von Seeckt zu halten. Am 6. Oktober 1926 forderte Geßler von Seeckt auf, sein Abschiedsgesuch einzureichen, was von Seeckt auch umgehend getan hat. Einflüsterungen, sich zum Diktator zu machen, notfalls auch gegen von Hindenburg, hat von Seeckt damals weit von sich gewiesen; „es handele sich nicht um seine — von Seeckts — Person, und er könne um seiner Person willen nicht die Reichswehr Experimenten aussetzen“.⁷¹⁾ Gelernt aber hat von Seeckt aus dem Vorfall merkwürdigerweise nichts; anderenfalls hätte er in seinen „Bemerkungen zu meiner Verabschiedung“ am 14. Oktober 1926 nicht schreiben können:

„Die Affaire war an sich unbedeutend, leicht zu ertragen, leicht aufzuklären, leicht zu mißbilligen. Stelle man die Öffentlichkeit, auch das Parlament, vor die Frage, ob die ganze Sache meinen Rücktritt wert sei, ob der angebliche Verstoß meinen Kopf fordere, so wäre die Antwort für mich ausgefallen.“⁷²⁾

Diese Auffassung hat selbst sein ihm wohlgesinnter Biograph von Rabenau nicht gutheißen können; als er von Seeckts „Bemerkungen zu meiner Verabschiedung“ wiedergab, hat er die betreffende Stelle zu Recht mit einem Fragezeichen versehen. — Im Ausland, besonders in Frankreich, atmete man auf, als von Seeckt gestürzt war. Wie man ihn dort einge-

^{*}) „Die Alliierten sprachen bereits davon, den Fall der Botschafterkonferenz unterbreiten zu wollen.“

⁷¹⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 536

⁷²⁾ Ebenda, S. 558

schätzt, wie man ihn gefürchtet und gehaßt hatte, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß Paris auf die Nachricht von seinem Sturze hin in Teilen beflaggt war und daß man Freiherr von Lersner gegenüber in Paris erklärte: „Jetzt ist für uns ein deutsches Bollwerk gefallen.“⁷³⁾

4. Generaloberst von Seeckt als Initiator realer Ostpolitik

Als im März 1962 im Nationalen Dokument die Person des Generalobersten von Seeckt für viele überraschend wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wurde und man sich mit seiner Person zu beschäftigen begann, sind auch Stimmen laut geworden, die behaupteten, daß von Seeckt letzten Endes nichts anderes getan habe, als daß er den fallengelassenen Faden wieder aufgenommen und nur an von Bismarcks Politik wieder anknüpft habe. Eine solche Betrachtungsweise aber sieht die Dinge nur an der Oberfläche. Sie zeigt, daß die, die so reden und denken, nicht recht wissen, was es mit von Bismarcks Politik Rußland gegenüber auf sich hatte. Das Kernstück dieser Politik ist der sogenannte Rückversicherungsvertrag vom Jahre 1887 gewesen, bei dem von Bismarck, bereits mit Österreich-Ungarn und Italien im Bunde, hinter deren Rücken mit Rußland einen Geheimvertrag über gegenseitige Neutralität unterzeichnete und damit das sich damals anbahnende Bündnis zwischen Frankreich und Rußland durchkreuzte. Denen, die in von Seeckts Ostpolitik nichts anderes sehen – oder sehen wollen – als eine Fortsetzung der Bismarckischen Politik, hat von Seeckt, der an und für sich ein großer Bismarck-Verehrer war, auch selbst die Antwort gegeben, und zwar auf einer am 31. März 1931 von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Bismarck-Feier. Anlässlich dieser Feier sagte er über von Bismarck unter anderem:

„... Durch die Arbeit seines ganzen Lebens zieht sich die Sorge um unsere Ostgrenze; sie verkörperte sich in seinen Bestrebungen um das Verhältnis zu Rußland. Seit Bismarcks Zeiten haben sich die Voraussetzungen der deutsch-russischen Beziehungen, der politischen wie der territorialen, so gründlich geändert, daß es schwerfällt, aus jener Zeit Richtlinien für die Gegenwart und Zukunft abzuleiten, obwohl das Gewicht der großen östlichen Macht und seine Einwirkung auf uns – wenn auch in veränderter Form – sich nicht gemildert, eher verstärkt hat. Rußland bleibt wie zu Bismarcks Zeiten, in welchem Sinne es auch sei, von maßgebendem Einfluß auf die Wege unserer Politik...“

⁷³⁾ Schmidt-Pauli, Edgar von, a. a. O., S. 140

Und am 11. September 1922 schreibt von Seeckt in einer an Ebert gerichteten Eingabe:

„... Man tut gut ..., irreführende Parallelen mit Bismarckischer Politik beiseite zu lassen und aus ihr für uns nur den Grundsatz abzuleiten, in jedem Augenblick deutsche Politik zu machen, d. h. zu prüfen, wie man unter der Annahme, daß jeder Staat nur egoistische Politik treibt, diese Interessen der anderen zum Vorteil der eigenen heute für morgen und für die Zukunft ausnutzt...“

Von Seeckt war sich weitgehend darüber klar, welche Rolle in Zukunft das im Osten neu erstandene sozialistische Staatswesen mit seinem unerschöpflichen Menschenreservoir, seinen Bodenschätzen und mit der Weite seines Raumes einmal spielen würde, und als Realpolitiker ergab sich für ihn daraus die Schlußfolgerung, daß es darauf ankomme, aus Gründen der Vernunft mit diesem Staatswesen Hand in Hand zu gehen. Wie aber und in welcher Form konnte oder mußte das geschehen? Von Seeckt war, klassenmäßig der Bourgeoisie zugehörig, in seiner ganzen Denkweise dem Imperialismus verhaftet, dessen Politik die Expansion um jeden Preis war, also reine Machtpolitik. Da die deutschen Imperialisten nach dem Zusammenbruch von 1918 an der Macht geblieben und die tatsächlichen Beherrscher der Weimarer Republik geworden waren, war es für von Seeckt klar, daß sie – und das deckte sich durchaus mit seiner eigenen Auffassung – sich mit der durch das Versailler Friedensdiktat geschaffenen Lage nicht abfinden, sondern über kurz oder lang versuchen würden, im Wege der militärischen Aggression das Verlorene wiederzugewinnen und darüber hinaus ihre Machtsphäre noch zu erweitern. Insoweit schwamm von Seeckt also durchaus im Strome der deutschen Imperialisten.

In einer Hinsicht aber unterschied er sich von ihrer Masse. Ihre aggressiven Pläne zielten gegen den Osten, und hier fand sich der deutsche Imperialismus mit dem der Westmächte. Beide sahen im Sozialismus bzw. Kommunismus ihren Todfeind, der, koste es was es wolle, aus dem Wege geräumt werden mußte. An Versuchen der Westmächte, Deutschland in dieser Beziehung vor ihren Wagen zu spannen, hat es denn auch nicht gefehlt, und bei der Masse der deutschen Militaristen fanden diese Bestrebungen der Westmächte ein lautes Echo. Aber nicht bei von Seeckt. Für ihn kam die Stoßrichtung nach Osten nicht in Frage. Denn für ihn bestand kein Zweifel darüber, daß jeder Versuch, die junge Sowjetmacht gewaltsam aus den Angeln zu heben, mit einem kläglichen Fiasko für die Aggressoren enden mußte. Daher kam für ihn nur der Stoß nach Westen in Frage, und zwar im Verein mit der Sowjetunion; die sowjetischen Menschen und das sowjetische Material wollte er in den Dienst eines deutschen Revanchekrieges gegen die Westmächte stellen. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis für die Tatsache, daß von Seeckt als

überzeugter Antikommunist die Weimarer Republik militärisch so eng wie möglich an den Sowjetstaat zu binden suchte. Die militärpolitische Konzeption von Seeckts unterschied sich also zwar graduell, im Grunde jedoch nicht qualitativ von der ansonsten als dominierend anzutreffenden Variante der deutschen Militaristen, möglichst mit den Westmächten gemeinsam gegen die Sowjetunion aggressiv vorzugehen. Diese Tatsache dürfen wir in keinem Augenblick aus den Augen verlieren, wenn wir die nachstehenden Ausführungen über von Seeckts außenpolitische Ansichten wirklich verstehen wollen.

Zu seiner Einschätzung der Bedeutung der Sowjetunion für die Geschicke Deutschlands hat sich von Seeckt schon frühzeitig durchgerungen, obgleich er in seinem Innern, alles andere als ein Freund der revolutionären Arbeiterbewegung gewesen ist: dabei hat vielleicht auch seine Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen eine gewisse Rolle gespielt. Schon während des ersten Weltkrieges hat von Seeckt die Bedeutung Rußlands und dann des jungen Sowjetstaates für Deutschland klar erkannt und sich für ein Zusammengehen mit ihm eingesetzt. Am 21. Dezember 1914 (!) schreibt er an den Landesdirektor von Winterfeldt-Menkin:

„Man wird mit Frankreich nur als völliger Sieger und absoluter Herr, der ihm keine Wahl läßt, oder als Besiegter verhandeln können. Es ist ja ganz auffällig, wie überall eine gewisse Sympathie für Frankreich bei uns fortbesteht, trotzdem doch eigentlich dies den Nährboden abgab für jede Deutscheindlichkeit. Mir ist das ganz wohl verständlich, und ich teile diese Hinneigung, soweit sie auf Kultur und ähnliches sich bezieht, durchaus; doch ist diese Frage recht praktisch zu nehmen und sieht sich wohl auch anders an unter dem Geräusch der Kanonen. Das Ausschlaggebende ist aber doch wohl die praktische Frage: Wer gibt uns das beste Sprungfeld gegen England? Das muß m. E. auf lange Zeit hinaus das maßgebende Ziel unserer Politik bleiben, sich diese Unterstützung zu schaffen. Es wird uns gar nichts anderes übrigbleiben, denn ich halte eine wirkliche Beendigung unseres Kampfes mit England jetzt für ausgeschlossen. Sie wird voraussichtlich aufgeschoben werden und dann in einer zweiten und dritten Entladung zum Ende führen. Für diesen Kampf wäre mir Frankreich als Bundesgenosse schon willkommen, und geographisch wäre die Wahl nicht schwer. Nur ist Frankreich ein schwacher Bundesgenosse, selbst wenn er zu haben wäre. Also Rußland. Es hat, was uns fehlt. Alle Kräfte können für den Endkampf mit England zusammengehalten werden. On ne se marie pas avec un cadavre? *) Warten wir ab! Gewisse Lebenskräfte sind unerschöpflich...“

*) Man verheiratet sich nicht mit einem Leichnam?

Und gegen Ende des ersten Weltkrieges, am 3. Oktober 1918, schreibt er:

„... Es ist schwer, in diesen Tagen der großen Erschütterungen und auf dem schwankenden Boden der Tagesnachrichten den festen Beobachtungsstand zu erreichen, von dem die werdende Lage zu beurteilen ist. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß Sie meinen kurzen Betrachtungen Interesse entgegenbringen, um zu sehen, wie sich im Kopfe eines Mannes Gegenwart und Zukunft malt, der seit langem nur auf der Peripherie der Ereignisse (Anm. des Verfassers: von Seeckt war damals Generalstabschef in der Türkei), den Blick nach dem Zentrum zu lenken gewohnt wurde. Wir haben unsere Kräfte überschätzt. Sie reichten nicht aus, um im Westen die Waffenentscheidung zu erzwingen, gleichzeitig die anderen Fronten zu stützen und im nahen und fernen Osten damals Expansionspolitik zu treiben. Es liegt mir vollkommen fern, nachträglich Kritik auf militärischem oder politischem Gebiet üben zu wollen. Ich bin persönlich vom ersten Tag an ein überzeugter Anhänger der ‚Westfront‘ gewesen und habe eine frühzeitige oder rechtzeitige, aber vollständige Verständigung im Osten für erstrebenswert und zeitweise für möglich gehalten... Zu Frankreich werden wir in absehbarer Zeit in ein erträgliches Verhältnis nicht kommen können. Über Rußland wird man sich verständigen können...“⁷⁴⁾

Und am 13. April 1919 schreibt von Seeckt an eine andere ihm etwas ferner stehende Persönlichkeit mit Bezug auf einen Artikel der DAZ vom 10. April 1919:

„... Man spricht von der Härte der zu erwartenden Bedingungen und lehnt sie ab, ohne sie zu kennen. Ich teile die Überzeugung, daß sie hart sein werden... Sie ziehen klar die Folgerung aus der Ablehnung der Bedingungen, und diese lautet: Krieg gegen Westen unter Anschluß an den Osten. Dieser Krieg war einst — seit langen Jahren — für mich eine feststehende Notwendigkeit und ist auch meine Aussicht für eine ferne Zukunft...“⁷⁵⁾

Ich sagte bereits, daß von Seeckt im Innersten seines Herzens alles andere als ein Freund der revolutionären Arbeiterbewegung gewesen sei. Hierfür gibt es viele Belege. Am eindeutigsten und unwiderlegbar geht das auch aus dem zuletzt von uns zitierten Briefe hervor. Da heißt es u. a.:

„... Ihre Meinung geht dahin, daß der Westen gegen den Bolschewismus gefeit sei. Ich glaube das nicht. Es kann sein — und ich hoffe es, daß es der Klugheit seiner Staatsmänner und der Einsicht seiner Massen gelingt, ihn fern-

⁷⁴⁾ Rabenau, Dr. h. c. Friedrich von, Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, S. 91

⁷⁵⁾ Ebenda, S. 156/157

zuhalten, der Weltrevolution einen Damm entgegenzustellen . . . Sie sagen diesem Willen entschlossen Fehde an. Sie sind folgerichtig, aber — verzeihen Sie mir die Offenheit, wenn ich Ihre Auffassung einseitig trotz ihrer Internationalität nenne. Sie . . . sehen in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Weltgeschichte. Sie selbst und Gleichgesinnte haben den Sieg der Arbeiterschaft mit dem Sieg Deutschlands verknüpft geglaubt und sehen als Fortsetzung des Krieges die Weltrevolution in Ihrem Sinne. Der andere Teil Ihrer Parteigenossen sah den Sieg des neuen Sozialismus in der Niederlage des deutschen Imperialismus und handelte entsprechend . . . Jetzt rufen Sie, um siegreich die Arbeiterherrschaft, die Weltrevolution, wie sie es nennen, weiterzutragen, die Hilfe des östlichen Bolschewismus herbei . . .

Ich bitte mich nicht so zu verstehen, als ob ich glaubte, Sie öffneten dem russischen Bolschewismus bedingungslos die deutsche Tür; aber Sie sehen in ihm . . . doch etwas Brauchbares, und, mehr als das, etwas in gemilderter Form für uns Erwünschtes. Und hier scheiden sich unsere Auffassungen von Grund aus . . . Zusammengefunden haben wir uns bisher in dem gemeinsamen Bestreben, unserem Volk den Schrecken des inneren und äußeren Bolschewismus nach Möglichkeit zu ersparen. In diesem Bestreben und in ruhiger Beurteilung der realen Verhältnisse haben ich und mit mir viele andere durch die Mitarbeit ein Opfer unserer Überzeugung gebracht, ohne sie aufzugeben. Es ist nötig, dies festzustellen; denn auf dem Wege zum Bolschewismus in jeder Form hört ein Mitgehen von unserer Seite auf. Man kann den Bolschewismus für unvermeidlich halten und kann sich seine Gedanken machen, ob und wie es möglich sein wird, bei seinem Hereinbrechen noch etwas für das Vaterland zu retten, aber ihn bei uns für etwas anderes als ein schweres Weltunglück, als den Todfeind allen öffentlichen Lebens zu betrachten, das vermag ich nicht.

Man irrt sich, wenn man glaubt, dem Bolschewismus eine deutsche Form geben zu können . . . Überall entgleitet die Arbeiterschaft der Führung. Noch hält z. T. der Damm im Reich, weil sich der regierende Teil auf die bürgerlichen Elemente, die mühsam geretteten und noch mühsamer wieder aufgebauten Reste des Heeres und auf die besonnereren, weil geschulteren Teile der Arbeiterschaft stützen kann. Wo dieser Damm bricht, geht es rettungslos abwärts in das Chaos, den Terror. Zeigen Sie mir in Deutschland bei den Bewegungen auch nur eine Spur von Gemeinsinn, von Erkenntnis dafür, daß wir alle arbeiten und essen müssen, von einer fruchtbaren Idee. Ich sehe keine; ich sehe nur Verblendung und krassen Eigennutz. In allen den schweren Stunden der letzten Monate

habe ich festgehalten an meiner Überzeugung: das Vaterland über die Partei. Das Vaterland will mir die Weltrevolution nehmen; aber auch das zweite, was mir höher steht als die Partei: die Geisteskultur, und mit den beiden alles, was das Leben lebenswert macht. Daneben spielt der materielle Zusammenbruch, den der Bolschewismus oder Kommunismus in jeder Form zur Folge hat, kaum eine Rolle, aber namenloses Unglück wird er über das ganze Volk, auch über die siegreiche Arbeiterschaft, bringen und nicht nur Deutschland, sondern Europa um Hunderte von Jahren in der Entwicklung zurückwerfen.“

Man wird also beim besten Willen nicht behaupten können, daß von Seeckt „prosovjatisch“ eingestellt gewesen ist. Im Gegenteil: er hat den Kommunismus völlig falsch gesehen und seines wahren Wesens keinen Hauch verspürt. Diese seine antikommunistische Einstellung wird man sich immer vor Augen halten müssen, wenn man von Seeckts Ostpolitik richtig einschätzen will. Sein Ziel war es lediglich, die gewaltigen Kräfte, die im Osten mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution frei geworden waren, einem imperialistischen Deutschland außenpolitisch und wirtschaftlich nutzbar zu machen, ohne sie innenpolitisch in diesem Deutschland Einfluß gewinnen zu lassen. Mit anderen Worten: er wollte die Sowjetunion für die Interessen des deutschen Imperialismus mißbrauchen. Und dementsprechend hat er im Rahmen des Möglichen auch gehandelt.

Nur einmal schien von Seeckt im Begriff gewesen zu sein, von dieser Linie abzuweichen. Das war im Juli 1920 der Fall, als er im Verlaufe des von Polen inszenierten Krieges gegen die junge Sowjetmacht irrtümlicherweise damit rechnete, daß die sowjetischen Armeen in Verfolgung der geschlagenen Polen an die deutschen Grenzen verstoßen oder sie überschreiten und damit Deutschland und Sowjetrußland unmittelbar territorial miteinander in Berührung kommen würden. Das hat von Seeckt Veranlassung gegeben, in einer eingehenden, vom 26. Juli 1920 datierten und an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Außenminister und den Reichswehrminister gerichteten Denkschrift zur deutschen Innen- wie Außenpolitik Stellung zu nehmen. Soweit die Innenpolitik dabei in Frage kommt — zur Außenpolitik werden wir an anderer Stelle noch eingehend Stellung zu nehmen haben —, führte von Seeckt in dieser Denkschrift aus:

„ . . . Auf unser Volk wirken die Ideen der russischen Revolution mit mächtiger Anziehungskraft. Mit Waffengewalt sind solche Entwicklungen auf die Dauer inmitten großer weltgeschichtlicher Krisen nicht niederzuhalten. Es kommt also darauf an, daß man sie selbst aufgreift, um sie zu führen und der Zukunft des Volkes dienstbar zu machen. Einen Kampf gegen Rußland würden weite

Schichten des deutschen Volkes als einen Kampf gegen ihre neuen Ideale auffassen; er würde zu immer neuen Erhebungen führen, die, selbst wenn sich die Staatsgewalt zunächst durchsetzte, doch jede – auch politische – Stoßkraft nach außen lähmen müßten. Also ein Kampf gegen Rußland wäre nicht mit dem ganzen Volke als einheitlichem Träger dieses Kampfes zu führen; er wäre schon deshalb aussichtslos. Er würde uns einen scharfen Widerstand breiter Massen und am Ende wahrscheinlich den Bolschewismus im Innern in schlimmster Form bringen... Und schließlich würden die bolschewistischen Machthaber in Deutschland doch auf Rußlands Seite treten, also den Weg gehen, den eine weitgehende deutsche Politik mit Rücksicht auf das eigene Volk von Anfang an ins Auge fassen sollte... Gleichzeitig muß die Staatsgewalt über die Machtmittel verfügen, um sich im Innern durchzusetzen und nach außen zu wirken. Dazu braucht sie ein politisch intaktes scharf diszipliniertes Heer mit Führern, die die neue Zeit und die Not ihres Volkes verstehen.

Der entschiedene Einsatz dieses Machtmittels zur Aufrechterhaltung der Staatsgewalt ist nötig. Noch wichtiger aber ist es, daß die Regierung durch innere Reformen den jetzigen Kämpfen begegnet. Diese liegen auf dem weiteren Vorgehen auf dem mit dem Betriebsrätegesetz von dem Reichswirtschaftsrat eingeschlagenen Wege, auf dem Wege der ‚Arbeitsgemeinschaft‘, auf dem Wege zu berufsständischer Mitarbeit des Volkes durch ein organisch aufgebautes Rätssystem, auf dem Wege zur Vergessellschaftung der Großproduktion von Kohle und Eisen, auf dem Wege endlich der Bodenreform. Entschlossen und schnell müssen die neuen Wege beschritten werden. Gewiß eine ungeheuer schwere Aufgabe! Wir wollen und müssen aber durch Handeln der bolschewistischen Agitation den Wind aus den Segeln nehmen, Subjekte des Handelns, nicht Objekte fremder Einwirkung werden.“

Das sind gewiß ungewöhnliche Worte aus dem Munde eines wilhelminischen Generals, und man könnte in diesen Worten vielleicht einen prinzipiellen Widerspruch zu den Anschauungen erblicken, die von Seeckt in seinem von uns wiedergegebenen Briefe vom 13. 4. 1919 geäußert hat. Dem ist aber nicht so. Beide Male wird seine Absicht ersichtlich, mit den jeweils von der konkreten Situation her als geboten erscheinenden Mitteln die Klassenherrschaft der deutschen Großbourgeoisie zu retten und Voraussetzungen für die Verwirklichung der Aggressionspläne der deutschen Militaristen zu schaffen. Daß von Seeckt 1920 die außenpolitischen Umstände falsch gesehen hat, daß wider all sein Erwarten die Truppen der jungen Sowjetmacht die deutschen Grenzen nicht überschritten, ja daß die Polen sie zurückschlügen und Sowjet-

rußland zu dem schmerzlichen Frieden von Riga zwangen, ist eine andere Frage.

Ebert hat, das muß offen zugegeben werden, Mitte Juli 1920 die militärische Lage im Osten richtiger beurteilt als von Seeckt. Er hat sich durch dessen Alarmrufe nicht aus der Ruhe bringen lassen; er hat zugewartet, und als das Blatt an der Front sich wendete, hat er nicht die geringste Neigung verspürt, irgendwelche politischen Zugeständnisse im Innern zu machen, wie sie von Seeckt ihm empfohlen hatte. Das darf nicht wundernehmen, da Ebert als Mehrheitssozialist sich zeitweilig in scharfer Frontstellung gegen die KPD befunden und daher auch für die durch von Seeckt propagierte Annäherungspolitik an die Sowjetunion wenig, um nicht zu sagen keinen Funken von Verständnis aufgebracht hat. Von Seeckt hat, als die Dinge anders liefen, als er erwartet hatte, von seinen innenpolitischen Reformvorschlägen, bald nichts mehr wissen wollen.

Verfolgen wir nun von Seeckts Annäherungspolitik an Sowjetrußland im einzelnen! Daß er bereits während des Krieges das Heil in einer Verständigung und einem Zusammengehen mit Rußland bzw. Sowjetrußland gesehen hatte, wissen wir bereits.

Das Jahr 1919 stellte von Seeckt mit der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum auf eine harte Probe. Auf die außerordentlich komplizierten damaligen Vorgänge in Lettland und Litauen kann und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Tatsache ist jedenfalls, daß die Alliierten in Auswirkung des Versailler Diktats die Räumung des Baltikums von den deutschen Truppen verlangten. Von Seeckt kaum außerordentlich widerwillig dieser Forderung der Entente nach. Die mit seinem Räumungserlaß vom 9. Mai 1919 verbundenen heftigen Anfeindungen rechtsradikaler Kreise ließen ihn kalt; aber er sah im Baltikum nicht einfach das Baltikum schlechthin, sondern für ihn war es die „baltische Brücke“, die Brücke zu Sowjetrußland, die mit der Räumung verlorenging und deren Bestehenbleiben er wirtschaftspolitisch für die staatliche Zukunft Deutschlands als mitentscheidend ansah. Mit der Räumung des Baltikums war es dem Zugriff der Alliierten im Zuge ihrer Interventionspolitik preisgegeben und die Landverbindung zwischen Deutschland und Sowjetrußland unterbrochen. Die Tatsache, daß von Seeckt sich gute außen-, militär- und wirtschaftspolitische Beziehungen zu einem anderen Staat nur unter der Voraussetzung einer militärischen Okkupation der dazwischenliegenden „Pufferstaaten“ durch einen der beiden großen Partner vorstellen konnte, ist typisch für sein borniert-imperialistisches Denken.

Das Jahr 1920 ist das Jahr des polnisch-sowjetrussischen Krieges. Nachdem es der Entente und insbesondere England nicht gelungen war, in den sogenannten Interventionskriegen zusammen mit den weißgardistischen Generalen Wrangel,

Kolttschak, Denikin usw. Sowjetrußland niederzuwerfen, wurde im April 1920 der Schützling Frankreichs, Polen, gegen Sowjetrußland ausgespielt. Von Seeckt hat es, schon als dieser Krieg nur erst drohte, klipp und klar abgelehnt, mit Polen zu gehen und Deutschland zum Landsknecht der Entente werden zu lassen. Für ihn wäre eine solche Handlungsweise ein schwerer Fehler gewesen. Bereits am 31. Januar 1920 schrieb er hierüber in einem Briefe:

„... Über unsere im Osten eingeschlagene Politik sind feste Richtlinien der Regierung nicht erkennbar oder vorhanden. Ich beurteile die Stimmung dahin, daß ich glaube, man hat in manchen Kreisen Hinneigung zum Sowjettum auf Grund innerer Verwandtschaft. Andererseits möchte man gern der Entente gefällig sein und wäre vielleicht zu einer Bekämpfung Rußlands im Dienste der Entente bereit. Ein solches Vorgehen wird auch in anderen Kreisen propagiert..., teilweise gestützt durch Hoffnungen auf Churchill. Es laufen in den hier vertretenen Bestrebungen verschiedene Interessen zusammen.

Das Problem Rußland ist nach meiner Ansicht wie folgt zu beurteilen: Aktiven Einfluß auf die innere Entwicklung dort können wir nicht nehmen, übrigens auch die Entente auf direktem Wege nicht oder doch nur an den äußeren Grenzen. Da ich die zukünftige politische und wirtschaftliche Einigung mit Groß-Rußland als unverrückbares Ziel unserer Politik ansehe, müssen wir versuchen, uns Rußland wenigstens nicht zum Feinde zu machen... Ich lehne Unterstützung Polens ab, selbst auf die Gefahr hin, daß Polen aufgefressen wird. Im Gegenteil, ich rechne damit, und wenn wir zur Zeit Rußland nicht bei der Wiederherstellung seiner alten Reichsgrenze helfen können, so sollen wir es dabei doch nicht hindern...“

Diese Stellungnahme gegen Polen mag bei von Seeckt daher gerührt haben, daß er sich eben mit dem Gedanken trug, die Kräfte Sowjetrußlands für Deutschland zu nutzen, wofür sie ihm gar nicht stark genug sein konnten.

Hier ist der Ort, wo wir uns mit dem außenpolitischen Teil der Denkschrift von Seeckts vom 26. Juli 1920 beschäftigen müssen, die er, wie wir wissen, in dem Augenblick verfaßte, als im polnisch-sowjetrussischen Kriege die sowjetischen Armeen sich siegreich der deutschen Grenze näherten und von Seeckt den sowjetischen Sieg als bereits gegeben ansah. Wir halten es für geboten, an dieser Stelle ausdrücklich festzustellen, daß in den Grundprinzipien von Seeckt seine außenpolitische Ansicht nicht geändert hat, als dann die Kriegsgöttin Polen ihre Hand reichte. — Am 26. Juli 1920 schrieb von Seeckt an Ebert in seiner „Deutschlands nächste politische Aufgaben“ betitelten vertraulichen Denkschrift (Reichwehrministerium. Chef der Heeresleitung. Nr. 121 Chef persönlich):

„... Die Entente fürchtet die großrussische Bewegung, weil sie Englands Kolonialmacht bedroht und Frankreichs Pläne zur Zersplitterung Europas durchkreuzt; sie fürchtet die Ideen der russischen Revolution, weil sich diese in ihrer außenpolitischen Auswirkung unmittelbar gegen das System wenden, das diesen Krieg gewann, gegen angelsächsischen Kapitalismus und Imperialismus. Und jeder russische Sieg gibt diesen ganz Asien erfassenden Ideen neue Stoßkraft. Auch deshalb müssen vom Standpunkte der Entente aus russische Siege verhindert werden. Die Entente wird also das größte Interesse haben, Deutschland gegen Rußland einzusetzen. Daß Rußland von der Entente besiegt wird, erscheint ausgeschlossen, weil diese gewaltige Länder- und Völkermasse unbesiegbar ist. Geht Deutschland gegen Rußland, so kämpft es einen aussichtslosen Kampf und wird lediglich ein Vasall Englands, den dieses zum Opfer bringt, wenn es ihn nicht mehr braucht oder dafür Rußland gewinnen kann.

Rußland hat die Zukunft für sich. Es kann nicht untergehen, weil es auf seinem gewaltigen Landbesitz immer neue Kräfte gebiert. Es kann, sobald seine zerrüttete Wirtschaft wiederhergestellt ist, Lebensmittel und Rohstoffe in Fülle hervorbringen. Es braucht Deutschland als Industrieland, als Lieferant von Intelligenz und Organisation. Deutschland und Rußland sind also aufeinander angewiesen, wie sie es vor dem Kriege waren. Und wenn Deutschland sich auf Rußlands Seite stellt, so ist es selbst unbesiegbar, denn andere Mächte werden dann immer Rücksicht auf Deutschland nehmen müssen, weil sie Rußland nicht unbeachtet lassen können. Stellt Deutschland sich gegen Rußland, so verliert es die einzige Zukunftshoffnung, die ihm nach zwei Kriegen bleibt. Auf der Seite der Entente kann es keine Zukunft finden; da bleibt es nach menschlichem Ermessen immer ein Volk, das man ausnutzt, um es arbeiten zu lassen für andere...“

Nun gibt es Menschen, die meinen, wir sollten uns von der Entente unsere Hilfe durch Abmachungen über den Friedensvertrag erkaufen lassen. Die verkennen einmal, daß die von den Ideen der russischen Revolution erfüllten Massen das nie verstehen würden; sie verkennen zweitens, daß die Entente auf die wesentlichsten territorialen Bestimmungen betreffend unsere Grenzen gegen Polen wie auch gegen Frankreich und Belgien nicht gutwillig verzichten kann; sie verkennen drittens, daß der Friedensvertrag durch ein Zusammengehen mit Rußland am sichersten von selbst zerreißt. Unser Ziel muß sein, ihn in seinen Grundlagen zu überwinden, nicht um einzelne militärische, politische oder wirtschaftliche Änderungen zu feilschen. Das wirtschaftlich niedergebrochene Rußland braucht zu seinem Wiederaufbau ein lebenskräftiges

Deutschland und ist der Todfeind Polens und des angelsächsischen Systems; also ist es ein Feind des Friedensvertrages.

Andere meinen, wir sollten uns offen und sofort auf Rußlands Seite stellen. Auch das wäre verfehlt, weil wir erst einmal abwarten müssen, wie groß die Stoßkraft Rußlands ist und ob sie ausreicht, um uns bei einem Bruch zwischen der Entente und Deutschland wirklich zu stützen, weil wir zum andern der Entente die Schuld zuschieben müssen, wenn es zum Bruch zwischen ihr und Deutschland kommt. Wir haben es auch wirklich nicht nötig, uns sofort vor aller Welt festzulegen...

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Entente sehr bald mit Führern oder Wünschen an Deutschland herantreten wird. Dann sollten wir in vollster Öffentlichkeit erklären, daß wir mit Rußland in Frieden leben und keinen Grund haben, gegen Rußland unfreundliche oder gar feindliche Handlungen zu begehen. In vollster Öffentlichkeit – denn wir müssen in dieser innenpolitisch ungemein schwierigen Zeit die breiten Massen für unsere Politik gewinnen und das deutsche Volk durch sie zu einheitlichen Gedanken führen. Mit der Erklärung unserer Neutralität ist hierzu schon ein erfolgreicher Schritt getan.

Entsprechend sollten wir gleichzeitig in vollster Öffentlichkeit die Russen unserer friedlichen Gesinnung versichern und aussprechen, daß wir mit Rußland in Freundschaft zu leben wünschen, im gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch auf der Grundlage vollster Gegenseitigkeit...

Die Entente kann daraufhin schwerlich nach Deutschland einmarschieren, weil sie fürchten muß, Deutschland ins russische Lager zu treiben und in Deutschland den Kommunismus zu entfesseln. Stellt sie sich trotzdem feindlich gegen Deutschland, so ist unser Entschluß, Rußland die Hand zu reichen, vor der ganzen Welt gerechtfertigt.

Rußland wird wahrscheinlich Deutschlands Freundschaft suchen und seine Grenzen respektieren; einmal weil es immer schrittweise vorgeht, bisher stets das Selbstbestimmungsrecht von Völkern achtet, die ihm nicht feindlich entgegenzutreten, dann aber auch, weil es Deutschlands Arbeitskraft und Industrie braucht. Wenn aber Rußland die deutschen Grenzen von 1914 überschreitet, so werden wir uns deshalb noch lange nicht der Entente in die Arme werfen müssen, sondern eher Rußland durch ein Bündnis gewinnen können. Unsichere Faktoren gibt es in jeder politischen und strategischen Rechnung. Nur das Ziel muß klar sein...“

Diese Auslassungen von Seeckts sind mehr als ein bloßes Zeitdokument; sie sind in mehr als einer Beziehung auch heute noch aktuell. Zwar nicht alle, aber doch die meisten seiner Prophezeiungen haben sich als richtig erwiesen. Von Seeckt hat durchaus recht behalten, wenn er davon gesprochen hat, daß die Sowjetunion die Zukunft für sich hat, daß ihr riesiger Landbesitz immer neue Kräfte gebiert, daß Deutschland und die Sowjetunion wirtschaftlich einander hervorragend ergänzen können, daß das Versailler Diktat am ehesten durch Zusammengehen Deutschlands mit der Sowjetunion zerreißen würde, daß die Sowjetunion die deutsche Freundschaft suchen werde, daß es das Bestreben der Entente sein werde, Deutschland gegen die Sowjetunion einzusetzen, vor allem aber auch, daß die Sowjetunion unbesiegbar ist. Hätten Hitler und der deutsche Generalstab, hätten die antikommunistischen Ultras in der deutschen Großbourgeoisie diese Erkenntnis von Seeckt nicht in den Wind geschlagen, wäre die Menschheit von der Katastrophe des zweiten Weltkrieges verschont geblieben; denn der Überfall auf Polen, der den zweiten Weltkrieg einleitete, war ja nur der Auftakt zum Angriff auf die Sowjetunion.

Von Seeckt hat sich aber nicht nur theoretisch mit Fragen der deutschen Ostpolitik befaßt, sondern auch persönlich aktiv in sie eingegriffen. Deutschland hatte den Vertrag von Versailles unterschreiben müssen und damit auch unterschrieben, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk außer Kraft gesetzt sei. Damit war praktisch zwischen Deutschland und Sowjetrußland ein vertragsloser Zustand hergestellt bzw., streng genommen, zwischen beiden Staaten der Kriegszustand wiederhergestellt worden. Die Absicht der Entente, mit dieser Bestimmung Deutschland und Sowjetrußland einen Zankapfel zuzuwerfen, ging aber nicht in Erfüllung: es zeigte sich vielmehr, daß an einem solchen Zustand keiner der beiden beteiligten Staaten ein Interesse hatte. Im Gegenteil: es kam zu einer Annäherung Deutschlands und Sowjetrußlands; dabei hat die Person des Generalobersten von Seeckt eine bedeutende Rolle gespielt, wenn auch bis heute nicht einwandfrei geklärt ist, ob die Initiative zur Aufnahme handelspolitischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten von ihm oder von Vertretern Sowjetrußlands ausgegangen ist. Nach Wheeler-Bennett soll die ersten abtastenden Schritte von Seeckt unternommen haben.⁷⁰⁾ Schüddekopf dagegen behauptet, daß zuerst Sowjetrußland die Fühler ausgestreckt hätte, und zwar hätte es sich dazu des damals in Sowjetrußland lebenden Enver Pascha bedient, des ehemaligen türkischen Vizegeneralissimus aus dem ersten Weltkriege, mit dem von Seeckt während seiner Verwendung in der Türkei eng zusammengearbeitet hatte; mit der deutschen Regierung als solcher hätte Sowjetrußland

⁷⁰⁾ Wheeler-Bennett, John W., a. a. O., S. 148

zunächst nicht verhandeln wollen.⁷⁷⁾ Einer deutschen Regierung, die auf schwankendem Boden stand, habe man in Moskau mißtraut; von Seeckt habe man zwar gefürchtet, aber ihm doch vertraut, da er einen eindeutigen und festen Standpunkt vertreten habe.

Doch sei dem, wie ihm sei: die erste Fühlungnahme hat jedenfalls durch Vermittlung von Seeckts in der Wohnung des damaligen Majors und späteren Reichswehrministers und Reichskanzlers von Schleicher in der Matthäikirchstraße in Berlin stattgefunden.⁷⁸⁾ An der zweiten Besprechung beteiligte sich von Seeckt bereits persönlich, und die weiteren Besprechungen wurden im Reichswehrministerium durchgeführt. Das Ergebnis dieser Besprechungen war ein deutsch-sowjetrussisches Handelsabkommen vom 6. Mai 1921. Über den Gang der das Abkommen vorbereitenden Besprechungen hat von Seeckt den Reichskanzler Wirth auf dem laufenden gehalten. Ebert dagegen wurde bezeichnenderweise zunächst nicht informiert. Bei seiner Abneigung gegen jede Verbindung mit Sowjetrußland ist es Ebert dann sehr schwer gefallen, nachträglich sein Einverständnis zu geben, was schließlich mit der Einschränkung erfolgte, daß er – Ebert – „offiziell“ nicht informiert worden sei, um notfalls bei Rückfragen seine Inkenntnissetzung ableugnen zu können.

Auch beim Zustandekommen des Vertrags von Rapallo hat von Seeckt mitgewirkt. Bevor wir uns aber diesem Fragenkomplex zuwenden, erscheint es zweckmäßig, klar herauszuarbeiten, was von Seeckt letzten Endes veranlaßt hat, Anfang der zwanziger Jahre die von uns dargelegte Haltung einzunehmen. Nach Heinz Sperling, der sich mit dieser Frage speziell eingehend beschäftigt hat, sind es in der Hauptsache drei Faktoren gewesen: die revolutionäre Aktivität der deutschen Arbeiterklasse, die Stärke Sowjetrußlands und die außenpolitische Isolierung Deutschlands.⁷⁹⁾ Außerordentlich interessant ist die Begründung, die Sperling hierfür gibt. Er weist eingangs darauf hin, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus nach Versailles versucht haben, die imperialistischen Siegermächte auf außenpolitischem Gebiet zu Zugeständnissen zu bewegen, um in nicht zu ferner Zeit den Kampf um die Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges aufnehmen zu können. Aus diesen Bestrebungen resultierte auch die anfängliche deutsche Unterstützung der imperialistischen Intervention gegen Sowjetrußland. Von Seeckt, von der späteren „Not-

⁷⁷⁾ Schüddekopf, Otto-Ernst, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918–1933. Hannover und Frankfurt a. M., Norddeutsche Verlagsanstalt O. Goedel, 1955, S. 148

⁷⁸⁾ Berndorf, Hans Rudolf, Generale zwischen Ost und West, Hoffmann und Campe, Hamburg 1951, S. 77

⁷⁹⁾ Sperling, Heinz, Einige Ursachen für Seeckts Haltung gegenüber Sowjetrußland Anfang der zwanziger Jahre, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Deutscher Militärverlag, 3. Jahrgang, Heft 2, 1964, S. 221

wendigkeit“ eines Revanchekrieges ausgehend, aber auch von der Notwendigkeit der Vermeidung eines Mehrfrontenkrieges überzeugt, unterstützte zunächst die Intervention gegen Sowjetrußland. Zu der Erkenntnis der völligen Erfolglosigkeit der Interventionspolitik gekommen – bereits im Februar 1919 spricht er in einem Briefe an seine Frau von den „Trümmern unserer mißglückten Ostpolitik“ –, vollzog von Seeckt in durchaus richtiger Einschätzung der Auswirkung der drei vorstehend aufgeführten Faktoren eine Schwenkung um 180 Grad und warnte seine Klasse vor der weiteren Verfolgung des beschrittenen Weges. Wie wirkten sich nun diese drei Faktoren auf von Seeckts außenpolitische Konzeption aus?

1. *Die revolutionäre Aktivität der deutschen Arbeiterklasse.* Den Freikorps und der vorläufigen Reichswehr gelang es 1919 nicht, die Volkskräfte für längere Zeit zu revolutionären Aktionen unfähig zu machen. Daraus schloß von Seeckt, daß auf lange Sicht noch die gesamte militärische Macht zur Niederhaltung der Arbeiterklasse erforderlich sein und jede Verwendung der Wehrmacht außerhalb Deutschlands eine gefährliche Verzettelung darstellen würde. Die Ereignisse des Kapp-Putsches bestärkten ihn in dieser Auffassung; insbesondere hatte der in Zusammenhang mit dem Putsch durchgeführte, die Macht der Arbeiterklasse zeigende Generalstreik auf von Seeckt tiefen Eindruck gemacht, und ebenso die Bewegung der internationalen Arbeiterklasse zur Verteidigung Sowjetrußlands. Bei dieser Lage der Dinge war von Seeckt klageworden, daß eine Auseinandersetzung mit Sowjetrußland für Deutschland aussichtslos war. In diesem Zusammenhange verweise ich auch auf die Denkschrift von Seeckts vom 26. 7. 1920 auf Seite 87 f.

2. *Die Stärke der Sowjetmacht.* Der Verlauf der Operationen nach der Durchbruchsschlacht von Gorlice hatte bereits 1915 von Seeckt veranlaßt, in einem Briefe festzustellen: „Zu besiegen ist der Russe im eigentlichen Sinne nicht, d. h. in dem, daß man ihn an das Ende seiner militärischen Leistungsfähigkeit brächte ...“⁸⁰⁾ Die Tatsache, daß es Sowjetrußland trotz konterrevolutionärer Machenschaften im Innern gelang, der Intervention von vierzehn kapitalistischen Staaten Herr zu werden, beeindruckte von Seeckt tief, besonders auch der Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges. Das veranlaßte ihn, über die künftige Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nachzudenken: „Wir müssen die russische Frage beurteilen nach ihren Rückwirkungen auf das deutsche Volk, und politisch und militärisch nach der Stellung Deutschlands und seiner Zukunft zur Entente einerseits, zu Rußland andererseits.“⁸¹⁾ Zwar erkannte von Seeckt nicht die unüberwindliche

⁸⁰⁾ Ebenda, S. 223

⁸¹⁾ Ebenda, S. 224

Macht, die vom Sozialismus als solchem ausgeht, aber der Respekt vor der Größe Sowjetrußlands und seiner Bevölkerungszahl ließ in der aufgeworfenen Frage von Seeckt sich für den Osten entscheiden. Dabei haben ihm in völliger Verkennung des wahren Wesens des Sowjetstaates und seiner Außenpolitik der Gedanke bzw. die Hoffnung vorgeschwebt, Sowjetrußland bzw. die Sowjetunion als Partner für einen Revanchekrieg mit dem Westen gewinnen zu können.

3. *Die außenpolitische Isolierung Deutschlands.* Versailles sowie der Verlauf der Konferenzen von San Remo und Spa hatten von Seeckt zutiefst davon überzeugt, daß die Westmächte die Absicht hatten, Deutschland für immer als Großmacht auszuschalten, und daß sie sich niemals bereitfinden lassen würden, ihm militärische Zugeständnisse zu machen, wenn es eine antisowjetische Politik verfolgen oder gegen Sowjetrußland aggressiv werden würde. Diese Erkenntnis und die Überzeugung von der Notwendigkeit, Deutschland aus seiner außenpolitischen Isolierung herauszuführen, wurden für von Seeckt ebenfalls einer der Gründe, normale und friedliche Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen. Durch das wirtschaftliche Wiedererstarken Deutschlands mit Hilfe Sowjetrußlands wollte von Seeckt zunächst die Grundlage zur Wiedergewinnung auch seines militärischen Potentials legen, um später dann zusammen mit der Sowjetunion den Revanchekrieg zu entfesseln:

„Wir müssen wieder mächtig werden, und sobald wir wieder Macht haben, nehmen wir natürlich alles wieder zurück, was wir verloren haben...“⁸²⁾

Hier verrechnete sich von Seeckt infolge seiner klassenbedingten Erkenntnismöglichkeit allerdings gründlich; der Sowjetstaat betrieb schließlich keine zaristische Politik mehr. Immerhin war von Seeckt nicht so borniert wie die große Masse der deutschen Imperialisten und Militaristen, die die Aufnahme und Pflege guter Beziehungen zu dem großen Nachbarn im Osten von dessen Rückkehr zum Kapitalismus abhängig machen wollten. Seine Gründe für seine Orientierung nach Osten hin wurden nach und nach auch noch von anderen maßgeblichen Vertretern der Großbourgeoisie anerkannt, die sich auf seine Seite schlugen und mit ihm zusammen dann den Weg gingen, der nach Rapallo führte. Erfurth weist darauf hin, daß am Anfang der Entwicklung, die nach Rapallo führte, die von uns bereits gewürdigte Denkschrift von Seeckts vom 26. Juli 1920 „Deutschlands nächste politische Aufgaben“ gestanden hat, und Dietrich Zboralski hat durchaus recht, wenn er schreibt:

„... Es ist daher richtig, im Zusammenhang mit dem Abschluß des Rapallovertrages neben den Namen der Po-

litiker Wirth und Rathenau auch den des Militärs Seeckt zu nennen.“⁸³⁾

Der Vertrag von Rapallo, der bekanntlich — zeitlich parallel mit der in Genua tagenden Weltwirtschaftskonferenz — am 16. April 1922 zustande kam, schlug denn auch bei den Alliierten wie eine Bombe ein; sie vermuteten, daß der Vertrag über die bekanntgegebenen Vereinbarungen hinaus eine enge militärische Zusammenarbeit Deutschlands und Sowjetrußlands zur Basis habe und als Annex ihm ein militärisches Geheimabkommen beigegeben sei, was tatsächlich aber nicht der Fall gewesen ist. — Geßler schreibt:

„Reichspräsident und Reichsregierung hatten viele Gründe, besonders behutsam vorzugehen. Sie sind dann auch genauso wie Seeckt und alle Welt überrascht worden, als ihnen Wirth und Rathenau die vollzogene Tatsache des Abschlusses drahteten.“

Hier irrt Geßler; seine diesbezüglichen Angaben sind Wahrheit und Dichtung. Von einem „behutsamen Vorgehen Eberts“ zu sprechen ist insofern irrig, als er über die Verhandlungen bis zu ihrem Abschluß nicht informiert gewesen ist; die Nachricht vom Abschluß des Vertrages war das erste, was Ebert überhaupt in dieser Sache hörte, und er war völlig konsterniert, verwirrt und tobte. Und ebenso unzutreffend sind Geßlers Angaben hinsichtlich einer völligen Überraschung von Seeckts. Tatsache ist lediglich, daß von Seeckt — er weilte am Tage des Abschlusses anlässlich von Truppenbesichtigungen in Konstanz — durch die Plötzlichkeit des Abschlusses überrascht worden ist; an der Vorbereitung des Vertrages hat er selbst mitgewirkt. H. R. Berndorff schreibt:

„Das Rapallo-Abkommen wurde vorbereitet durch intime und sorgfältig geheimgehaltene Besprechungen zwischen Herrn Dr. Rathenau und Herrn von Seeckt. Abermals war die Wohnung Schleichers Schauplatz und die Vermittlung Schleichers Anfang.“⁸⁴⁾

Bald wurde auch Wirth eingeschaltet. Wirth hat sich auch später darauf berufen, daß er in seiner sowjetrußlandfreundlichen Politik, und insbesondere beim Rapallo-Vertrag, die Zustimmung von Seeckts gehabt habe, was auch eindeutig in von Seeckts Korrespondenz, Jahrgang 1933, bestätigt wird. Von Seeckt hat also an den Vorbereitungen zum Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und Sowjetrußland teilgenommen; überrascht worden ist er nur durch die Plötzlichkeit des Abschlusses, deren Notwendigkeit sich aus der Entwicklung der Dinge auf der Weltwirtschaftskonferenz in

⁸³⁾ Zboralski, Dietrich, Generaloberst Hans von Seeckt und die Sowjetunion. In: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Ausgabe vom 5. Mai 1962, S. 8

⁸⁴⁾ Berndorff, Hans Rudolf, a. a. O., S. 116

⁸²⁾ Ebenda, S. 226

Genua ergab. Wenn Rathenau und Wirth auch nicht mit einem fertigen Vertrage nach Genua gefahren sind, so ist die Tatsache, daß die Verhandlungen in Rapallo innerhalb eines einzigen Tages zum Abschluß gebracht worden sind, Beweis genug, daß der Vertrag weitgehend vorbereitet gewesen sein muß. Das bestätigt schließlich auch Geßler, wenn er schreibt:

„Im Winter 1921/1922 war ein deutsch-sowjetisches Abkommen wohl schon ziemlich abschlußreif. Aber beide Teile zögerten den Abschluß noch künstlich hinaus. Die Sowjets wollten sich für ihre laufenden Verhandlungen mit den Westmächten freie Hand bewahren, und wir wollten uns die herannahenden Reparationskonferenzen nicht stimmungsmäßig erschweren ...“⁸⁵⁾

Graf Brockdorff-Rantzau, der Gegner von Seeckts in Spa, der als erster deutscher Botschafter für Moskau vorgesehen war, lief gegen von Seeckt Sturm, als er die Nachricht vom Abschluß des Rapallo-Vertrages erhielt; er „lernte die ganze Schale seines Zornes über den Chef der Reichswehr“, wie Wipert von Blücher schreibt.⁸⁶⁾ Es war ihm gelungen, sich über von Seeckts Verbindungen mit Sowjetrußland einiges authentische Material zu verschaffen, und da er wußte, daß Ebert über den Vertragsabschluß hinter seinem Rücken sich zutiefst verletzt fühlte, suchte er – Ebert selbst war gegen von Seeckts Politik der Anlehnung an Sowjetrußland und für ein Zusammengehen mit England – von Seeckt durch Einreichung eines geheimen „Promemoria/Ostpolitik“ bei Ebert zu Fall zu bringen. Von Seeckt, dem Wirth die Denkschrift des Grafen zugeleitet hatte, antwortete darauf am 11. September 1922 ausführlich mit aller Schärfe:

„... Wer ... noch nicht begriffen hat, daß jede politische und wirtschaftliche Betätigung letzten Endes auf der Macht beruht, wird keine aktive deutsche Politik treiben. Wer vor allem aber im Rapallo-Vertrag einen politischen Fehler sieht, mag an anderen Stellen taugen, untauglich erscheint er als deutscher Vertreter in Moskau ...“⁸⁷⁾

Der Sieger des zweiten Duells Graf Brockdorff-Rantzau/von Seeckt hieß jedenfalls wieder von Seeckt. – Hochbedeutsam in diesem Antwortschreiben von Seeckts sind die nachfolgenden Sätze, die seine Einstellung zu Rapallo klar umreißen und zugleich den Angelpunkt seiner ganzen Ostpolitik darstellen. Es heißt da:

„Wir wollen zweierlei. Erstens eine Stärkung Rußlands auf wirtschaftlichem und politischem, also militärischem

Gebiet und damit indirekt die eigene Stärkung, indem wir einen zukünftigen möglichen Bundesgenossen stärken; wir wollen ferner zunächst vorsichtig und versuchend die unmittelbare eigene Stärkung, indem wir eine uns im Bedarfsfall dienstbare Rüstungsindustrie in Rußland heranzubilden helfen.“

Von Seeckt ist nach dem erfolgten Abschluß des Vertrages wegen seiner „russophilen Einstellung“ und „militaristischen Einmischung in die Außenpolitik“ allerlei Angriffen rechtsgerichteter Persönlichkeiten ausgesetzt gewesen, was ihn in seiner Haltung aber in keiner Weise beeinflußt hat. – Graf Brockdorff-Rantzau hat übrigens, nachdem er deutscher Botschafter in Moskau geworden war, einsehen gelernt, daß die Haltung von Seeckts sich als richtig erwies. Er hat dann in der Zeit, in der er in Moskau tätig war (1922–1928), sich ehrlich dafür eingesetzt, daß der Vertrag von Rapallo sich für ein Jahrzehnt so zum Nutzen beider Staaten auswirkte, wie er gemeint war, und er hat sich sogar um das Zustandekommen des Berliner Vertrages, in dem man eine Ergänzung des Rapallo-Vertrages sehen muß, ein Verdienst erworben. Der Nachfolger des Grafen von Brockdorff in Moskau, Herbert von Dirksen, nahm den gleichen Standpunkt ein. In seinen unter dem Titel „Moskau Tokio London“ 1949 in Stuttgart herausgegebenen Memoiren schreibt er:

„Auf deutscher Seite erwiesen sich General von Seeckt und die Reichswehr als die festeste Säule der Freundschaft mit Rußland.“

Die Bedeutung des Vertrages von Rapallo ist darin zu sehen, daß er die beiden beteiligten Staaten aus ihrer außenpolitischen Isolierung herausführte und für beide Staaten die Basis wirtschaftlicher Wiederaufwärtsentwicklung wurde. Im einzelnen waren seine wichtigsten Bestimmungen der Verzicht beider Länder auf gegenseitigen Ersatz von Kriegsschäden und Kriegskosten einschließlich der Ansprüche aus der Beschlagnahme oder Aufhebung von Privateigentum, die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen, gegenseitige Zusicherung der Meistbegünstigung, enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und vorherige Konsultation bei der Regelung internationaler Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Westmächte erkannten die große Bedeutung des Rapallo-Vertrages sofort: Deutschland und Sowjetrußland konnten nun nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Lloyd George erlitt auf die Nachricht von den Vorgängen in Rapallo hin eine Reihe von Wutanfällen. Noch während der Weltwirtschaftskonferenz von Genua forderte er von Deutschland den sofortigen Rücktritt von den in Rapallo getroffenen Abmachungen; aber er verrechnete sich: Wirth und Rathenau blieben fest, nachdem sie einmal Sowjetrußland ihr Wort gegeben hatten.

⁸⁵⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 191/192

⁸⁶⁾ Blücher, Wipert von, Deutschlands Weg nach Rapallo, Limes-Verlag, Wiesbaden 1951, S. 168

⁸⁷⁾ Seeckt, Hans von, Denkschrift. Veröffentlicht bei Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 153/156

Die Rapallo-Politik war für die deutschen Imperialisten sicher keine Politik der friedlichen Koexistenz – schon deshalb nicht, weil sie mit ihr neben dem wirtschaftlichen Erstarken Deutschlands auch das Wiedererstarken seines militärischen Machtpotentials bezweckten – auch im Sinne von Seeckts, der ja mit hinter diesem Vertrage stand. Aber sie hat doch damals den Frieden erhalten und auch bei einem – wenn auch beschränkten – Teil der deutschen Großbourgeoisie, der der Vertrag ja große wirtschaftliche Vorteile brachte, den antisowjetischen Kurs in den Hintergrund treten lassen. Damit aber hat die Rapallo-Politik objektiv den deutschen nationalen Interessen gedient. Das war auch der Grund dafür, daß sie die Unterstützung der KPD gefunden hat, die einerseits ihre große wirtschaftliche Bedeutung für unser deutsches Volk und insbesondere für seine Arbeiterklasse klar erkannte, andererseits in ihrem Wissen um die Politik der friedlichen Koexistenz Sowjetrußlands bzw. der Sowjetunion bestimmt damit rechnete, daß die sowjetische Politik sich nicht eines Tages für militärische Abenteuer im Sinne von Seeckts mißbrauchen lassen würde.

Die Westmächte gaben indessen ihre Absicht, den Vertrag von Rapallo zu torpedieren, nicht auf; sie wollten Deutschland zu ihrem Festlandsdegen gegen die Sowjetunion machen. Auf Einzelheiten braucht hinsichtlich des Weges, der schließlich zu den Verträgen von Locarno geführt hat, hier nicht näher eingegangen zu werden. Von Seeckt verfolgte jedenfalls mit banger Sorge Stresemanns Politik des „Zwei-Eisen-im-Feuer-Haltens“. Die Gegensätze zwischen von Seeckt und Stresemann, auf die wir in anderem Zusammenhange schon zu sprechen gekommen sind, hatten nicht zuletzt ihren Grund auch in Stresemanns Außenpolitik, die von Seeckt nicht billigte und nicht billigen konnte, weil er für den Bestand der in Rapallo geknüpften deutsch-sowjetischen Beziehungen fürchten mußte. Von Seeckt hat daher die Verträge von Locarno rundweg abgelehnt.

Stresemann und auch Geßler sahen in Locarno nur die damalige Gegenwart: die Räumung des Ruhrgebiets bzw. des gesamten Sanktionsgebiets. Von Seeckt sah weiter: er sah die Zukunft. Er erkannte die Fußangeln, die die Westmächte Deutschland mit Locarno legten, ihre Absicht, es Schritt für Schritt zum Sturmbock ihrer antisowjetischen Politik werden zu lassen. Wenn Geßler in seinen Lebenserinnerungen schreibt, ihm sei nichts davon bekannt gewesen, daß von Seeckt gegen die Locarnopolitik eingestellt gewesen sei, und er habe annehmen dürfen, sich bei seiner Locarnopolitik in voller Übereinstimmung mit von Seeckt befunden zu haben, so irrt er wieder.⁸⁸⁾ Von Seeckt hat unmißverständlich zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht, daß er die

⁸⁸⁾ Geßler, Otto, a. a. O., S. 296

Locarnopolitik für verhängnisvoll ansehe, und auch seine Gründe dafür angegeben. In seiner Denkschrift „Deutschland zwischen Ost und West“ nennt er Locarno „eine Komödie“. Am 4. Oktober 1925 schreibt er seiner Schwester:

„... Ich bin in Sorge und zur Zeit wenig einverstanden mit dem Gang der Dinge. Ich kann mir von Locarno nur Übles versprechen. Das relativ Beste wäre ein Scheitern der Konferenz, schlimm eine Verständigung, die uns nur Nachteil bringen kann. Es ist nichts schwerer, als eine Dummheit wiedergutzumachen...“

Ähnlich schreibt er am gleichen Tage seiner Frau.

Und von Seeckt hat seine Ansichten über Locarno auch nicht geändert, als dann entgegen seinen Ratschlägen am 28. November und 1. Dezember 1925 die Verträge von Locarno von Deutschland unterzeichnet worden waren. Bezeichnend hierfür ist ein Brief, den er am 4. April 1926 an seine Schwester richtete und in dem es heißt:

„Ich bin mit der Entwicklung der Dinge sehr wenig einverstanden. Die Lage hat sich seit einem Jahre sehr verschlechtert. Außenpolitisch halte ich die Locarno-Genf-Politik für falsch, weil sie uns bindet und nichts nutzt. Wir sind noch zu schwach, um wirklich mit zu führen; und also bei allem Objekt, nicht Subjekt, höchstens ein gefügiger Bundesgenosse, den man fallen läßt, wenn man sich verträgt oder einen besseren findet. Wir konnten warten und mußten uns erst innerlich festigen, vor allem völlig freie Hand nach dem Osten behalten. Die haben wir nicht mehr. Wir sind den englischen Einwirkungen erlegen und englischen Interessen dienstbar. Unsere Vertreter sind eben kleine Leute, die dem Nimbus englischer Diplomatie und leutseliger Herablassung von dort nicht gewachsen sind, wie der Kanzler, und geschäftige Gernegroße, die bei allem dabeisein müssen, wie Stresemann, der Mann des allgemeinen Mißtrauens, den aber loszuwerden anscheinend nicht möglich ist...“

Mit der Unterzeichnung der Pakte von Locarno war bekanntlich auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verbunden. Die Bestimmung des Eintritts in den Völkerbund hat von Seeckt große Sorge bereitet, da er fürchtete, daß die Sowjetunion diese Tatsache als eine Verletzung des Vertrages von Rapallo ansehen und zum Anlaß nehmen könnte, vom Verträge von Rapallo zurückzutreten. Diese Sorge kommt in Briefen von Seeckts vom Anfang des Jahres 1926 immer wieder zum Ausdruck. Tatsächlich gab es infolge von Locarno mit der Sowjetunion zunächst Auseinandersetzungen, Mißverständnisse und Verstimmungen. Von Seeckt fiel ein Stein vom Herzen, als am 24. April 1926 der Berliner Vertrag zwischen

Deutschland und der Sowjetunion zustande kam, in dem ausdrücklich für beide Staaten die Neutralität im Kriegsfall festgelegt wurde.

Von Seeckt hat sich auch schriftstellerisch, und zwar vielseitig, betätigt. Zu seinen Veröffentlichungen gehört auch eine „Deutschland zwischen Ost und West“ betitelt, 1932 verfaßt und 1933 veröffentlichte Abhandlung.⁸⁹⁾ Auf knapp 50 Seiten präzierte darin von Seeckt insbesondere die wirtschaftliche und geographisch-politische Lage Englands, Frankreichs, Deutschlands und der Sowjetunion, um daraus die für diese Staaten sich ergebenden außenpolitischen Folgerungen zu ziehen. Dabei unterstrich er noch einmal die Notwendigkeit der Zusammenarbeit Deutschlands mit der Sowjetunion. Und wohl im Hinblick auf die Locarnopolitik finden sich in dieser Abhandlung die bemerkenswerten Sätze:

„... Der Bolschewismus in Rußland wird nicht zusammenbrechen, wenn wir die Verträge von Rapallo und Berlin lösen; wir werden dann aber einen Feind an der Grenze haben, dessen Einwirkung auf unsere inneren Zustände nicht geringer sein wird... Die Anbahnung der Verständigung zwischen Rußland und Deutschland ist durch militärische Hände gegangen. Militärische Zukunftsmöglichkeiten seien hier nicht erörtert, wohl aber soll die notwendige deutsche Haltung unter ein soldatisches Wort gestellt werden. Man erzählt, daß der Graf Schlieffen noch in seiner Todesstunde gesagt habe: ‚Macht mir den rechten Flügel stark.‘ So rufen wir der deutschen Politik zu: Haltet mir nur den Rücken frei!“

5. Generaloberst von Seeckt als Politiker nach seiner Verabschiedung

Mit der Verabschiedung von Seeckts hatte zwar seine unmittelbare militärische Betätigung ihren Abschluß gefunden, nicht aber die politische. Verschiedentlich ist er noch politisch ins Blickfeld der Öffentlichkeit getreten; hier können wir allerdings nur auf das Allerwichtigste etwas näher eingehen und müssen es uns insbesondere versagen, uns mit seinen vielen Vortragsreisen politischen Charakters zu beschäftigen.

In der zweiten Maihälfte 1927 kam es zu einem Abkommen zwischen ihm und dem Auswärtigen Amt, durch das er „als Privatmann“ in das Verhältnis eines Beraters des Reichspräsidenten und der Reichsregierung trat. Es hat sich insbesondere um Fragen militärischer Art und Fragen der allgemeinen Abrüstung gehandelt, in denen man seinen Rat eingeholt hat.

⁸⁹⁾ Seeckt, Hans von, Deutschland zwischen Ost und West, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg 1933.

Nachweislich hat er im Mai und im September 1927 bei der Erörterung solcher Fragen mitgewirkt, aber auch später in besonders schwierig gelagerten Fällen.

Interessant war seine Haltung gegenüber den verschiedenen politischen Parteien. Wirth, mit dem er vor seiner Verabschiedung in vielen Fällen, insbesondere auch in der Rapallo-Frage, eng zusammengearbeitet hatte, versuchte ihn für die Zentrumspartei zu gewinnen; aber von Seeckt lehnte ab. Er war ein ausgesprochener Gegner jedweder parlamentarischen Betätigung; hatte er doch den Reichstag einmal als einen „Krebschaden“ und eine „Narrenzunft“ bezeichnet und die Reichstagsitzungen als „Narrenschauspiele“, die nichts anderes als Kraft- und Zeitverschwendung seien. „Ich habe gelernt, daß es im Kampf zwei Seiten, zwei Parteien gibt, nicht zwanzig, und daß Uneinigkeit in den eigenen Reihen der Anfang der Niederlage ist.“ Dieses Urteil über den Reichstag und seine Tätigkeit erklärt sich zwar bis zu einem gewissen Grade aus den damaligen Zuständen des formaldemokratischen Parlamentarismus in Deutschland, zeigt aber letztlich doch die reaktionäre, antidemokratische innere Einstellung von Seeckts. Um so überraschender war es, daß er anlässlich der Reichstagswahlen 1930 für die Deutsche Volkspartei kandidierte und am 14. September in den Reichstag einzog. Von Schmidt-Pauli schreibt dazu:

„Wenn es im Leben Seeckts einen Augenblick gab, in dem er von der großen Linie seines Weges abging, so war es der seines Eintritts in die Deutsche Volkspartei. Vor diesem Schritt ist er einerseits von Freunden gewarnt, andererseits zu ihm von Interessenten überredet worden, die von seiner Persönlichkeit nach dem Tode Stresemanns neuen Glanz für die Volkspartei erhofften...“

Über die Gründe, die von Seeckt zu diesem Schritt bewogen haben, ist viel gerätselt worden; Schmidt-Pauli beispielsweise ist der Meinung, daß von Seeckt geglaubt habe, als Reichstagsabgeordneter auf Umwegen zur Stützung der Reichswehr beitragen zu können⁹⁰⁾. Daß er falsch war, hat von Seeckt dann selbst bald eingesehen. Tatsächlich hat er nicht ein einziges Mal im Plenum das Wort ergriffen, und er hat sich nach der Auflösung des Reichstages Anfang Juni 1932 auch nicht wieder aufstellen lassen.

Verurteilt werden muß von Seeckts Verhältnis zur NSDAP. Daß Hitler nach seinen eigenen Worten bei der ersten Begegnung mit von Seeckt „tauben Ohren gepredigt hat“, wissen wir bereits. Später aber, nach seiner Verabschiedung, hat sich von Seeckts Einstellung zur NSDAP, ohne daß er ihr als Mitglied beigetreten wäre, wesentlich geändert. Bereits Ende

⁹⁰⁾ Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 156

April 1930 antwortete er auf eine allgemeine Umfrage der DAZ:

„Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist, beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist nicht nur das, sie ist notwendig. Ich möchte dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinne verstanden wissen; denn ganz abgesehen davon, ob vermindert oder verdoppelt — das, was in dieser Bewegung den Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestrebten Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft...“

Dieser Auffassung entsprechend hat sich von Seeckt auch im Oktober 1929 geweigert, einen vom Minister Severing erlassenen Aufruf gegen die Bestrebungen der NSDAP mit zu unterzeichnen. Und als seine Schwester anlässlich der Reichstagswahl 1932 bei ihm anfragte, wen sie wählen solle, antwortete er ihr:

„... Ich rate Dir, Hitler zu wählen. Die Jugend hat recht; ich bin zu alt...“

Die Machtergreifung Hitlers hat von Seeckt begrüßt. Am 1. Februar 1933 schreibt er seiner Schwester:

„... Jetzt aber Erfreuliches. Sorgen wird es immer geben, persönliche Befriedigung empfinde ich über die Ausschaltung des bisherigen Reichskanzler (Anm. d. Verfassers: von Schleicher)..., in dessen Beseitigung ich ausnahmsweise einmal ein Zeichen einer gewissen immanenten Gerechtigkeit sehe.“

Als Sven Hedin und von Seeckt, die miteinander befreundet waren, zufällig am 11. Juni 1933 in Peking zusammentrafen, haben sie sich auch eingehend über das faschistische Regime in Deutschland ausgesprochen. Sven Hedin hat im Jahre 1933 sich über dieses Gespräch wie folgt geäußert:

„... Ich bewahre in der Erinnerung den Eindruck, daß er sowohl zu dem neuen Regime als auch zu seinem kraftvollen Führer sympathisch eingestellt war. Noch war die politische Herrschaft allzu jung, und über gewisse Punkte äußerte er sich zurückhaltend, aber es war leicht zu merken, daß er froh darüber war, daß der erniedrigende Bann, der 15 Jahre lang dem deutschen Staat seinen Stempel aufgedrückt hatte, nun doch einem eisernen, harten gegeben war...“

Übrigens hatte sich von Seeckt auch an dem Staatsakt des 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche beteiligt.

Im Augenblick der Machtübernahme durch den Faschismus mag von Seeckt nur „seine“ Reichswehr gesehen und des

Glaubens gewesen sein, daß sein Werk nun ausreifen werde. Es darf nicht übersehen werden, daß die meisten hochgestellten Offiziere — und nicht nur diese — die Dinge damals nicht anders beurteilt haben als von Seeckt, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß auch ich selbst die Entwicklung der Dinge damals zunächst lebhaft begrüßt habe. Bezeichnend für von Seeckt aber ist, daß er bis zu seinem Tode Ende 1936 seine Einstellung zur NSDAP nicht geändert hat. Schließlich war von Seeckt ein kluger Kopf mit überdurchschnittlicher Urteilskraft. Daß er bis zum Ende des Jahres 1936 nicht erkannt haben sollte, wohin die Reise ging, kann unmöglich angenommen werden. Er hatte den Röhm-Putsch erlebt, die Liquidierung der Generale von Schleicher und von Bredow, den Fall von Fritsch und vieles andere mehr. Das hätte ihm die Augen öffnen müssen.

— In der Öffentlichkeit hervorgetreten ist von Seeckt in seinen letzten Lebensjahren dann noch öfter, ganz besonders durch seine zwei Reisen nach China. Die erste Reise, die Anfang April 1933 begann, trug mehr privaten, orientierenden Charakter, schloß aber doch mit der Ausarbeitung eines Reorganisationsplanes für die chinesische Armee. Die zweite, am 7. März 1934 angetretene Reise hatte offiziellen Charakter. Sie erfolgte auf Einladung des Marschalls Tschiang Kai-schek, der bereits damals, vor allem in seinem Kampf gegen die Kommunistische Partei Chinas, eine objektiv reaktionäre Rolle gespielt hat. Der chinesische Marschall, damals das militärische Oberhaupt Chinas, wollte von Seeckts Erfahrungen und organisatorische Kräfte in seinen Dienst stellen und ernannte ihn zu seinem Generalberater. Bei von Seeckts Tätigkeit stand dann die Lösung wirtschaftlicher Fragen im Vordergrund, die er als die Voraussetzung der Lösung der militärischen ansah, bei deren Bearbeitung er sich auf General von Falkenhausen stützte. Auf von Seeckts Veranlassung hin wurde übrigens am 28. Juni 1935 auch die deutsche Botschaft in China von Peking nach Nanking verlegt.

Das chinesische Klima ist von Seeckt nicht bekommen. Infolge wiederholter schwerer Erkrankungen sah er sich gezwungen, Tschiang Kai-schek um Erhebung von seiner Stellung zu bitten. Nach längerem Hin und Her kam schließlich eine dahingehende Vereinbarung zustande, daß von Seeckt nach Berlin zurückkehrte, um von dort aus weiter als Generalberater des chinesischen Marschalls tätig zu sein. In China hatte er seine Gesundheit untergraben. Am 15. Mai 1935 traf er wieder in Berlin ein, wo er am 27. Dezember 1936 verstorben ist.

Schlußbetrachtung

Man kann das Werk einer geschichtlichen Persönlichkeit nicht losgelöst von ihrer Zeit und deren politischen und sozialen Zuständen, ihren großen Bewegungen und Kämpfen, ihren Ideen und Bestrebungen erfassen. Gilt das für jede geschichtliche Persönlichkeit, so trifft das in besonderem Maße für das Werk Hans von Seeckts zu. Denn schon vom Charakter her eine ganz ungewöhnlich komplizierte Persönlichkeit, wurde von Seeckt auch noch in eine Zeit hineingestellt, in der eine morsche, überständige Welt zu bersten begann, in der eine neue, bessere und zukunftssträchtige Welt unter schweren Wehen geboren wurde. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man den Menschen von Seeckt mit seinen Vorzügen und seinen Fehlern und sein Werk richtig beurteilen will.

Von Seeckt hat zweifellos geschichtliche Verdienste aufzuweisen; das bezeugt ja auch die Herausstellung, die ihm im Nationalen Dokument zuteil geworden ist. Gewiß: von Seeckt ist Monarchist und Militarist gewesen und ist es bis zu seinem letzten Atemzuge auch geblieben. Aber er war nicht stur wie die große Masse der Imperialisten. Er war Realist, als solcher erkannte er, wo die Grenzen für den deutschen Imperialismus damals schon lagen, und zog aus dieser Erkenntnis die Schlußfolgerungen. Ihm war klargeworden, daß und warum die Ziele, die die Imperialisten im ersten Weltkriege sich gesteckt hatten, nicht realisierbar gewesen waren. Daher hat er auch nach dem ersten Weltkriege nicht der maßlosen Selbstüberschätzung der Kräfte des imperialistischen Deutschlands und der Verkennung des wahren Kräfteverhältnisses in Europa und in der Welt das Wort geredet, sondern die gemäßigte Variante in der Politik der damals ökonomisch und politisch herrschenden junkerlich-großbürgerlichen Kreise mit repräsentiert.

Diese Haltung von Seeckts äußerte sich vor allem in seiner Einstellung gegenüber der jungen Sowjetmacht. Er erkannte klar, welche Folgen sich für das im Herzen Europas liegende und nach dem ersten Weltkrieg zu einer Macht zweiten Ranges gewordene Deutschland ergeben mußten, wenn es die Sowjetmacht zum Freunde oder zum Feinde hatte, und hat sich darüber auch in geradezu prophetischer Weise geäußert; denn so gut wie alle seine diesbezüglichen Voraussagen haben sich erfüllt, als man seine Ratschläge leichtfertig in den Wind schlagen zu können geglaubt hat.

Bei der Beurteilung dieses ganzen Fragenkomplexes darf man nicht übersehen, daß von Seeckt in seinem Herzen enragierter Antikommunist gewesen ist. Also nur Vernunftgründe haben ihn den Weg an die Seite der Sowjetunion fin-

den und, nachdem er ihn einmal betreten hatte, dann auch loyal und ehrlich gehen lassen. Selbstlosigkeit ist dabei von seiner Seite aus allerdings nicht mit im Spiele gewesen; er ist diesen Weg als der Diener des deutschen Imperialismus gegangen, der er nun einmal war. Als solcher hat auch er sich, wie alle deutschen Militaristen, mit den Verhältnissen, die der Ausgang des ersten Weltkrieges für Deutschland gezeitigt und im Versailler Friedensdiktat verankert hatte, nicht abfinden können und eine gewaltsame Veränderung dieser Verhältnisse und ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus auf Kosten der einstigen Gegner Deutschlands angestrebt. Auf Grund der durchaus realen Beurteilung des Für und Wider, das ein Zusammengehen mit den Westmächten gegen die Sowjetunion oder ein Zusammengehen mit der Sowjetunion gegen die Westmächte für Deutschland im Gefolge haben mußte, entschied sich von Seeckt; im Gegensatz zu der großen Masse der deutschen Imperialisten, für die letztere Lösung. Da sein Zusammengehen mit der Sowjetunion also die Herabführung Deutschlands aus der politischen Isolierung und sein Wiedererstarken auf wirtschaftlichem Gebiete, aber auch die Nutzbarmachung des militärischen Potentials der Sowjetunion bei einem Kriege Deutschlands mit den Westmächten zum Ziele haben sollte, dürfen wir bei Beurteilung des von von Seeckt herbeigeführten Zusammengehens mit der Sowjetunion nicht übersehen, daß er es letzten Endes auf einen Mißbrauch der in der Sowjetunion vorhandenen Kräfte für die militärischen Ziele des deutschen Imperialismus abgesehen hatte.

Trotz alledem ist von Seeckt einer der wenigen bedeutenden Militärs in der Geschichte gewesen, die gleichzeitig — auf ihre Art — staatsmännische Begabung besessen haben. Man hat von ihm gesagt, er sei nicht nur ein moderner Clausewitz oder Moltke gewesen, sondern auch ein Realpolitiker bismarckischer Schulung. Das hat man ihm in England und in Frankreich ebenso bestätigt, wie es sowjetische Politiker getan haben. Ein Anfang September 1930 in der Moskauer „Iswestija“ erschienenener, sich ausschließlich mit der Person von Seeckts beschäftigender Artikel begann mit den Worten: „Seeckt ist einer der glänzendsten Offiziere der alten Armee. Er bewies in seiner Eigenschaft als Chef der Heeresleitung nicht nur wirklich ungeheure organisatorische Fähigkeiten, sondern auch ein ausgezeichnetes politisches Fingerspitzengefühl.“

Es ist tief bedauerlich, daß diesem an sich auch staatsmännisch begabten großen Militär das Verständnis für die objektiven geschichtlichen Notwendigkeiten, vor denen unser Volk damals stand und die nur auf revolutionärem Wege im Kampf gegen die alte Ordnung durchzusetzen gewesen wären, auf Grund seiner Klassegebundenheit und der daraus her-

rührenden Schranken seines Bekenntnisvermögens versagt geblieben ist. Es ist ihm nicht klargeworden, daß die geschichtlichen Lehren aus der Entwicklung seit der Jahrhundertwende notwendigerweise die Übernahme der Macht im Staate durch die revolutionäre Arbeiterklasse verlangten und daß diese Machtübernahme im Interesse des ganzen Volkes lag. Hier mag mitgesprochen haben, daß ihm das wahre Wesen des Sozialismus/Kommunismus zeitlebens ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist.

Insgesamt gesehen ist von Seeckt dadurch — auch das muß ohne Beschönigung ausgesprochen werden —, daß er dem vom Monopolkapitalismus beherrschten Weimarer Staat seine großen Fähigkeiten und sein nicht alltägliches Können zur Verfügung gestellt hat, praktisch während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit als Chef der Heeresleitung der Beschützer monopolkapitalistischer Interessen gewesen. Das ist er gewesen, auch wenn er nicht, den ständigen Einflüsterungen rechts eingestellter Kreise folgend, geputscht und den Mantel des Diktators um seine Schultern geworfen hat. Er diente den Interessen seiner Klasse ja schon dadurch, daß er auf seinem Posten ausharrte, die Weimarer Republik schützte und damit, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, „Schlimmeres verhütete“, d. h. die großbürgerliche Ordnung der Weimarer Republik gegen die geschichtlich berechtigten Ansprüche der revolutionären Arbeiterbewegung verteidigte. Er war ein erbitterter Gegner des Kommunismus; er wollte ihn in Deutschland nicht, aber in der Sowjetunion störte er ihn nicht weiter. Und schließlich diente von Seeckt den Interessen seiner Klasse ja auch noch durch die Art und Weise, wie er die neue Armee aufbaute, durch ihre „Entpolitisierung“ im Interesse der politischen Ziele der damals herrschenden Klassen und durch die Zielsetzung, die er dem Aufbau der neuen Armee gab: spätere gewaltsame Revision des Versailler Vertrages mit ihrer Hilfe. Für ihn konnte die Armee gar nicht schlagkräftig genug sein. Erkenntnisse, wie wir sie heute gewonnen haben, daß Kriege Menschenwerk sind und daher auch von Menschen verhindert werden können, waren ihm völlig fremd. Für ihn war der Krieg eine organische, biologische, unvermeidbare Entwicklungserscheinung im Leben der Völker, die immer bestehen bleiben würde. Von einer norddeutschen Gesellschaft über die Aussichten für das Jahr 1930 befragt, meinte er sarkastisch:

„Seitdem wir etwas von der Weltgeschichte wissen, das ist nicht lange, aber doch eine ganze Reihe von Jahrtausenden, haben sich die Menschen von Zeit zu Zeit totgeschlagen. Ich habe im Jahr 1929 kein deutliches Anzeichen einer Änderung dieser Sinnesart entdecken können und weiß nicht, warum die Menschheit ausgerechnet im Jahre 1930 von dieser ihr anscheinend lieben Gewohnheit lassen sollte...“

Von Seeckt ist ein militärischer und politischer Faktor ersten Ranges gewesen; daran ändert auch die Tatsache, daß sein Werk zusammengebrochen ist, nichts. Hätte man auf seine Stimme gehört und erkannt, daß jede vernünftige deutsche Außenpolitik zuerst Freundschaft und Frieden mit der Sowjetunion verlangt: — dem deutschen Volke wäre, wie es im Nationalen Dokument heißt, Furchbares erspart geblieben. Und nicht nur dem deutschen Volk, sondern der ganzen Welt. „Vor den politischen Wunderkindern bewahre uns ein gütiges Geschick, wie vor den politischen Virtuosen und Dilettanten...“, heißt es in einer politischen Schrift von Seeckts aus dem Jahre 1929. Eine geradezu unheimliche Prophetie! Weil das deutsche Monopolkapital und seine Handlanger, die Faschisten, alles besser zu wissen glaubten, haben sie gerade das getan, wovor von Seeckt immer wieder gewarnt hatte. Unter Vorantritt Hitlers verließ man den Weg der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion; man hat nicht glauben wollen, daß die Sowjetunion unbesiegbar ist.

Der Historiker von Seeckt hatte bei seinen geschichtlichen Studien erkannt, daß die Sprichwörter „Rußland hat kein Herz“ und „Nach Rußland führen viele Wege hinein, aber keine wieder heraus“ mehr als nur ein Körnchen Wahrheit enthielten. „Historische Kenntnisse sollen zu Bescheidenheit und weiser Beschränkung führen“, hatte von Seeckt auch einmal geschrieben. Auch das hatte er ebenso in den Wind geredet wie sein warnendes Wort „Haltet mir nur den Rücken frei!“ In völliger Verkenntung der strategischen Lage haben Hitler und sein Generalstab selbst den Krieg mit der Sowjetunion vom Zaune gebrochen, vor dem von Seeckt gewarnt hatte, und in völliger Verblendung auf ihr Programm die Eroberung der ganzen Welt gesetzt.

Das Letzte und Furchtbarste zu erleben hat von Seeckt, der an seinem Werke hing, das Schicksal aber doch erspart. Was wäre in seiner Seele vor sich gegangen, wenn er den 22. Juni 1941 erlebt hätte; wenn er, der das Weimarer Deutschland an die Seite der Sowjetunion zu führen bestrebt gewesen war, den Tag erlebt hätte, wo der vom deutschen Monopolkapital finanzierte und gesteuerte Hitlerfaschismus der von ihm aufgebauten deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit den Todesstoß versetzte? Vielleicht hat von Seeckt, der kurz vor seinem Tode, im November 1936, noch einmal nachdrücklich betont hatte, daß das Schicksal Deutschlands mit dem der Sowjetunion Hand in Hand gehen müsse, geahnt, was kommen würde: als er 1934 einem Bekannten ein Exemplar seines Buches „Deutschland zwischen Ost und West“ überreichte, schrieb er als Widmung die vielsagenden Worte hinein: „Die verklungene Stimme eines Predigers in der Wüste.“

Von Seeckt gehörte seiner Überzeugung, seinem Fühlen und seinem ganzen Denken nach zur Klasse der Bourgeoisie; er

war überzeugter Monarchist, Militarist und Antikommunist, er war dem Imperialismus verhaftet. Wenn er auch nicht Mitglied der NSDAP gewesen ist, so fühlte er sich doch ideologisch dieser Partei zeitweise verbunden; und überdies war er Antisemit. Das ist des Negativen reichlich viel. Und doch tun wir gut daran, die relativ einsichtigen und vernünftigen Gedanken und Vorstellungen, die er zu bestimmten politischen Fragen seiner Zeit geäußert hat, entsprechend unseren heutigen konkreten geschichtlichen Erfordernissen politisch wirksam werden zu lassen; denn in dieser Hinsicht hat er uns ein Vermächtnis hinterlassen, an dem wir in unserem ureigensten nationalen Interesse nicht achtlos vorübergehen dürfen.

Das bezieht sich vor allem auf das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion, Von Seeckts diesbezügliche Gedankengänge, deren Richtigkeit der Verlauf des zweiten Weltkrieges in vielem erhärtet hat, haben – ungeachtet ihrer Motive, die wir nicht teilen können – in ihren Schlußfolgerungen bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Nach wie vor und heute erst recht gehört Deutschland an die Seite der Sowjetunion, wenn es eine Zukunft haben will. Daraus hat die Regierung in einem der beiden deutschen Staaten, in der Deutschen Demokratischen Republik, die Konsequenzen gezogen.

In dem anderen deutschen Staate, in der deutschen Bundesrepublik, ist das nicht geschehen. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hat für die Machthaber im Westen Deutschlands anscheinend noch nicht ausgereicht, um sie zu der Erkenntnis kommen zu lassen, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion ein aussichtsloses Unterfangen ist und daß eine einseitige Westorientierung Deutschlands auch heute noch genauso wie zu von Seeckts Zeiten eine Preisgabe der deutschen Interessen und der deutschen Freiheit, mit anderen Worten Verrat an der deutschen Nation bedeutet.

Schließen wir mit einem Wort, das H. Hoffmann in seinem Aufsatz „Unsere nationale Verantwortung“⁹¹⁾ geprägt hat. Da sagt er: „Ungeachtet Seeckts zwielichtiger innerpolitischer Rolle, seines Kampfes gegen die Arbeiterbewegung, hat er die deutsche Bourgeoisie vor einem Krieg gegen die Sowjetunion gewarnt. Diese Tatsache verdient besonders gegenwärtig ihre Würdigung; wäre für den Frieden doch bereits viel gewonnen, wenn sich die Herren Generale der Bundeswehr ebenso wie General Seeckt die Realitäten der Weltpolitik vor Augen führen würden, deren Mißachtung die herrschenden Klassen Bonns in einem von ihnen entfesselten dritten Weltkrieg Kopf und Kragen kosten würde.“

⁹¹⁾ Hoffmann, H., Unsere nationale Verantwortung. In: Volksarmee, Nr. 14/1962

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut — Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925—1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung vom 28. Juni bis zum 3. Juli 1964 in Prag)
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Dr. Otto Nuschke: Koexistenz — das ist heute der Friede

Verkaufspreis 0,50 MDN — Doppelheft 1 MDN